

Inhaltsverzeichnis

1. Die Wagenknecht-Debatte (12.Januar 2017).....	2
2. Bewegung in der Linken? (13. Dezember 2019).....	6
3. Strategiedebatte in der LINKEN: Ursachen- statt Symptombekämpfung (11. Januar 2020). .	8
4. Thüringen: Liebknecht statt Lieberknecht! (19. Februar 2020).....	13
5. Die LINKE und Corona (17.April 2020).....	16
6. Regieren in Bewegung? (7.Dezember 2020).....	21
7. Bremen: Die Geduld schwindet (22. Januar 2021).....	23
8. Das nahende Wagenknecht-Desaster (9. April 2021).....	25
9. DIE LINKE: Wahlprogramm entsorgt (7. September 2021).....	31
10. Gemeinsam kämpfen! Gegen kapitalistische Ausbeutung, Sozialabbau, Umweltzerstörung und Diskriminierung (25.September 2021).....	35
11. DIE LINKE und der Osten: Freier Fall (20.November 2021).....	38
12. Der Ukraine-Krieg und DIE LINKE (5.April 2022).....	40
13. #LinkeMeToo: Vorwürfe ernst nehmen! Unabhängige Untersuchung einleiten! (19.April 2022).....	44
14. DIE LINKE am Abgrund (22.April 2022).....	46
15. Die Truppen werden gesammelt (22.Juni 2022).....	49
16. Antwort auf Parteikrise: Weiter so! (27.Juni 2022).....	58
17. So nicht, DIE LINKE! (9.September 2022).....	63
18. Trauerspiel Linkspartei (31.Oktober 2022).....	66
19. Arbeiter*innenklasse und politische Partei (6.Dezember 2022).....	70
20. Wer vom Krieg spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen! (25.Februar 2023).....	72
21. Wo geht's hier zur Revolution? (23. Mai 2023).....	76
22. DIE LINKE vor dem Ende? (10. Juni 2023).....	91
23. DIE LINKE-Führung kürt Spitzenkandidat*innen zur Europawahl: Fünf Probleme (20. Juli 2023).....	95
24. Wenig Hoffnung für DIE LINKE (4. September 2023).....	98

Die Wagenknecht-Debatte

(12. Januar 2017)

Inhaltliche Klärung dringend nötig

Die Debatte um Sahra Wagenknechts Äußerungen zur Flüchtlingspolitik und inneren Sicherheit nimmt bizarre Züge an. Ein Versuch, die Dinge vom Kopf auf die Füße zu stellen und ein Appell für eine an den Inhalten orientierte Debatte.

Von Sascha Stanicic

Sahra Wagenknecht hat mit vielem, was sie sagt Recht. Sie gilt als schärfste Kritikerin der neoliberalen Verhältnisse und der sozialen Ungleichheit im Land. Als solche hat sie DIE LINKE gestärkt. Deshalb ist sie den etablierten Politikern aus CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP, den bürgerlichen Schreiberlingen von BILD bis SPIEGEL und den Bossen und Bänkern ein Dorn im Auge.

Mit ihren wiederholten Äußerungen zu Fragen der Flüchtlingspolitik und der inneren Sicherheit liegt sie jedoch sachlich und politisch falsch. Und sie gefährdet damit die Zukunft der LINKEN. Deshalb muss sie dafür nicht nur kritisiert werden. Sie muss selbstverständlich auch aufgefordert werden, sich als Spitzenkandidatin in keinen Widerspruch zur Programmatik der Partei zu begeben und sich an inhaltliche Beschlüsse zu halten. Gleichzeitig sollte sie gegen Angriffe aus prokapitalistischen Kreisen und von VertreterInnen des rechten Parteiflügels verteidigt werden, die ihr ungerechtfertigt eine Nähe zur AfD vorwerfen und denen es weniger um die inhaltlichen Aussagen Wagenknechts geht, als darum durch eine Beschädigung ihrer Person, die Parteilinke zu treffen und damit den Weg für Regierungskoalitionen mit SPD und Grünen freier zu bekommen. Letztere muss sich jedoch dringend von Sahra Wagenknecht emanzipieren, um den Kampf um eine sozialistische Ausrichtung der LINKEN führen und gewinnen zu können.

Zu den Inhalten

Sahra Wagenknecht hat im Zusammenhang mit den Vorfällen sexualisierter Gewalt in der Silvesternacht 2015/2016 die Abschiebung vermeintlich krimineller MigrantInnen gefordert und von „Gastrecht“ gesprochen, dass diese verwirken würden. Damit hat sie das Grundrecht auf Asyl und das Recht auf Schutz vor Krieg in Frage gestellt und eine Ungleichbehandlung von Deutschen und Nichtdeutschen gefordert. Letzteres verstärkt die Spaltung der in Deutschland lebenden Arbeiterklasse, die sich aus Lohnabhängigen mit und ohne deutschen Pass zusammensetzt. Das ist keine linke Position. Eine linke Position ist, für Gleichbehandlung aller Menschen, auch von Straftätern einzutreten, und sich der Ethnisierung der Diskussion um sexualisierte Gewalt entgegenzustellen.

Sie hat bei verschiedenen Gelegenheiten angebliche Kapazitätsgrenzen für die Aufnahme von Geflüchteten betont, damit implizit eine Obergrenze dafür gefordert und wiederholt die Aussage getätigt, Deutschland könne nicht alle sechzig Millionen Flüchtlinge auf der Welt aufnehmen. Damit hat sie den Eindruck erweckt, dass die real stattfindende Einwanderung (890.000 im Jahr

2015, 280.000 im Jahr 2016) die sozialen und finanziellen Kapazitäten der Bundesrepublik übersteigen. Das ist völliger Unsinn. Unsinn ist auch so zu tun, als ob es eine reale Möglichkeit gäbe, dass die sechzig Millionen Flüchtlinge, die zum großen Teil innerhalb ihrer Heimatländer oder in Nachbarländer fliehen, nach Deutschland kommen würden. Sie macht aus der sehr konkreten Forderung aus dem LINKE-Programm „Offene Grenzen für Menschen in Not“ eine „Vision“ für eine unbestimmte Zukunft. Das ist keine linke Position. Eine linke Position ist, zu erklären, wie der gigantische private Reichtum dafür genutzt werden kann, für die nach Deutschland kommenden Geflüchteten und die hier lebende Bevölkerung gute Löhne, eine funktionierende Infrastruktur und Sozialleistungen zu finanzieren und sich dafür einzusetzen, dass dafür gemeinsame Kämpfe von Deutschen und MigrantInnen stattfinden.

Sahra Wagenknecht hat außerdem einen kausalen Zusammenhang zwischen der Einwanderung von Geflüchteten und den Terroranschlägen vom letzten Sommer und vom Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz hergestellt und in diesem Zusammenhang Angela Merkel für eine angeblich „unkontrollierte Grenzöffnung“ im Jahr 2015 angegriffen. Das ist keine linke Position. Eine linke Position ist, zu erklären, dass der Terrorismus dschihadistischer Gruppen durch restriktivere Zuwanderungsregeln nicht gestoppt werden kann, weil er durch die rassistische Islamfeindlichkeit der bundesdeutschen Gesellschaft, die Auslandseinsätze der Bundeswehr und Waffenexporte genährt wird und weil erstens Terrorgruppen wie der Islamische Staat Mittel und Wege haben, UnterstützerInnen in die Bundesrepublik einreisen zu lassen und zweitens es unter hier lebenden und geborenen Menschen leider ein Potenzial für die Dschihadisten gibt. Eine linke Position ist auch, Merkel nicht dafür zu kritisieren, dass sie Geflüchtete ins Land gelassen hat, sondern dafür, dass sie zu wenig unternommen hat, um diese zu integrieren und seitdem das Asylrecht weiter ausgehöhlt hat.

Gegen die Terrorgefahr fordert Wagenknecht mehr Polizei, staatliche Kontrollen und Aufrüstung. Das ist keine linke Position. Eine linke Position ist, die sozialen und politischen Ursachen des Terrorismus zu bekämpfen (was Sahra Wagenknecht auch fordert, aber durch ihre Aussagen zu staatlicher Aufrüstung konterkariert), die in Rassismus, imperialistischen Kriegen, ökonomischer Ausbeutung der neokolonialen Welt und Waffenexporten liegen. Und zu erklären, dass der Staat im Kapitalismus kein neutrales, demokratisches Instrument ist, sondern zur Aufrechterhaltung der herrschenden Verhältnisse eingesetzt wird. Das bedeutet, dass jede staatliche Aufrüstung sich in Zukunft gegen linke Widerstandsbewegungen, Streiks etc. richten kann.

Unterm Strich hat Sahra Wagenknecht zur Flüchtlingspolitik und inneren Sicherheit Positionen formuliert, die die Spaltung der arbeitenden Bevölkerung entlang nationaler, ethnischer oder religiöser Linien vertiefen, die den falschen Eindruck erwecken, die Zuwanderung von Geflüchteten löse soziale Probleme aus bzw. sei für Terroranschläge ursächlich verantwortlich und die Illusionen in den kapitalistischen Staat schüren. Das alles steht dem obersten Ziel sozialistischer Politik entgegen: sozialistisches Klassenbewusstsein und die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse vom bürgerlichen Staat zu fördern, soziale Kämpfe voran zu treiben, die von Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten aller Nationalitäten und Religionen gemeinsam geführt werden.

Diese falschen Positionen werden nicht durch richtige Positionen von Sahra Wagenknecht in sozial- oder wirtschaftspolitischen Fragen aufgewogen. Wenn ein Fehler nicht korrigiert wird, wird er zu einer politischen Tendenz. Diese Tendenz ist bei Sahra Wagenknecht klar und deutlich und drückt sich gerade auch in wirtschaftspolitischen Fragen aus. Sie entwickelt sich von einer, zumindest in Worten, sozialistisch-internationalistischen Position zu einem nationalstaats-basierten

Linkspopulismus. Geht sie diesen Weg weiter und setzt ihn in der Partei durch, wird DIE LINKE als Projekt zum Aufbau einer sozialistischen Partei endgültig scheitern. Deshalb ist es so wichtig, die inhaltliche Auseinandersetzung zu diesen Fragen zu führen – sachlich, solidarisch, aber auch klar und deutlich.

Zur Taktik

Sahra Wagenknecht erklärt, sie wolle AfD-WählerInnen für DIE LINKE gewinnen. Daran ist nichts anstößiges. Dafür Anleihen bei der AfD-Rhetorik zu nehmen ist aber grundfalsch und wird auch nicht das gewünschte Ergebnis erzielen. Selbst wenn man durch Aussagen, wie Wagenknecht sie macht, einige WählerInnen davon abhalten könnte von der LINKEN zur AfD zu wechseln, wäre der Preis zu hoch – eine Stärkung rechter Positionen zur Flüchtlingsfrage. Es ist aber vor allem davon auszugehen, dass Menschen, die wegen der Flüchtlingsfrage AfD wählen, sich davon nicht abhalten lassen, wenn DIE LINKE etwas sanfter ins selbe Horn bläst. Es gilt die Regel, dass Menschen eher das Original als die Kopie wählen. Und gleichzeitig wird DIE LINKE andere Mitglieder und WählerInnen verlieren, die sich zurecht über Wagenknechts Äußerungen empören. Ohnehin sollte sich die Partei darauf orientieren, das große bestehende Potenzial unter ArbeiterInnen und Jugendlichen, die nicht AfD wählen, sondern gar nicht zur Wahl gehen (und sich oftmals selbst als links einstufen würden), zu erreichen und zu mobilisieren.

Zur Kampagne gegen Sahra Wagenknecht

So sehr Empörung über Wagenknechts Äußerungen angebracht ist, so sehr ist ebensolche Empörung über die Kampagne gegen sie angebracht. Denn bei dieser Kampagne geht es nicht, um die politischen Inhalte. Von Seiten der bürgerlichen Medien und etablierten PolitikerInnen geht es darum, DIE LINKE zu schädigen. Schade, dass Sahra Wagenknecht dafür die Munition liefert. Trotzdem verteidigen wir sie gegen den haltlosen Vorwurf, sie vertrete AfD-Positionen. Diesen hat sie im Stern-Interview korrekt zurückgewiesen, auf den Vorwurf „Manchmal reden Sie allerdings wie die Frauke Petry der Linkspartei“, sagte sie: „Offenbar kennen Sie die Positionen von Frau Petry nicht: Sozialabbau, Rentenkürzungen, Ja zu Interventionskriegen.“ Und: „Wer gegen wachsende Ungleichheit, ignorante Wirtschaftseliten und käufliche Politik protestieren will, kann das nur mit der Linken. Denn weniger prekäre Jobs, bessere Renten, eine Wiederherstellung des Sozialstaates haben nur wir im Programm.“ Das stimmt und deshalb ist es auch trotz der falschen Positionen von Wagenknecht und trotz der falschen Politik der Partei in verschiedenen Landesregierungen richtig, DIE LINKE zu wählen und in der Partei den Kampf um eine kämpferische und sozialistische Politik fortzusetzen. Denn im Kräfteverhältnis zwischen den Klassen in der Bundesrepublik ist DIE LINKE immer noch ein Gewicht auf Seiten der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten. Und wenn die vielen Debatten und Konflikte etwas zeigen, dann dass es noch Leben in der Partei gibt und dass der Kurs nicht vorherbestimmt ist. Die Kritik von Seiten der Parteirechten wirkt gleichzeitig unglaubwürdig. Setzen ihre UnterstützerInnen doch in den Landesregierungen von Brandenburg, Thüringen und Berlin Abschiebungen um oder bauen, wie gerade vom Berliner Senat beschlossen, die Polizei weiter aus. Sie setzen also Positionen um, wie sie von Wagenknecht gefordert werden. Es stimmt, dass Wagenknecht eine Rhetorik anwendet, die dazu führt, dass die Spaltungslinien in der Arbeiterklasse vertieft werden und dass sie die Forderung nach Obergrenzen nicht eindeutig zurückweist. Aber im Kern sind sich die Parteirechten und Wagenknecht bei diesen Fragen recht nah. Deshalb ist es richtig, wenn Parteilinke die Angriffe von Seiten des rechten Flügels auf Wagenknecht kritisieren.

Sie sollten aber nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und selbst zu einer kritiklosen Haltung gegenüber Wagenknechts Äußerungen übergehen, diese schön oder klein reden. Ganz falsch wird es, wenn auf inhaltliche Kritik verzichtet werden soll, weil die Kritisierte als „bestes Pferd im Stall“ (Zitat Sabine Zimmermann) oder GarantIn für Wählerstimmen betrachtet wird. Eine solche Haltung hat der Arbeiterbewegung in ihrer Geschichte schon genug Schaden zugefügt.

In dem Zusammenhang begrüßen wir es, dass der Parteivorsitzende Bernd Riexinger deutliche Worte gefunden hat und deutlich gemacht hat, dass Wagenknechts jüngste Äußerungen nicht der Programmatik der Partei entsprechen und sie auch aufgefordert hat, sich an die Parteipositionen zu halten. Wir würden uns nur wünschen, dass er ähnlich deutliche Worte in Richtung Bodo Ramelow, der Brandenburger Regierungslinken und der Berliner Partei findet.

Wie weiter?

Sahra Wagenknecht spielt eine herausragende Rolle für DIE LINKE, sie ist aber nicht DIE LINKE. DIE LINKE sind die vielen tausend aktiven Mitglieder und die Programmatik und Praxis der Partei. Leider haben Hauptamtliche, Parlamentsfraktionen und Galionsfiguren ein ohnehin viel zu großes Gewicht, werden Positionen zu oft durch Einzelpersonen medial bestimmt, statt in breiten demokratischen Diskussionsprozessen durch die Mitgliedschaft.

Entscheidend für die Politik der LINKEN im Bundestagswahlkampf sollten nicht die beiden SpitzenkandidatInnen, sondern das Wahlprogramm sein. Nun gilt es eine möglichst viele Mitglieder einbeziehende Debatte um das Wahlprogramm zu führen. Sahra Wagenknecht kann vorschlagen, ihre Positionen im Wahlprogramm festschreiben zu lassen. Sollte die Partei ihr in diesen Fragen nicht folgen, muss sie sich an die Beschlussfassung des Bundesparteitags halten.

Im März kandidiert Sahra Wagenknecht in Nordrhein-Westfalen auf Listenplatz 1 der Landesliste für die Bundestagswahl. Der Landesverband wäre gut beraten, im Vorfeld eine breite Debatte unter Beteiligung von Sahra Wagenknecht in den Kreisverbänden und auf einer landesweiten Diskussionskonferenz zu führen und eine eindeutige Beschlussfassung zu den inhaltlich strittigen Fragen herbeizuführen. Solche parteiöffentlichen Diskussionsveranstaltungen unter Einbeziehung von Sahra Wagenknecht sollten bundesweit organisiert werden. Die beste Antwort auf die derzeitige Krise der Partei sind jedoch breit von der Partei getragene Kampagnen und Aktionen – für mehr bezahlbaren Wohnraum, gegen Rassismus und in Solidarität mit von Abschiebung bedrohten MigrantInnen, für mehr Personal im Krankenhaus, für eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns, in Solidarität mit den sich in Tarifrunden befindenden Beschäftigten bei der Bahn, den Piloten, den Länderbeschäftigten, im Einzelhandel usw. Das ist auch der einzige Weg, Rassismus und Rechtspopulismus zurückzudrängen. Nur wenn die soziale Frage gesellschaftlich wieder in den Mittelpunkt rückt, nur wenn gemeinsame soziale und gewerkschaftliche Kämpfe von deutschen und nichtdeutschen Lohnabhängigen, Erwerbslosen und Jugendlichen geführt werden, werden diejenigen in den etablierten Parteien und in der AfD, die einen Kulturkampf ausrufen, zurückgedrängt werden können. Dann können auch AfD-WählerInnen überzeugt werden, dass sie mit der neoliberal-arbeiterfeindlichen AfD nur ihre eigenen Schlächter wählen.

Bewegung in der Linken?

(13. Dezember 2019)

Die Bewegungslinke gründet neue Strömung in der Partei

Im Dezember gründet sich die Bewegungslinke als neue Bundesarbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE. Nicht wenige Parteimitglieder, die sich dem linken Flügel verbunden fühlen, verbinden damit die Hoffnung, dass DIE LINKE sich dahin bewegt, wo sie hingehört – nach links und auf die Straße. Ein Blick auf den Entwurf der Gründungserklärung der Bewegungslinken muss aber Skepsis hervorrufen.

von Sascha Staničić, Berlin

Die Bewegungslinke ist entstanden aus den Konflikten, die sich im Zusammenhang mit Sahra Wagenknechts migrationspolitischen Positionen in der Parteiströmung Sozialistische Linke (SL) entwickelt hatten. Eine Mehrheit der SL unterstützte den linkspopulistisch-nationalen Kurs von Wagenknecht, während eine Minderheit um die Gruppe marx21 und andere die migrationspolitischen Positionen der Partei verteidigte. Diese Minderheit stellt nun den Kern der Bewegungslinken. Allein dieser Umstand legt die Vermutung nahe, dass wir es mit altem Wein in neuen Schläuchen zu tun haben.

Vieles, was die Bewegungslinke schreibt ist nicht falsch. Sie mahnt an, dass DIE LINKE verparlamentarisiert ist und sich zu wenig um soziale Bewegungen und Gewerkschaften kümmert. Sie sagt: Weniger Sitzungen, mehr Aktionen! Und sie will sich aktiv in die gesellschaftlichen Kämpfe gegen die Auswirkungen des kapitalistischen Systems einbringen. So weit, so gut. Doch die Praxis einer Partei ist letztendlich Folge ihres politischen Programms, ihrer Klassenzusammensetzung und ihrer politischen Perspektive und Orientierung.

Sozialismus fehlt

Das grundlegende Problem der Linkspartei ist, dass sie zwar von Sozialismus redet, aber kein sozialistisches Programm und keine sozialistische Perspektive vertritt; dass ihre nicht ganz selten guten Beschlüsse nur auf dem Papier stehen und nicht in praktische Politik umgesetzt werden – zum Beispiel wenn ein Bundesparteitag nach dem anderen auf Initiative von Parteilinken die Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum fordert, der Parteivorsitzende Bernd Riexinger sich aber explizit dagegen ausspricht, die Forderung nach Überführung der Autoindustrie in öffentliches Eigentum aufzustellen und stattdessen das Ausgeben von Belegschaftsaktien fordert, die die Arbeiter*innen dann doppelt zu Opfern der Krise in der Automobilindustrie machen würden und nichts an der umweltzerstörenden und profitgetriebenen Automobilproduktion ändern würden.

Regierungsbeteiligung als Gretchenfrage

Politisch drückt sich dieser Mangel an Sozialismus in der LINKEN unter anderem darin aus, dass große Teile der Partei darauf setzen in Regierungen mit den prokapitalistischen Parteien SPD und Grünen Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu spielen, anstatt alle Kraft darauf zu verwenden,

Menschen aus der Arbeiter*innenklasse zu organisieren, um Verbesserungen von unten zu erkämpfen und den Kapitalismus perspektivisch zu überwinden. Diese politische Ausrichtung hat dazu geführt, dass sich die Partei in verschiedenen Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern bis Bremen als zahnloser Tiger erwiesen hat, wenn nicht als Bettvorleger. Nirgends kann davon gesprochen werden, dass eine Regierungsbeteiligung der LINKEN zu dem viel versprochenen Politikwechsel geführt hat; oftmals hat sie sich an Kürzungen und Privatisierungen beteiligt, die sie haben in Konflikt mit denjenigen kommen lassen, die sie eigentlich vertreten soll: Lohnabhängige, Erwerbslose, sozial Benachteiligte, Gewerkschafter*innen. Ergebnis: DIE LINKE wird von vielen als linker Teil des politischen Establishments betrachtet und sie verliert in der Regel (mit der vorübergehenden Ausnahme von Thüringen) die Unterstützung, die sie sich vor dem Eintritt in die entsprechenden Regierungen aufgebaut hatte. Die Regierungsbeteiligung mit prokapitalistischen Parteien ist konzentrierter Ausdruck des mangelhaften Programms, der falschen Politik und Perspektive der Linkspartei. So kann es keine bewegungsorientierte, klassenkämpferische und antikapitalistische Partei geben.

Praxis-Fetisch

Die Bewegungslinke setzt aber nicht an Programm und Politik der LINKEN an, sondern an ihrer Praxis. Diesen Ansatz verfolgt die marx21-Strömung schon seit Gründung der Partei – mit zweifelhaftem Erfolg. Gerade in diesem Jahr hat sich das Pendel in der Linkspartei wieder mehr nach rechts bewegt, nicht zuletzt durch die Regierungsbeteiligung der Partei in Bremen – zum ersten Mal in einem westdeutschen Bundesland. Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Bremischen Bürgerschaft ist Sofia Leonikadis, gleichzeitig einer der Köpfe der Bewegungslinken. Diese erklärt im Entwurf zu ihrer Gründungserklärung, dass an ihr auch solche Parteilinke beteiligt sind, die Regierungskoalitionen mit SPD und Grünen als Teil des Wegs zu gesellschaftlicher Veränderung sehen. Dieser Versuch sich zu waschen ohne nass zu werden ist zum Scheitern verurteilt.

Eine sozialistische Parteilinke muss als Ausgangspunkt eine schonungslose Kritik der bestehenden Politik, Programmatik und Praxis der Linkspartei nehmen. Die Systemimmanenz großer Teile der Partei und die Ausrichtung auf Koalitionen mit SPD und Grünen müssen Ausgangspunkt dieser Kritik sein. Davon ausgehend kann dann eine Debatte über Inhalte und Strategien für eine Parteilinke stattfinden. Eine Parteilinke, die aber die Verwaltung des kapitalistischen Elends in Kooperation mit den Hartz IV-Parteien als eine Möglichkeit sozialistischer Politik betrachtet, bringt einen schweren Geburtsfehler mit, der sie daran hindern wird, eine wirkliche Alternative zum jetzigen Kurs der Partei zu formulieren.

Die einzige Bundesarbeitsgemeinschaft in der LINKEN, die eine solche Kritik formuliert und Koalitionen mit SPD und Grünen konsequent ablehnt ist die Antikapitalistische Linke (AKL). Mitglieder der Sol sind deshalb aktiver Teil der AKL.

Sascha Staničić ist Mitglied des AKL-Länderrats und Bundessprecher der Sozialistischen Organisation Solidarität (Sol)

Strategiedebatte in der LINKEN: Ursachen- statt Symptombekämpfung

(11. Januar 2020)

Nur ein wirklicher Kurswechsel kann DIE LINKE nach vorne bringen

Ein Beitrag zur Strategiedebatte der LINKEN von Sascha Staničić, Mitglied im AKL-Länderrat und Bundessprecher der Sozialistischen Organisation Solidarität (Sol)

Woran messen wir Erfolg und Misserfolg der LINKEN? An den katastrophalen Wahlergebnissen in Brandenburg, Sachsen und bei der Europawahl? An den besseren Wahlergebnissen in Thüringen und Bremen? An dem bescheidenen Mitgliederzuwachs im Westen? An den Mitgliederverlusten im Osten? An nichts von alledem.

Wir sollten uns alle die Frage stellen, warum wir angefangen haben, uns links politisch zu engagieren. Sicher nicht als Selbstbeschäftigung und auch nicht, um eine Partei zu bilden, die zum Selbstzweck oder zum Vehikel zur Lösung der eigenen sozialen Frage wird. Nein, wir wollten die Gesellschaft verändern!

Bilanz von 13 Jahren

Wenn wir 13 Jahre Existenz der LINKEN daran messen, wie sich die Gesellschaft verändert hat, dann müssen wir eine ernüchternde Bilanz ziehen. Abgesehen von der Einführung des Mindestlohns und der einen oder anderen bedeutungsschwachen Sozialmaßnahme ist dieser Staat unsozialer, undemokratischer, militaristischer, ungleicher, rassistischer geworden. Der von einigen Genoss*innen bei jeder Gelegenheit verwendete Slogan „Links wirkt“ ist vor diesem Hintergrund einfach Quatsch. Sicher: ohne DIE LINKE wären die Verhältnisse wahrscheinlich noch schlimmer. Aber die sozialistische Arbeiter*innenbewegung wurde nicht zur Schadensbegrenzung gegründet, sondern um die Arbeiter*innenklasse von der Lohnsklaverei zu befreien und den Kapitalismus durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen. Dieses Ziel ist angesichts der durch den globalen Kapitalismus entfesselten Destruktivkräfte und des milliardenfachen Elends auf der Welt heute drängender denn je.

Was aber in gewisser Hinsicht noch ernüchternder ist: vom großen Aufbruch und der Dynamik der Vereinigung von WASG und PDS im Jahr 2007 ist nichts übrig geblieben. Wir sind heute in Westdeutschland mehr Mitglieder als damals, aber wir dürfen nicht ignorieren, dass viele Tausend, die sich voller Hoffnung in der LINKEN organisiert und engagiert haben, sich wieder – oftmals enttäuscht – zurück gezogen haben. Für viele Menschen aus der Arbeiter*innenklasse, für Jugendliche und nicht zuletzt für viele in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen Aktive ist DIE LINKE so etwas wie der linke Teil des politischen Establishments, aber nicht eine rebellische, konsequente und vertrauenswürdige Vertretung ihrer Interessen.

Schonungslose Kritik nötig

Wenn diese Strategiedebatte nicht eine langweilige Wiederholung ähnlicher Debatten der Vergangenheit werden soll, dann muss sie erstens mit einer schonungslosen Kritik des Zustands der

Partei beginnen und zweitens zu konkreten und realen Veränderungen führen.

Viele Genoss*innen, die sich wie ich zur Parteilinken zählen, haben den Fokus ihrer Beiträge zu dieser Debatte auf die Praxis der Partei gelegt. Sie mahnen mehr Aktionsorientierung und eine Schwerpunktsetzung auf außerparlamentarische Aktivitäten (zum Beispiel Unterstützung von Streiks und sozialen Bewegungen) an. Damit haben sie Recht, aber sie machen in gewisser Hinsicht den zweiten Schritt vor dem ersten. Denn die mangelhafte Praxis der Gesamtpartei (und mit dieser Bewertung möchte ich das aufopferungsvolle Engagement vieler Mitglieder nicht geringschätzen) ist Folge und nicht Ursache einer mangelhaften politischen Analyse, Programmatik und Perspektive. Deshalb sollte die Strategiedebatte damit beginnen, dass wir uns über unsere Einschätzung des gegenwärtigen Kapitalismus und seine Entwicklungsperspektiven austauschen und darüber, mit welchem politischen Programm DIE LINKE darauf reagieren sollte. Dazu findet in der Partei aber bisher kaum eine Debatte statt.

Da die Länge von Beiträgen zur Strategiedebatte auf 10.000 Zeichen begrenzt ist, kann ich diese Fragen nur thesenhaft behandeln und verweise auf Analysen, die ich und andere auf www.solidaritaet.info veröffentlicht haben.

Kapitalismus krisenhaft

Um es so kurz wie möglich zusammen zu fassen: Der Kapitalismus befindet sich weltweit in einer multiplen Krise. Es gibt zweifellos eine dramatische ökologische Krise (wobei der Krisenbegriff hier nicht ganz zutreffend ist, da es keinen Grund gibt, anzunehmen, dass sich die zerstörerische Entwicklung des kapitalistischen Systems im Hinblick auf die Natur auch nur zeitweilig umkehren wird). Die traditionellen bürgerlichen Parteien und damit die herrschende Kapitalistenklasse befinden sich weltweit in einer tiefen Legitimationskrise, die die politische Instabilität hat enorm anwachsen lassen und zur Entstehung neuer politischer Kräfte, sowohl des Rechtspopulismus aber auch auf der Linken, geführt hat. Aber vor allem („vor allem“ weil die Ökonomie für Sozialist*innen letztlich die Basis gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen ist) hat der Kapitalismus schon lange sein Potenzial ausgeschöpft einen ökonomischen Fortschritt zu erzeugen, der die Lebensverhältnisse der Menschen verbessert. Stattdessen führen technische Innovationen zu Verschlechterungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen und kann das System den wiederkehrenden Wirtschaftskrisen nicht entkommen. Auch wenn es nach der letzten „Großen Rezession“ von 2007 bis 2009 eine außergewöhnlich lange Aufschwungphase gab, so hat diese der Masse der Arbeitenden nichts gebracht, sondern vor allem die Reichen noch reicher gemacht. In den meisten Ländern wurde das durch die Krise Zerstörte außerdem nicht wieder aufgebaut und – was noch wichtiger ist – wurden die Auswirkungen der Krise durch Maßnahmen begrenzt, die eine nächste, womöglich tiefere Krise nur vorbereitet haben. Vieles spricht dafür, dass wir am Anfang einer solchen neuen ökonomischen Krise, möglicherweise sogar eines Crashes, der die Auswirkungen der Pleite von Lehman Bros. in den Schatten stellen wird. Und selbst wenn wir „nur“ am Anfang einer konjunkturellen Abschwung- oder Rezessionsphase stehen, hat das für die Arbeiter*innenklasse schon jetzt dramatische Folgen hinsichtlich von Stellenabbau und Betriebsschließungen.

Die Ursachen dieser krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus liegen nicht in einer falschen – neoliberalen – Wirtschaftspolitik. Sie sind vielmehr struktureller Natur, liegen dem System inne und haben ihre tiefere Ursache in den Überakkumulationsprozessen von Kapital, das keine ausreichenden profitablen Anlagemöglichkeiten, vor allem in der so genannten Realwirtschaft, findet. Das führt zu der perversen Situation, die schon Marx und Engels im Kommunistischen

Manifest beschrieben haben: der Kapitalismus führt zu Krisen aus Überfluss. Das bedeutet, dass trotz des Überflusses – und des enormen privaten Geldreichtums in den Händen einiger weniger – der Spielraum der Kapitalisten und ihrer Regierungen für Zugeständnisse an die Arbeiter*innenklasse in Form von höheren Löhnen, kürzeren Arbeitszeiten ohne Lohnverlust, besseren Sozialleistungen, einer für die Masse der Menschen ausgebauten Infrastruktur etc. aufgrund des verschärften Konkurrenzkampfes zwischen Konzernen geringer geworden ist. Das bedeutet gleichermaßen, dass der Spielraum für die Durchsetzung klassischer reformistischer Politik, wie wir es zum Beispiel in Zeiten des Nachkriegsaufschwungs sahen, geringer geworden ist. Das ist auch der Hintergrund dafür, dass nahezu alle traditionellen sozialdemokratischen Parteien in den letzten Jahrzehnten sozialdemokratische Politik aufgegeben haben. Und auch die neuen linken Parteien haben mit linker Politik aufgehört, sobald sie in Regierungen eingetreten waren, wie Syriza in Griechenland. Für Podemos ist eine ähnliche Entwicklung zu erwarten.

Alles muss erkämpft werden

Was ist aus diesen Thesen zu schlussfolgern? Nicht, dass Zugeständnisse an die Arbeiter*innenklasse nicht möglich wären. Aber, dass sie erstens von den Herrschenden und Besitzenden immer wieder angegriffen werden und zweitens, dass sie erkämpft werden müssen. Durch Massenbewegungen und vor allem Streiks und Generalstreiks. Der Gedanke, dass Sozialreformen im Interesse der Arbeiter*innenklasse auf parlamentarischem Weg und durch Regierungskoalitionen mit SPD und Grünen dauerhaft durchsetzbar sind, ist falsch und es gibt keine historischen Belege für ihn. Im Gegenteil haben Regierungsbeteiligungen von linken oder sich als sozialistisch verstehenden Parteien mit prokapitalistischen Parteien früher oder später immer zur Beteiligung an arbeiter*innenfeindlichen Maßnahmen, der Aufgabe linker Prinzipien und in der Folge zur Schwächung dieser linken Parteien geführt. Das ist auch die grundlegende Erfahrung der PDS/LINKEN, die durch die in einer spezifischen Situation begründete Stärkung der LINKEN in Thüringen nicht aufgehoben wird. Und auch hier darf nicht vergessen werden, dass die rot-rot-grüne Regierung abgewählt wurde und die AfD die Hauptgewinnerin der Wahl war.

Es ist jedoch der falsche Gedanke, dass innerhalb des Kapitalismus ein grundlegender Politikwechsel im Interesse der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten möglich wäre, der zur politischen Orientierung auf Regierungsbeteiligungen mit SPD und Grünen führt. Ebenso ist es eine Illusion zu glauben, es könnte zur Einführung einer Art von Wirtschaftsdemokratie kommen, die die grundlegenden Eigentums- und Machtstrukturen in der Gesellschaft unangetastet lässt und auf dem parlamentarischen Weg eingeführt werden könnte. Mit diesen Gedanken muss die Partei brechen und stattdessen eine Strategie entwickeln, die das Handeln im Hier und Heute in eine direkte Verbindung zur Notwendigkeit und dem Ziel einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft setzt. In diesem Zusammenhang sollte auch erklärt werden, dass eine sozialistische Demokratie sich grundlegend von den bürokratischen Diktaturen der DDR und Sowjetunion unterscheidet und auf Selbstverwaltung und demokratische Entscheidungsfindungen durch die arbeitende Bevölkerung basiert.

Sozialistisches Programm

Programmatisch hätte das zur Folge, dass DIE LINKE nicht fordert, was sie für im Rahmen des Kapitalismus durchsetzbar oder angesichts des derzeitigen Bewusstseinsstands in der Arbeiter*innenklasse für mehrheitsfähig hält, sondern was notwendig ist, um die Lebenssituation der Menschen qualitativ und nachhaltig zu verbessern (das bedeutet übrigens nicht, die rote Fahne

schwenkend und „Revolution“ rufend durch die Gegend zu laufen und natürlich muss sehr genau überlegt werden, wie bestimmte Forderungen vermittelt werden und welche zu welchem Zeitpunkt mobilisierungsfähig sind und dementsprechend in den Vordergrund gestellt werden sollten). Das muss auch bedeuten, dass DIE LINKE bei jeder Gelegenheit die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt ihrer Propaganda stellen sollte. Es muss uns und vor allem den beiden Vorsitzenden zu denken geben, wenn andere gesellschaftliche Kräfte das weitaus offensiver und effektiver machen, wie die Kampagne „Deutsche Wohnen enteignen“ hinsichtlich der Forderung nach der Enteignung der großen Immobilienkonzerne oder der Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert, als er die Vergesellschaftung der Autokonzerne in die Diskussion brachte. Es ist peinlich, wenn eine sich als sozialistisch verstehende Partei bei diesen Debatten hinterher tragt oder sich ihr Vorsitzender sogar dagegen ausspricht die Forderung nach Überführung der Autoindustrie in Gemeineigentum aufzustellen (obwohl diese übrigens Teil des Wahlprogramms der Partei zur letzten Bundestagswahl war). Wenn DIE LINKE nicht treibende Kraft antikapitalistischer Diskurse und Bewegungen ist, macht sie sich überflüssig.

Was würde das praktisch bedeuten? Schluss mit den Regierungsbeteiligungen mit SPD und Grünen auf Landesebene und der Debatte über eine solche auf Bundesebene! Offensive Kampagnen für Forderungen wie drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, einen Mindestlohn von 13 Euro als ersten Schritt zu 15 Euro, Verbot von Leiharbeit und Missbrauch von Werkverträgen um nur einige Beispiele zu nennen. Es würde darum gehen, die gemeinsamen Klasseninteressen aller Teile der Lohnabhängigen zu formulieren und Angebote für den Kampf darum zu machen. Das wird gerade in der Partei mit dem Begriff „verbindende Klassenpolitik“ diskutiert – entscheidend ist aber nicht nur die (gar nicht besonders innovative) Erkenntnis, dass diese Verbindungen gezogen werden müssen, sondern vor allem, dass eine Klassenpolitik in jeder Situation zum Ausgangspunkt des Handelns der Partei wird.

Das muss einher gehen mit einer offensiven Propagierung der Vision einer tatsächlich grundsätzlich anderen Politik und Gesellschaft. Nicht nur Enteignung der großen Immobilienkonzerne, weil ihr Handeln den Interessen der Mieter*innen widerspricht, sondern auch der Pharmaindustrie, weil ihr Wirtschaften den Interessen der Kranken widerspricht, der Auto- und Energiekonzerne, weil ihr Agieren den Interessen einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung widerspricht und diese nur erreicht werden kann, wenn die Produktion ökologisch nachhaltig umgestellt wird, was wiederum nur möglich ist, wenn Privateigentum und Profitlogik ausgeschaltet werden. Es würde bedeuten selbstbewusst, rebellisch und frech deutlich zu machen, dass man mit den etablierten Parteien und den Konzernchefs wirklich nichts gemein hat, dass man im unüberbrückbaren Widerspruch zu ihnen steht. Keine Tänze mehr mit Unionspolitikern auf Pressebällen! Das könnten die Abgeordneten der LINKEN auch dadurch dokumentieren, dass sie sich durch ihre Mandate nicht materiell über die Masse der lohnabhängigen Bevölkerung erheben, sondern alles, was von den überhöhten Löhnen über einen durchschnittlichen Facharbeiter*innenlohn hinausgeht, an die Partei und soziale Kämpfe spenden.

Und natürlich würde eine solche politische und programmatische Wende zu tatsächlich sozialistischer Politik bedeuten, den Fokus der praktischen Tätigkeit der Partei, ihres Apparates und ihrer Mandatsträger*innen und deren Mitarbeiter*innen darauf zu legen, gewerkschaftliche und soziale Kämpfe zu fördern und zusammen zu führen, die Selbstorganisation von Arbeiter*innen, Jugendlichen, Mieter*innen etc. voran zu treiben und auf dieser Basis die Partei zu einer wirklich sozialistischen Massenpartei zu machen. Gelegenheiten dazu wird es auch im Jahr 2020 genug geben.

Thüringen: Liebknecht statt Lieberknecht!

(19. Februar 2020)

Die „cleveren Schachzüge“ des Bodo Ramelow zerstören die Linke in der LINKEN

Von allen Seiten wurde Bodo Ramelows Vorschlag, in Thüringen eine „technische“ Übergangsregierung unter der CDU-Politikerin Christine Lieberknecht zur Vorbereitung von Neuwahlen zu installieren, als „cleverer Schachzug“ gelobt. Vom Blickwinkel etablierter Parteipolitik mag das gestimmt haben, auch wenn die CDU nicht darauf eingegangen ist. Mit linker Politik hat diese parlamentarische Taktiererei jedoch nichts zu tun.

von Sascha Staničić

Die Wahl des Fünf-Prozent-Liberalen Kemmerich mit den Stimmen von FDP, CDU und AfD zum „Ministerpräsidenten für drei Tage“ hat DIE LINKE in Meinungsumfragen auf bis zu vierzig Prozent empor schnellen lassen. Das nutzt Bodo Ramelow jedoch nicht, um zu erklären, wie er nun ein wirklich linkes Programm umsetzen will, das die Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung in Thüringen tatsächlich verbessern würde, sondern er und seine Parteiführung verlieren sich in parlamentarischen Manövern, die nur eine Botschaft haben: wir sind nicht anders als die anderen Parteien, wir sind zur Zusammenarbeit mit der CDU bereit, um staatsmännische Verantwortung zu beweisen, Hauptsache es gibt eine handlungsfähige Regierung, egal welche Politik sie betreibt.

Es wäre ein großer Fehler, wenn sich DIE LINKE von dem guten Wahlergebnis und den nun noch besseren Umfragewerten blenden ließe. Sie sollte die schlechten Ergebnisse bei den Europa- und Kommunalwahlen genauso wenig vergessen, wie die Tatsache, dass die Zahl der Nichtwähler*innen mit 35 Prozent immer noch hoch ist. Die derzeit guten Ergebnisse basieren auf konjunkturellen Schwankungen und nicht auf der Verbreiterung von Verankerung und Unterstützung für die eigentlichen Positionen der LINKEN. Die ehemalige Landtagsabgeordnete der LINKEN in Thüringen, Johanna Scheringer-Wright, die sich dem linken Parteiflügel zuordnet, hat treffend gesagt: „Noch zwei solche Siege, und wir sind – als sozialistische Partei – tot.“ Leider gehört sie zu den wenigen Parteilinken, die gerade nicht in den Chor der Ramelow-Bejubler*innen einstimmen.

AfD

Ins Fäustchen lachen wird sich Björn Höcke und seine AfD. Es ist ihm nicht nur gelungen, das Landesparlament vorzuführen, die AfD kann sich nun weiterhin als die Kraft präsentieren, die nicht zu den etablierten Parteien gehört (ironischerweise, obwohl sie mit Kemmerich einen ehemaligen Privatisierungsagenten der Treuhand zum Ministerpräsidenten gewählt hatte) – während DIE LINKE gerade alles daran setzt, unter Beweis zu stellen, dass sie dazu gehört. Nun ist auch das Tor zur Zusammenarbeit mit der CDU aufgestoßen, was einem Dambruch in der LINKEN gleich kommt – die thüringische LINKE war bereit mit Christine Lieberknecht eine CDU-Politikerin zur Ministerpräsidentin zu wählen (in den Medien wurde in den letzten Tagen vielfach darauf

hingewiesen, dass Lieberknecht schon 2009 nur durch die faktische Unterstützung Ramelows zur Ministerpräsidentin gewählt worden war, dieser hatte im dritten Wahlgang kandidiert, um damit die Reihen von CDU und SPD bei der Wahl Lieberknechts zu schließen), hatte vorher schon mit einer gemeinsamen „Projektregierung“ mit der CDU geliebäugelt und verhandelt brav mit SPD, Grünen und CDU über eine Lösung der Regierungskrise, während die Krise für die Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten im Freistaat eine ganz andere ist: miese Löhne, schlechte Infrastruktur, Arbeitsüberlastung, Erwerbslosigkeit

Für sozialistische Politik!

Dieser Krise sollte DIE LINKE sich annehmen und das kann weder in Regierungskoalitionen mit den Agenda-Parteien SPD und Grünen und schon gar nicht in Kooperation mit der Unternehmerpartei CDU funktionieren. Dazu müsste sie, statt Christine Lieberknecht zu hofieren, sich ein Beispiel an Karl Liebknecht nehmen, der vor und während des Ersten Weltkriegs vormachte, wie Sozialist*innen als Parlamentsabgeordnete handeln sollten: das Parlament als Tribüne zur Aufklärung und Anklage der herrschenden Verhältnisse nutzen, den Posten einsetzen, um Gegenwehr zu organisieren und die Selbstorganisation von Lohnabhängigen voran zu treiben, unmissverständliche Repräsentant*innen der Arbeiter*innenklasse sein und sich eben nicht, wie Ramelow das mal formuliert hat, auch als Unternehmensberater verstehen.

DIE LINKE sollte jetzt schlicht und einfach für Neuwahlen eintreten. Was bis dahin geschieht, sollte nicht ihre Hauptsorge sein. Selbst wenn Kemmerich bis dahin geschäftsführender Ministerpräsident bliebe, wäre er nicht in der Lage irgendwelche Maßnahmen gegen die Interessen der Arbeiter*innenklasse im Landtag durchzusetzen, weil er auf die Stimmen der AfD angewiesen wäre. Neuwahlen ohne einen Kurswechsel der LINKEN würden aber nichts grundlegend ändern. DIE LINKE sollte klar formulieren: wir liegen jetzt bei vierzig Prozent, diese könnten möglicherweise schon für eine absolute Mehrheit der Sitze reichen (wenn die FDP knapp unter fünf Prozent landet und die anderen Parteien wieder zusammen über fünf Prozent erzielen) und wenn nicht, sind wir bereit eine Minderheitsregierung zu bilden. Aber wir kämpfen um die absolute Mehrheit auf Basis eines klaren Politikwechsel im Interesse der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten. Das kann uns gelingen, wenn die Lohnabhängigen und Jugendlichen dafür auf die Straße gehen und Druck für eine solche Politik entfalten.

Wie ein solcher Politikwechsel auf Basis eines sozialistischen Regierungsprogramms aussehen könnte, hat die Antikapitalistische Linke (AKL) Berlin ausgeführt: „Einführung eines kostenlosen ÖPNV und massiver Ausbau des Schienenverkehrs in Stadt und Land; Beschlagnahmung von spekulativem leerstehendem Wohnraum, Enteignung von Immobilienkonzernen unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung, Mietsenkung und Deckelung der Mieten auf Kostenmiete, Bau von kommunalen Wohnungen; Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich im öffentlichen Dienst als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung; Rekommunalisierung und massiver Stellenaufbau in Krankenhäusern, Verkehrsbetrieben sowie allen Bereichen der Daseinsvorsorge unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch demokratisch gewählte Räte von Beschäftigten, Nutzer*innen, Gewerkschaften und Landesvertreter*innen; Unternehmen, die mit Entlassungen oder Kürzungen drohen, in Landeseigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung zu überführen; das Nutzen aller Möglichkeiten von Besteuerung der Reichen und Gewinne durch das Land und die Kommunen; massive Investitionen in Infrastruktur und Soziales; Abschaffung aller Gebühren und Kosten im

Bildungswesen, Aufsetzen eines Programms zur vollständigen Deckung offener Stellen in den Schulen, Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz und Einsetzung eines unabhängigen NSU-Untersuchungsausschusses unter Beteiligung von antirassistischen Organisationen, Migrant*innenverbänden und Gewerkschaften.“

Eine solche Politik könnte viele der 35 Prozent Nichtwähler*innen erreichen und mobilisieren. Sie würde auf den erbitterten Widerstand der Unternehmerverbände und pro-kapitalistischen Parteien einschließlich der AfD treffen – das würde der LINKEN die Möglichkeit geben, der AfD die Maske vom Gesicht zu reißen und sie als die arbeiter*innenfeindliche Partei zu entlarven, die sie ist. Mit einem solchen Programm könnte sie die arbeitende Bevölkerung erreichen und mobilisieren. Damit würde sie deutlich machen, dass ihr oberstes Ziel nicht Regierungsposten und die Anerkennung durch die etablierten Parteien ist, sondern die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen im Land – und dass sie bereit ist, dafür den Konflikt mit den wirtschaftlich Mächtigen einzugehen. Das wäre sozialistische Parlamentspolitik im Sinne Liebknechts. Leider ist klar, dass Bodo Ramelow und die Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow zu einem solchen Kurswechsel nicht bereit sind. Mit ihrem Kurs bereiten sie einen Pyrrhussieg vor, von dem in einigen Jahren die AfD profitieren wird.

Deshalb ist es nötig, dass sich auch in Thüringen Parteilinke in Opposition zu diesem Kurs zusammen finden und dass außerhalb der LINKEN in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen der Kampf aufgenommen wird, die sozialen Interessen von Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten, durchzusetzen – wenn's nicht anders geht, auch gegen eine von Bodo Ramelow geführte Regierung.

Die LINKE und Corona

(17.April 2020)

Sozialistische Opposition oder am Rockzipfel der Regierung?

DIE LINKE schlägt Korrekturen an den Maßnahmen der Bundesregierung vor, unterstützt jedoch ihren Kurs. Während sie sich für zentrale Verbesserungen für Beschäftigte einsetzt, nimmt sie keine grundsätzlich oppositionelle Haltung ein. Die Vorschläge der Parteiführung im Kampf gegen die wirtschaftlichen Folgen der kapitalistischen Krise werden sich als unzureichend erweisen. In der Partei sollte das Programm gegen die Krise trotz Kontakt- und Versammlungsverbot intensiv diskutiert und kritisiert werden.

von Michael Koschitzki, Berlin

Der Dank bei Beschäftigten im Gesundheitswesen und im Einzelhandel erschöpft sich zur Zeit – mit wenigen Ausnahmen, wo Sonderzahlungen vorgenommen werden, bei etwas Applaus von Balkonen und warmen Worten der Regierung. Ohne politischen Druck wird sich das nicht ändern. DIE LINKE hilft mit, den Forderungen der Beschäftigten Nachdruck zu verleihen. Statt einer Einmalzahlung fordert sie eine dauerhafte Lohnerhöhung von 500 Euro für alle Pflegekräfte. Sie greift die Forderung der Gewerkschaften auf, das Kurzarbeitergeld auf 90 Prozent anzuheben. Besser wäre jedoch gewesen, sie würde die volle Lohnfortzahlung fordern und sich dafür auch in den Gewerkschaften einsetzen. Für die Kosten der Krise fordert sie eine Corona-Abgabe für Millionäre. Außerdem setzt sie sich dafür ein, dass demokratische und gewerkschaftliche Rechte nicht eingeschränkt werden und kritisiert beispielsweise die Weitergabe von Infiziertenlisten an die Polizei. Sie fordert dazu die Aufnahme von Geflüchteten und die Auflösung der Lager in Griechenland.

Abstimmungsverhalten der Linksfraktion

Am Beginn der Coronakrise wurde die Parlamentstätigkeit weitgehend eingeschränkt. Statt einer Sitzungswoche gab es nur einen verkürzten Sitzungstag. Die Mitbestimmung des Bundestag wird weitgehend eingeschränkt. Von der Linksfraktion gibt es dagegen keinen hörbaren Protest.

Sie beantragte zu den Maßnahmen der Bundesregierung zwar erfolglos einige Änderungen, wie die Verkürzung von Maßnahmen auf maximal ein halbes Jahr, Mitbestimmung bei Unternehmen, die bezuschusst werden, Arbeitsplatzgarantien oder im Gesundheitswesen die Rückkehr zur Selbstkostendeckung. Doch wurden die Maßnahmen der Regierung nicht grundlegend in Frage gestellt. Fraktionsvorsitzender Dietmar Bartsch dankte Merkel nach ihrer Fernsehansprache für „die klaren Worte“ und sicherte Zustimmung zum Kurs der Regierung zu.

Sie begründet diese Zustimmung damit, dass nun die Schuldenbremse in Frage gestellt sei und vorübergehend der Bezug von Hartz IV erleichtert wurde. Sicher ist es richtig, herauszustellen, wie die herrschenden Parteien ihr neoliberales Dogma in Windeseile über den Haufen werfen. Doch in Bezug auf die Maßnahmen der Bundesregierung hätten die Einschränkungen der parlamentarischen

Mitbestimmung und die Milliardenpakete für Banken und Konzerne abgelehnt werden müssen. Die Veränderung des Infektionsschutzgesetzes ermächtigt das Gesundheitsministerium unter anderem Prüfungen von Medikamenten und Impfstoffen auszusetzen. Das kann Menschenleben gefährden.

An der Abstimmung zu den Milliardenpaketen nahmen 31 Abgeordnete der LINKEN nicht teil. Die bürgerlichen Medien lobten die seltene Einigkeit des Bundestages. So ergibt sich das Bild, dass DIE LINKE im Bundestag geschlossen dafür gestimmt hat. Eine solche Nichtteilnahme ist kein politisches Signal. Diese Abgeordneten hätten sich gegen die Mehrheit der Fraktion stellen und ein klares Zeichen setzen sollen, in dem sie gegen die Maßnahmen stimmen. Dabei hätten sie deutlich machen können, dass sie nicht gegen Hilfen für Selbstständige und Kleinunternehmen sind, aber Milliarden für Banken und Konzerne ablehnen, die sich in den letzten Jahren eine goldene Nase verdient haben. Das hätte für zukünftige Proteste ein wichtiger Referenzpunkt sein können.

Während die Bundesregierung jetzt ein Maßnahmenpaket von 1,2 Billionen Euro schnürt, wird der Arbeiter*innenklasse die Rechnung präsentiert werden. Aufgabe der LINKEN ist es jetzt schon darauf hinzuweisen und die Mobilisierungen gegen Kürzungspakete, Entlassungen und Lohnverzicht vorzubereiten.

Mit Defizitfinanzierung durch die Krise?

Der Bundestagsabgeordnete Klaus Ernst sagte zum Maßnahmenkatalog der Regierung im Interview: „Es ist ein sehr wichtiges Paket mit einem Finanzvolumen, das zum jetzigen Zeitpunkt ausreichend ist. Insgesamt ist es eine gute Sache, mit der wir hoffentlich das erreichen, was erreicht werden soll, nämlich die enormen wirtschaftlichen Risiken dieser Krise wirtschaftlich zu bewältigen. Deswegen haben wir im Bundestag auch zugestimmt.“

Insgesamt präsentiert sich die Partei als Retterin des Kapitalismus. Es wird die Vorstellung propagiert, jetzt müsse (mit einigen sozialen Korrekturen) stark investiert und Schulden aufgenommen werden, dann wäre die Krise irgendwann vorbei und der Kapitalismus würde wieder funktionieren.

Doch selbst wenn die Gefahr des Coronavirus gebannt werden kann, wird es danach keine Rückkehr zu den Arbeitslosen- und Wirtschaftszahlen des letzten Jahres geben. Die Coronakrise hat eine Wirtschaftskrise ausgelöst, deren Ursachen sich auch ohne den Virus im kapitalistischen System aufgebaut haben und die sich schon vorher zu entwickeln begonnen hatte. Während der genaue Verlauf nicht vorhersehbar ist, kann uns eine harte Zeit wirtschaftlicher Depression bevorstehen, die durch kein Investitionspaket einfach übersprungen werden kann. Sie können schon gar nicht „ausreichend“ sein.

Stattdessen wird es erbitterte Kämpfe für den Erhalt von Arbeitsplätzen, Löhnen und staatlichen Ausgaben geben, wenn die Rechnung für die jetzigen Ausgaben präsentiert wird. Darauf muss DIE LINKE vorbereiten und eine sozialistische Alternative zum kapitalistischen System aufzeigen. Nicht die Rettung sondern die Überwindung des Systems muss die Aufstellung der Forderungen anleiten. Investitionsprogramme können dann richtig sein, wenn sie bei der arbeitenden Bevölkerung ankommen, aber sie müssen verbunden werden mit der Enteignung von Konzernen, die entlassen. Solche müssen dann unter demokratische Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung gestellt werden. Banken müssen enteignet und zu einer staatlichen Bank zusammengefasst werden, die auch kleinen Unternehmen günstige Kredite geben kann. Das ist besser als die jetzt von der LINKEN geforderte hundertprozentige Übernahme der Risiken aller

Banken zu fordern. Alle Schritte sollten einen Weg aufzeigen, wie die Krankheit effektiv gestoppt werden kann und gleichzeitig in einer demokratisch geplanten Wirtschaft die Auswirkungen der Krise gestoppt und der Reichtum der Gesellschaft für die Mehrheit effektiv eingesetzt werden kann.

Euro-Bonds

So ein Programm darf natürlich nicht an den nationalen Grenzen halt machen. Augenscheinlich ist, dass andere Länder in Europa stärker betroffen sind. Schon Anfang dieses Jahrzehnts hat die Parteiführung während der Staatsschuldenkrise die Einrichtung so genannter Eurobonds propagiert, die jetzt als Corona-Bonds zurückkehren. Der Gedanke ist, dass Staatsanleihen auf europäischer Ebene niedrigere Zinsen hätten, als Länder wie Spanien oder Italien allein auf dem Anleihemarkt bekommen würden. Die Forderung wird zum Beispiel auch von ehemaligen Außenministern wie Joschka Fischer und Sigmar Gabriel lautstark unterstützt. Sie träumen jedoch davon, einen Anleihemarkt zu schaffen, der dem US-Anleihemarkt Konkurrenz machen könnte, damit den imperialistischen Machtblock Europa zu stärken und nicht Kosten für Beschäftigte in Italien oder dem spanischen Staat zu senken.

Doch auch aus linker Sicht greifen solche Bonds zu kurz. Selbst wenn die Zinsen leicht gesenkt werden würden, wäre der Schuldenberg für zahlreiche Staaten erdrückend. Die Last der Krise müsste weiterhin von den Beschäftigten bezahlt werden, während zahlreiche Banken daran reich geworden sind. Statt sich für so begrenzte Mittel einzusetzen, die der EU womöglich noch einen Mantel Humanität umhängen, sollte sich DIE LINKE für die Streichung der Schulden und die Enteignung der Banken einsetzen.

LINKE in den Landesregierungen

In Berlin, Bremen und Thüringen ist die LINKE an den jeweiligen Landesregierungen beteiligt und trägt die Mitverantwortung für Krisenmaßnahmen. Vertreter*innen aller drei Regierungen kündigten an, daran mitzuwirken, die Krise „so schnell und so sozial wie möglich zu bewältigen“ (Bremer Regierungserklärung). In allen drei Regierungen hat sie sich vor allem für Finanzspritzen für Künstler*innen und kleine Selbstständige eingesetzt.

Die Berliner Abgeordnete Carola Bluhm gab sich in ihrer Erklärung selbstkritisch und sagte das Gesundheitssystem habe: „unter jahrelangem Druck betriebswirtschaftlicher Optimierung gelitten. Wir merken jetzt, dass ein ausschließlich ökonomisch optimiertes System zwar in guten Zeiten funktionieren kann in schweren aber nicht ausreicht. Auch wir in Berlin bilden da keine Ausnahme und tragen Mitverantwortung für prekäre Arbeitsbedingungen und Personalmangel, haben Reserven abgebaut.“ Gerade hier hatte DIE LINKE jahrelang eine Mitverantwortung für den Abbau im Öffentlichen Dienst und Einsparungen bei Krankenhäusern gehabt. Doch wie viele Konsequenzen werden wirklich daraus gezogen? Noch immer ist Reinigungspersonal an den Berliner Kliniken unter Tarif bezahlt und ausgegründet. Das Pflegepersonal bei den landeseigenen Vivantes-Kliniken soll mit 150 Euro Risikozulage abgespeist werden.

Während DIE LINKE in allen Regierungen betont, sie würde sich nur für temporäre Maßnahmen einsetzen, ist die Frage, wie lange welche Maßnahmen sinnvoll sind. In Berlin gibt es eine Ausgangs- statt einer Kontaktsperre. In Thüringen wurden sämtliche Versammlungen und Demonstrationen verboten. Solche Maßnahmen gehen eindeutig zu weit. In Berlin wurde ein Protest für Geflüchtete in Griechenland angekündigt, bei dem Demonstranten über mehrere Stunden

mit ausreichend Abstand, Schuhe auf den Boden vor dem Brandenburger Tor stellen wollten. Ein anderer Teil der Demonstration sollte als Autokorso stattfinden. Während zahlreiche Ausflüge an die Berliner Seen zugelassen wurden, wurde diese Demonstration rabiatisch unterbunden und Personalien aufgenommen.

Keine Frage: Massenversammlungen bergen Gefahren, aber es dürfen nicht die Regierungen sein, die entscheiden, ob wir für unsere Rechte auf die Straße gehen oder streiken. Das ist ganz allein unsere Entscheidung, die wir demokratisch in den entsprechenden Gewerkschaften und Organisationen fällen müssen. Deshalb müssen politische und gewerkschaftliche Versammlungen von allen staatlichen Verboten ausgenommen und die Entscheidung über die Durchführung in die Hände der Arbeiter*innen- und sozialen Bewegungen gelegt werden.

Die Berliner LINKE und die Grünen hatten sich zuvor erfolgreich gegen Polizei und Innenminister durchgesetzt, das Verweilen im Park zu erlauben. Doch der ebenfalls eingeführte Bußgeldkatalog trifft die Menschen empfindlich, die eh bereits wenig Geld haben.

Eingriffe in die Wirtschaft

Doch eine Regierung wird nicht daran gemessen, wie viel sie im öffentlichen Raum zulässt, sondern welche Maßnahmen sie effektiv gegen die Krankheit ergreift bzw. ergriffen hat. In Bremen und Berlin wurden im letzten Jahr die Volksentscheide für gesunde Krankenhäuser bzw. gegen Pflegenotstand mit Verweis auf Landesbefugnisse abgelehnt. Die Maßnahmen für mehr Personal wurden auch an den landeseigenen Krankenhäusern nicht umgesetzt, wo kein Gesetz sie aufgehalten hätte.

Es ist klar, dass SPD und Grüne niemals bereit sein werden, sich wirklich mit den Konzernen anzulegen oder die prokapitalistischen Parteien in diesen Regierungen entschlossene Maßnahmen verhindern werden. Dabei könnten die Länder einiges tun. Die bayrische Landesregierung hat sich zur Sicherung ihrer Wirtschaftsbedingungen das Recht gegeben, die Schließung von Betrieben zu verfügen oder sie sogar anzuweisen, was sie zur Bekämpfung der Pandemie zu produzieren haben, während sie selbst die Preise davon bestimmt.

(https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/Bilder_Videos_Internet/K_2_Online-Kommunikation/Bayerisches_Infektionsschutzgesetz_0000004842.pdf) Eine linke Regierung könnte mit solchen Befugnissen und auch mit der Überführung von Unternehmen in öffentliches Eigentum entschlossen die Ressourcenknappheit bekämpfen und effektive Schutzmaßnahmen ergreifen. Während in Frankreich und Italien Beschäftigte bei Amazon und Daimler streikten, um nicht mehr unter Infektionsgefahr arbeiten zu müssen, könnte eine linke Regierung sie mit solchen Befugnissen direkt schließen. Doch sicherlich wollen SPD und Grüne diese Maßnahmen derzeit nicht mittragen, da sie tief in den Taschen solcher Konzerne stecken. Doch DIE LINKE muss Alternativen aufzeigen und dafür eintreten und bereit sein, die Regierungen verlassen und mit außerparlamentarischem Druck, so begrenzt er sich gerade auch aufbauen lässt, dafür kämpfen.

Diskussion in Partei nötig

Dass die jetzige Parteiführung im Moment nicht bereit ist, auch weitgehende Maßnahmen zu unterstützen, zeigt sich auch in dem Bericht der AKL-Vertreter*innen im Parteivorstand. Sie hatten beispielsweise für das Sofortprogramm gefordert, dass sich DIE LINKE dafür einsetzt, dass nicht lebensnotwendige Betriebe wie die Rüstungsindustrie sofort geschlossen werden. Das wurde von

der Mehrheit abgelehnt.

Erfolgreich hatten sie beantragt, dass der Leitantrag zum nächsten Parteitag komplett neu geschrieben werden muss. Tatsächlich muss die Partei gründlich neu ausgerichtet und Bisheriges auf den Prüfstand gestellt werden. Nun wurde der Parteitag in den Herbst verschoben. Während solche Maßnahmen wahrscheinlich alternativlos sind, muss es auf allen Ebenen der Partei eine kritische Diskussion über das Programm gegen die kapitalistische Krise und das Auftreten in Zeiten der Corona-Pandemie geben. Statt einer handzahmen Unterstützung der Regierung braucht es eine klare sozialistische Opposition gegen die Regierung und die etablierten Parteien.

Regieren in Bewegung?

(7.Dezember 2020)

Vier Jahre Rot-Rot-Grün in Berlin: eine erste Bilanz

Die Führung der Berliner LINKEN nimmt für sich in Anspruch ein “Regieren in Bewegung” umzusetzen – soziale Protestbewegungen in der Hauptstadt geraten angeblich nicht mehr in einen Widerspruch zur Regierungspolitik der Partei, sondern beides ergänze sich. Stimmt das?

von Ronald Luther, aktiv in der LINKEN Berlin-Neukölln

Keine Frage: Die letzten vier Jahre einer Regierung mit LINKE-Beteiligung werden auch unter vielen Aktiven aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften anders gesehen als die rot-rote Koalition von 2002 bis 2011, die für Privatisierungen und Sozialkürzungen stand.

Vor dem Hintergrund von einem bis Ende 2019 andauernden wirtschaftlichen Wachstum und großem Druck durch Protestbewegungen hat der Senat aus SPD, Grünen und LINKE einige Maßnahmen beschlossen, die positiv sind: hier ist vor allem der Mietendeckel zu nennen, aber auch ein billigeres Sozialticket für Bus und Bahn. Kita- und Hortgebühren wurden abgeschafft und Grundschüler*innen erhalten ein kostenloses Mittagessen. Auch die Charité Facility Management GmbH (CFM) wurde rekommunalisiert, die Forderungen der Beschäftigten nach Eingliederung in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD) aber nicht umgesetzt.

Mietenproblem nicht gelöst

Doch das Mietenproblem in der Hauptstadt ist weit von einer Lösung entfernt und die Bilanz der Wohnungspolitik fällt bei genauerem Hinsehen nicht ganz so positiv aus. Der Innensenat brauchte ein ganzes Jahr, um die Einleitung des Volksbegehrens für eine Enteignung von Immobilienkonzernen für rechtmäßig zu erklären. Diese Entscheidung kam dann aber nicht etwa auf Druck der LINKEN zustande, sondern weil die Mieter*inneninitiative vor Gericht zog!

Der von der LINKE-Führung gefeierte Mietendeckel wird gerade von den Vermieter*innen mit Schattenmieten gekontert. So beläuft sich beispielsweise die “Marktmiete” einer Wohnung auf mehr als dreizehn Euro je Quadratmeter, obwohl der Mietendeckel nur sieben Euro zulässt. Die Vermieter*innen erwarten, dass Gerichte den Deckel im nächsten Jahr für unrechtmäßig erklären. In dem Fall könnten sie dann die Differenz von den Mieter*innen nachfordern. Das bedeutet: zur Zeit müssen sich Mieter*innen Mietersparnisse zurücklegen und können gar nicht in eine aufgrund des Mietendeckels günstigere Wohnung ziehen, weil sie damit rechnen müssen, dass dieser keinen Bestand haben wird.

Wem gehört die Stadt?

DIE LINKE unterstützt das Volksbegehren “Deutsche Wohnen und Co. enteignen”. Trotzdem scheint sich die Parteiführung zu erhoffen, dass Enteignung nicht nötig sein wird. So sieht die Landesvorsitzende Katina Schubert diese nur als „einen Baustein“ an, um „die Menschen in Berlin vor diesem Mietenwahnsinn zu schützen“. Ein weiterer Baustein wäre „die konsequente

Anwendung des Vorkaufsrechts“. Es wird immer deutlicher, dass die Partei zwar eine Enteignung von Immobilienkonzernen fordert, aber auch bereit ist, diesen die Häuser teuer abzukaufen. So wie sie gerade das Angebot des Stromkonzerns Vattenfall, die Berliner Stromversorgung für ein bis drei Milliarden Euro an das Land Berlin verkaufen zu wollen, als Rekommunalisierung begrüßte.

Kürzlich beantwortete der LINKE-Bürgermeister Klaus Lederer die Frage „Wem gehört die Stadt?“ klar mit: den Immobilienspekulanten. Mit seiner Unterschrift unter eine Absichtserklärung mit dem Immobilien-Milliardär Rene Benko erkaufte er sich eine unverbindliche Zusage zur Rettung von vier Karstadt-Kaufhof-Filialen mit 500 Jobs. Dafür gab es grünes Licht für Hochhaus-Neubaupläne des Konzerns. Akzeptiert wurde außerdem die Schließung von den restlichen Karstadt-Filialen und der Verlust der dortigen Arbeitsplätze. Obwohl sich der letzte LINKE-Landesparteitag gegen diese Absichtserklärung aussprach, wurde sie von Klaus Lederer nicht zerrissen. Die Berliner Mietenbewegung jedenfalls kündigte bereits massiven Widerstand bei einer Umsetzung dieser Vereinbarung an.

S-Bahn-Privatisierung

Kurz vorher hatte die Berliner LINKE-Führung ihren zahmen Widerstand gegen die von den GRÜNEN vorangetriebene Ausschreibung der Berliner S-Bahn aufgegeben. Damit kann das S-Bahn-Netz nun zum Teil oder auch ganz von privaten Anbietern übernommen werden. DIE LINKE stellt sich auch nicht vehement gegen die unsoziale Forderung der GRÜNEN nach der Einführung einer City-Maut und eines ÖPNV-Pflichttickets, sondern zeigt sich dafür sogar offen. Auch wurde nichts gegen die Law-and-Order-Politik der SPD unternommen. Diese lässt ständig Razzien in Shisha-Bars durchführen und linke Treffpunkte und Wohnhäuser mit massiver Polizeigewalt räumen.

Corona

Der Umgang mit der Pandemie unterscheidet sich in Berlin nicht wesentlich von anderen Bundesländern. Weder hat es eine massive Personalaufstockung in den landeseigenen Krankenhäusern und den Gesundheitsämtern gegeben, noch wurden Schulen und öffentliche Gebäude mit Luftfiltern ausgestattet oder gab es einen grundsätzlich anderen Umgang mit der Einschränkung von Freiheitsrechten während des ersten Lockdowns.

Das zeigt vielleicht mehr als jedes andere Thema: mit prokapitalistischen Parteien ist keine grundlegend andere, linke Politik zu machen. Zwischen 2016 und 2019 hatte die Führung der LINKEN Glück, dass die wirtschaftliche Situation ein paar Reförmchen ermöglichte. Dies ist mit der aktuellen Wirtschaftskrise vorbei und es stehen heftige Verteilungskämpfe bevor. In diesen wird sich DIE LINKE in Berlin entscheiden müssen, auf welcher Seite sie steht. Die Bewegungen werden sich dann zwangsläufig verstärkt auch gegen den Senat wenden und ein “Regieren in Bewegung” wird nicht einmal mehr dem Schein nach möglich sein. Statt auf eine Fortsetzung der Koalition nach den Abgeordnetenhauswahlen im September 2021 zu setzen, sollte die Partei die Widersprüche zwischen linker Politik und der Politik von SPD und Grünen zuspitzen und sich auf sozialistische Opposition und den Aufbau von Widerstand und Bewegungen konzentrieren.

Bremen: Die Geduld schwindet

(22. Januar 2021)

Eine Zwischenbilanz zur Regierungsbeteiligung der LINKEN in Bremen

In dem Bundesland mit der höchsten Armutsquote und steigender Arbeitslosigkeit regiert seit August 2019 DIE LINKE, und damit eine Partei mit sozialistischem Anspruch, zusammen mit den prokapitalistischen Parteien Grüne und SPD. Wo Wahlversprechen zu Beginn Hoffnungen geweckt haben, lässt sich nach mehr als einem Jahr bestenfalls noch Geduld wahrnehmen.

von Hans Neumann, Hildesheim

In der Gesundheitsversorgung wagen es die Regierungslinken nicht, sozialistische Maßnahmen gegen die Profitorientierung umzusetzen. Bezüglich einer vom Unternehmen GENO betriebenen Klinik, die aufgrund von Personalnot zahlreiche Betten nicht nutzen kann, verlangt die LINKE-Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard in Interviews, dass sich das Krankenhaus wirtschaftlich besser aufstellen, also sparen, soll. Insbesondere müssten Patient*innen “nach ihrer Behandlung schneller entlassen werden”, wie sie dem online-Portal [butenundbinnen.de](https://www.butenundbinnen.de) am 13. Dezember letzten Jahres erklärte. Kritik dafür ertete sie von Arbeiter*innenvertretern wie Markus Rohdenbrug vom Klinikum Bremen Ost, ver.di organisierte Proteste vor dem Krankenhaus.

Brotkrumen in der Haushaltspolitik

In der Haushaltspolitik verteidigt DIE LINKE den Status quo: Sozialabbau oder die massenhafte Armut wurden nicht bekämpft. Bereits in der Präambel zum Koalitionsvertrag wurde die Verpflichtung zum “sparsam[en] wirtschaften” (S. 3) festgelegt. Es handelt sich um einen Armutshaushalt.

Zwar wurde während der Corona-Pandemie immerhin die Schuldenbremse umgangen, in einem Interview ließ Finanzsenator Strehl (Grüne) aber bereits verlautbaren, dass sie in den nächsten Jahren wieder angewandt wird. Es sei absehbar, dass künftig mit noch weniger Geld kalkuliert werden müsse.

DIE LINKE sollte Armut skandalisieren, und den Kampf um höhere Sozialausgaben und gegen Sparinstrumente wie die Schuldenbremse organisieren, statt sich an der Verwaltung der Misere zu beteiligen!

Polizeigesetz: Mehr Repressionsmöglichkeiten

Als Reaktion auf Proteste gegen das neue Polizeigesetz wurden gut klingende Maßnahmen, wie ein Verbot von Racial Profiling (also rassistische Untersuchungen aufgrund von äußeren Merkmalen der Betroffenen), die Einrichtung eines unabhängigen Polizeibeauftragten und eine Höchstdauer bei Ingewahrsamnahmen eingeführt. Racial Profiling ist zwar nun verboten, war aber ohnehin niemals offiziell erlaubt. Da anlasslose Kontrollen erlaubt bleiben, wenn “diese Maßnahme auf Grund von auf die Person bezogenen Anhaltspunkten erforderlich ist” (§ 27 Abs. 1 Nr. 2. a) BremPolG), ändert

sich in Zukunft diesbezüglich überhaupt nichts.

Der präventive Polizeigewahrsam kann nun legal mal eben für 96 Stunden ausgesprochen werden! Amnesty International erklärte am 25. August, dass die Funktion des Polizeibeauftragten zahnlos sei, da er "keine eigenständigen Ermittlungen durchführen" kann. Diesen Scheinverbesserungen steht eine ganze Reihe an Verschlechterungen gegenüber: Mobiltelefone dürfen geortet und Telefonverbindungen gekappt werden, Videoüberwachungen dürfen auch bei Großveranstaltungen und in der Gewahrsamszelle stattfinden, Telefonate und SMS können mit richterlichem Beschluss präventiv abgehört werden. Derartig weitreichende Kompetenzen könnten irgendwann gegen eine kämpfende Arbeiter*innenbewegung eingesetzt werden.

Eine wirkliche Verbesserung wäre es, staatliche Überwachungen einzuschränken und die Polizei durch unabhängige und demokratisch gewählte Komitees aus Gewerkschaften, Datenschutzinitiativen, Migrant*innenverbänden, lokaler Bevölkerung und Jurist*innen zu kontrollieren.

Migration: Warme Worte und harte Maßnahmen

Der Flüchtlingsrat Bremen verurteilte am 27. Oktober die Landesregierung, weil die Leistungen alleinstehender Geflüchteter in Gemeinschaftsunterkünften um zehn Prozent gekürzt wurden. Laut Innenbehörde wurden im letzten Jahr so viele Menschen abgeschoben, wie in den Jahren zuvor. Auch wenn in diesem Jahr die Anzahl von Abschiebungen coronabedingt niedriger sein dürfte, ist wieder mit einer Intensivierung von Abschiebungen zu rechnen, sobald die Pandemie abgeklungen ist. Denn genau das ist das erklärte Ziel im Koalitionsvertrag.

Noch nicht zu spät!

Schon jetzt sinkt die Geduld. Die soziale Bewegung artikuliert deutlich Kritik an der Landesregierung. Statt sich auf das Parlament zu fixieren und dort krumme Kompromisse zu schmieden, sollte DIE LINKE Widerstand gegen Profitstreben und schlechte Lebens- und Arbeitsbedingungen mobilisieren.

Es zeigt sich, dass mit SPD und Grünen keine linke Politik umzusetzen ist und der Regierungseintritt ein Fehler war. Nun werden Regierungsbefürworter*innen argumentieren, dass ein Austritt aus der Koalition eine Rechtsverschiebung zur Folge hätte. Doch das kleinere Übel bleibt ein Übel. DIE LINKE sollte sich aus der Regierung verabschieden und dies offensiv damit begründen, dass weitgehende Verbesserungen für die Arbeiter*innenklasse und sozial Benachteiligten der Stadt mit dieser Koalition nicht zu machen sind. Gleichzeitig sollte sie dem Fortbestehen einer rot-grünen Landesregierung nicht im Weg stehen und eine Politik der parlamentarischen Einzelfallentscheidung betreiben: Gesetze, die die Lage der Bevölkerung verbessern werden unterstützt, Verschlechterungen abgelehnt. Ihre Kraft und Energie sollte die Partei dann auf die Organisierung von Bewegungen und sozialen Kämpfen richten, zum Beispiel indem sie Gewerkschaften und Aktivist*innen zu einem Aktionsgipfel zur Koordination des Widerstands einlädt. Diejenigen, die für eine Alternative zum Kapitalismus stehen, dürfen die Linkspartei aber nicht aufgeben und sollten sich zusammen mit Sol-Mitgliedern und anderen in der Antikapitalistischen Linken (AKL) sammeln. Nur so können Kritiker*innen eines Kurses wie in Bremen vereint und das Ruder in Richtung einer echten Alternative gelenkt werden.

Das nahende Wagenknecht-Desaster

(9. April 2021)

DIE LINKE braucht linke Positionen – nicht nur Sahra Wagenknecht hat diese verlassen

Am Samstag wird in Nordrhein-Westfalen die Landesliste der Linkspartei für die Bundestagswahl gewählt. Auf Listenplatz 1 kandidiert Sahra Wagenknecht, unterstützt von einer Mehrheit des Landesvorstands. Nachdem in den letzten Tagen erste Zitate aus ihrem am 14. April erscheinenden neuen Buch „Die Selbstgerechten“ bekannt wurden, ist eine heftige Debatte entbrannt. Denn diese Zitate lassen darauf schließen, dass die Autorin ihren politischen Rechtsschwenk der letzten Jahre nicht nur fortsetzt, sondern auch DIE LINKE und viele linke Aktivist*innen frontal angreift.

von Sascha Staničić, Sol-Bundesssprecher und Mitglied der LINKEN und der AKL

Wir werden uns zu einem späteren Zeitpunkt ausführlich mit den politischen Ideen in Wagenknechts neuem Buch und auch mit ihrer Corona-Politik beschäftigen und wollen hier nur einige Gedanken zu der aktuellen Auseinandersetzung äußern (hier findet sich eine ausführliche Auseinandersetzung von uns mit Wagenknechts migrationspolitischen Positionen).

Man muss blind sein oder nicht sehen wollen, um nicht zu erkennen, dass Sahra Wagenknecht seit einigen Jahren ein Projekt verfolgt, das nichts mit der LINKEN zu tun hat. Inhaltlich hat sie sich von ihren früheren linksreformistischen Positionen hin zu einer Mischung aus Linkspopulismus, Nationalismus und Marktwirtschaftsfetischismus bewegt. Organisatorisch beweist sie bei jeder Gelegenheit ihre Ignoranz gegenüber der Partei und deren Gremien und hatte schon mit dem Projekt „Aufstehen“ versucht eine organisatorische Basis für eine neue Partei zu legen. Dieses ist ziemlich kläglich gescheitert. Der Gedanke aber offenbar nicht gestorben. Es ist wohl kein Zufall, dass die Wagenknecht-Unterstützer Ralf Krämer und Harri Grünberg auf facebook sowohl nach dem Bundesparteitag der LINKEN, wo sie und andere Wagenknecht-Freunde es nicht in den Parteivorstand geschafft haben, im Februar als auch in den letzten Tagen die Frage eines „Plan B“ bzw. einer Parteineugründung aufgeworfen haben.

Richtige Fragen – falsche Antworten

Wagenknecht hat als Ursache für die Probleme der Linkspartei und der Linken generell eine Abwendung von Arbeiter*innen und sozial Benachteiligten und eine Hinwendung zu Identitätspolitik, akademischen Milieus und liberalem Moralismus ausgemacht. Wir haben in den Debatten zu Wagenknechts Positionen in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass sie, zumindest teilweise, richtige Fragen aufwirft, aber falsche Antworten gibt. Und letzteres ist entscheidend für die Bewertung ihrer politischen Positionen.

Auch wir haben argumentiert, dass DIE LINKE gegen Sahra Wagenknecht verteidigt werden musste und muss, weil ihr Projekt nur zu zwei Ergebnissen führen konnte, die beide ein Desaster darstellen: hätte sie eine Mehrheit in der Partei gewonnen, hätte sich die Partei in ihrer Haltung von

linken, internationalistischen Positionen verabschiedet und für nationalistische Positionen geöffnet und wäre sie weniger Mitgliederpartei und mehr Wahlverein geworden. Gewinnt sie keine Mehrheit – und das scheint auf Bundesebene mittlerweile klar zu sein, wird sie die Partei früher oder später spalten. Das Spaltprodukt wird dabei kein Schritt hin zu klaren linken und antikapitalistischen Positionen sein, sondern eine Spaltung nach rechts und damit die gesamte Linke schwächen. Es ist offensichtlich, dass Wagenknecht ihre Kandidatur für den Bundestag auf der Liste der LINKEN als Vehikel benutzt, um in eine aussichtsreichere Position zu kommen, eine solche Spaltung in Zukunft durchzuführen.

Nicht nur Wagenknecht kritisieren

DIE LINKE gegen Wagenknecht verteidigen sollte aber nicht heißen, die Politik der Partei in allen Fragen und den Kurs der Parteiführung und vor allem der Fraktionen in Bundestag und Landtagen und der Minister*innen in den Landesregierungen in Bremen, Berlin und Thüringen zu verteidigen. Die Parteilinke muss eine unabhängige Position formulieren und deutlich machen, dass die reale, praktische Politik insbesondere in den Landesregierungen keine linke Politik ist, weil Abbau von Krankenhausbetten (Bremen), Privatisierung der S-Bahn (Berlin), Zusammenarbeit mit der CDU (Thüringen) und Exekution von Abschiebungen (in allen drei Ländern) weder links noch internationalistisch ist. Dass sich nun auch die zum linken Parteiflügel zuzurechnende neue Co-Vorsitzende Janine Wissler offen für eine Koalition mit SPD und Grünen ausgesprochen hat, sollte genauso deutlichen Widerspruch der Parteilinken hervorrufen und die Alarmglocken läuten lassen.

Das jedoch kritisiert Sahra Wagenknecht gar nicht. Sie hat in der Vergangenheit sogar explizit zur Unterstützung von Koalitionen mit SPD und Grünen, also prokapitalistischen Sozialabbau-Parteien, aufgerufen. Sie kritisiert bestimmte tatsächlich existierende Phänomene, wie die mangelnde Verankerung der LINKEN unter Arbeiter*innen, weist diesen aber Ursachen zu, die nicht zutreffen, wie die Haltung der LINKEN zu Einwanderung oder Unterstützung für antirassistische und antisexistische Bewegungen. Dass es aber gerade die Beteiligung an unsozialer und arbeiter*innenfeindlicher Politik, das Auftreten als Regierungspartei im Wartestand, die Wahrnehmung als der linke Teil des Establishments statt als Anti-Establishment-Kraft sind, die verhindern, dass DIE LINKE zur Hoffnungsträgerin von mehr Arbeiter*innen und sozial Benachteiligten wird, ist nicht Wagenknechts Sichtweise.

Identitätspolitik

Nicht alles, worauf sie hinweist, ist also falsch bzw. eine Erfindung. Stichwort: DIE LINKE und Identitätspolitik. Identitätspolitik ist für DIE LINKE und die linken Bewegungen insofern tatsächlich ein Problem, wenn der Kampf gegen die spezifische Unterdrückung von Frauen, Migrant*innen, Schwarzen, LGBTQ*-Menschen so geführt wird, dass er Spaltungen innerhalb der Arbeiter*innenklasse vertieft statt dabei zu helfen, diese zu überwinden. Das Problem ist dann aber nicht der Kampf gegen diese Unterdrückungsformen, sondern das Programm und die Methoden mit denen dieser geführt wird. Darüber muss sich in der LINKEN und der Linken auseinander gesetzt werden, darum muss gerungen werden. Die Sol vertritt in dieser Debatte die Haltung, einen entschiedenen Kampf gegen jede Form der Unterdrückung zu führen und diesen zu verbinden mit den Kämpfen um soziale Rechte, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, günstigen Wohnraum, einen höheren Mindestlohn etc. Und: diese Kämpfe als antikapitalistische, sozialistische Kämpfe zu führen – weil sowohl die Ausbeutung und Entrechtung der

Arbeiter*innenklasse und die Unterdrückung von den oben genannten Menschen ihre tiefere Ursache in der kapitalistischen Klassengesellschaft haben. Das ist der Weg, um Spaltungen innerhalb der Arbeiter*innenklasse zu überwinden und Einheit herzustellen.

Sahra Wagenknechts Kritik an Identitätspolitik versucht jedoch nicht Spaltungslinien zu überwinden, sondern sie vertieft sie, weil sie den Kampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung dem Kampf für die sozialen und ökonomischen Rechte der Arbeiter*innenklasse entgegen stellt, ersteren als Hindernis für letzteren versteht. Und mehr. Wagenknecht schreibt: „Die Identitätspolitik läuft darauf hinaus, das Augenmerk auf immer kleinere und immer skurrilere Minderheiten zu richten, die ihre Identität jeweils in irgendeiner Marotte finden, durch die sie sich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden und aus der sie den Anspruch ableiten, ein Opfer zu sein.“ Das müssen Opfer rassistischer oder sexistischer Diskriminierung als Verhöhnung empfinden und so vertieft Wagenknecht ihrerseits Spaltungen, auch wenn sie behauptet, das Gegenteil bewirken zu wollen.

Das hat dann nichts mehr mit linker Politik zu tun, sondern damit landet sie in letzter Konsequenz bei nationalistischen und auch frauenfeindlichen Positionen.

Stellvertreter*innenpolitik

Kampf? Das ist eigentlich nicht der richtige Begriff im Zusammenhang mit Wagenknechts Positionen, denn sie steht mehr als andere für Stellvertreter*innenpolitik. Die von ihr viel benannten Arbeiter*innen sind Objekte und keine Subjekte, die ihr Schicksal und ihr Leben selbst in die Hände nehmen sollen – durch Selbstorganisation, Gewerkschaften, Streiks und Revolution. Sie spricht und schreibt nur über Arbeiter*innen, hat selbst aber nichts mit diesen zu tun. Im Gegenteil: sie ist Millionärin, lebt in einer schicken Villa und geht auf die Geburtstagsparty von CSU-Politiker Gauweiler und feiert dort mit Markus Söder und AfD-Unterstützern. Und nein, das ist kein Neid, sondern nur ein Hinweis auf den Marxschen Satz, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimmt (aber auch das gilt nicht nur für Sahra Wagenknecht, sondern auch für die mit hohen Diäten und Privilegien ausgestatteten Bundestagsabgeordneten und Minister*innen der LINKEN). Diese Haltung drückt sich nicht zuletzt darin aus, dass Sahra Wagenknecht mit den Mitgliedern der Partei DIE LINKE in selbstgefälliger Arroganz umgeht. Um die Debatten und Beschlüsse der Partei schert sie sich nicht. Sie macht ihr Ding. Früher als Fraktionsvorsitzende im Bundestag, nun in einer Talkshow nach der anderen.

Neue Qualität

Ihr neues Buch scheint nun eine neue Qualität darzustellen, wie die unten an diesen Artikel angehängten Zitate zum Ausdruck bringen, wobei wir uns gerne korrigieren, wenn wir das ganze Buch gelesen haben und dieser Eindruck sich als falsch erweisen sollte, womit wir nicht rechnen.

Verwundern kann das nicht, denn bei Wagenknechts Positionen handelt es sich nicht um einzelne Fehler oder Übertreibungen, sondern um eine politische Linie, die sich deutlich herauskristallisiert hat und die sie nun offenbar konsequent zu Ende argumentiert.

Wagenknecht nicht wählen!

Was bedeutet das nun für die Wahl zur Landesliste in NRW? Die Stimmen werden lauter, die fordern, Wagenknecht nicht zu wählen. Diese Forderung wurde in den letzten Wochen schon von

einigen Gliederungen der Partei aufgestellt. Sol-Mitglieder hatten in der linksjugend[‘solid] einen entsprechenden Beschluss beantragt (siehe hier).

Wir haben die Kandidatur des AKL- und SAV-Mitglieds Angela Bankert für Listenplatz 1 von Anfang an unterstützt. Es ist richtig, Sahra Wagenknecht eine klare antikapitalistische Position entgegenzustellen. Es ist wichtig, dass diese nicht verwässert wird, um vermeintlich breitere Teile der Partei zu erreichen. Insbesondere die grundsätzliche Opposition gegen Regierungskoalitionen mit prokapitalistischen Parteien, die Angela Bankert vertritt, muss beibehalten und in den Wahlkampf und die Bundespartei eingebracht werden.

Das Wagenknecht-Lager versucht nun, die Delegierten der Vertreter*innenversammlung faktisch zu erpressen. Ohne Wagenknecht werde DIE LINKE Stimmen verlieren, heißt es, und gleichzeitig wird mit einem Plan B, einer Parteineugründung gedroht. Wir fordern alle Delegierten auf, nach politischen Gesichtspunkten zu entscheiden und nicht nach der Frage, welche Kandidat*in die vermeintlich meisten Stimmen mobilisieren kann.

Hinzu kommt: es ist überhaupt nicht ausgemacht, dass DIE LINKE ohne Wagenknecht als Kandidatin weniger Stimmen erzielt. Bei den letzten Bundestagswahlen war nicht der Düsseldorfer Wahlkreis von Wagenknecht der beste in Bezug auf die entscheidenden Zweitstimmen in NRW. Wagenknecht schreckt zweifelsfrei auch Wähler*innen ab, andere mag sie mobilisieren. Welche Seite unterm Strich größer ist, mag niemand mit Sicherheit zu sagen. Schlimmer als ein paar Stimmen weniger ist aber eine prominente LINKE-Abgeordnete, die die Positionen der Partei mit Füßen tritt und im Laufe der nächsten Jahre ihr Mandat zur Spaltung der Partei und Bildung einer neuen, linkspopulistisch-nationalistischen Partei nutzt.

Sicher ist, dass es viele LINKE-Mitglieder gibt, die sich drei Mal überlegen werden, ob sie für eine Wagenknecht-LINKE in NRW Wahlkampf machen werden. Und sicher ist auch, dass DIE LINKE dann Wähler*innen mobilisieren kann, wenn sie als kämpferische und oppositionelle Kraft auftritt, die sich in Stadtteilen, sozialen Bewegungen, Betrieben und Gewerkschaften verankert und deutlich macht, dass sie mit dem bürgerlichen Establishment nichts zu tun hat.

Es reicht also nicht, Sahra Wagenknecht am Samstag eine Abfuhr zu erteilen. Es geht darum in der LINKEN einen Kurswechsel einzuleiten. Denn Wagenknecht ist nicht die einzige, die linke Positionen verlassen hat. Das haben wesentliche Teile anderer Flügel der Partei, die auf Koalitionen mit SPD und Grünen setzen, auch begonnen. Wenn aus dieser Auseinandersetzung die Parteilinke gestärkt hervor geht, unabhängig vom Ausgang der Wahl, dann ist das das wichtigste Ergebnis. Wir rufen alle Genoss*innen der LINKEN, die unsere Haltung teilen deshalb auf, sich uns anzuschließen und mit uns gemeinsam auch die Antikapitalistische Linke (AKL) innerhalb der LINKEN zu stärken und in der Partei für einen kämpferischen und sozialistischen Kurs zu kämpfen.

Zitate aus Sahra Wagenknechts neuem Buch „Die Selbstgerechten“

S. 37: “Da die Gelbwesten die Vorgaben des linksliberalen Weltbildes beherzt ignorierten, wurden sie insbesondere von deutschen Lifestyle-Linken sofort rechtsradikaler Sympathien verdächtigt: “In Deutschland wäre eine solche Verbrüderung linker und rechter Gesinnung nicht denkbar.” monierte etwa der damalige Vorsitzende einer deutschen linken Partei, dessen Name heute zu Recht vergessen ist. Auch bei den großen Anti-Corona-Demonstrationen, etwa jener im August 2020 in Berlin, sah der Vorstand derselben Partei nur “Verschwörungstheoretiker” und “Nazis” auf den Straßen, obwohl jeder, der Bilder dieser Kundgebungen unvoreingenommen betrachtet hat, die

große Zahl relativ unpolitischer, aber eben unzufriedener Normalbürger kaum übersehen konnte. Ähnlich naserümpfend werden nahezu alle öffentlichen Aktionen kommentiert, bei denen die Akademikerquote unter 50 Prozent liegt und die vielleicht auch wegen dieser Arroganz von links am Ende tatsächlich häufig von Meinungsführern aus dem rechten Spektrum gekapert werden.“

S. 96: “Der langsame Abschied der SPD vom traditionellen Programm begann bereits in den siebziger Jahren, als die Generation der 68er und Nach-68er-Studenten die ehemalige Arbeiterpartei kaperte und der Arbeiteranteil unter ihren Mitgliedern auf 28 Prozent sank. Ein Teil der damaligen Akademiker entstammte immerhin dem Arbeitermilieu, ihre Eltern waren klassische SPD-Wähler ... Die Wortführer der 68er-Bewegung waren indessen wohlhabende Bürgerkinder, die kulturell gegen die Elterngeneration aufbegehrten. ...Der Angriff der neuen Bewegung galt aber nicht nur dem rechten und erzkonservativen Milieu, sondern richtete sich gegen den gesamten Wertekanon vom “Maß und Mitte” und gegen die damalige Gesellschaft, die immerhin den Arbeitern mehr Rechte, Konsummöglichkeiten und Aufstiegsoptionen eröffnet hatte, als sie jemals zuvor gehabt haben. ...Mit dem Zustrom der durch die 68er-Ideen geprägten Jungakademiker begann die Entfremdung der Sozialdemokratie von der Arbeiterschicht.”

S. 99: “Linksliberale nehmen für sich in Anspruch, für Vielfalt, Weltoffenheit, Modernität, Klimaschutz, Liberalität und Toleranz zu stehen. Allem was nach linksliberalem Verständnis rechts ist, wird hingegen der Kampf angesagt: Nationalismus, Rückwärtsgewandtheit, Provinzialität, Rassismus, Sexismus, Homophobie, Islamophobie.

Glaube, Nation und Heimat sind den Linksliberalen Chiffren für Rückständigkeit.”

S. 102: “Die Theorie hinter dem geschilderten Ansatz nennt sich Identitätspolitik. Sie steht im Zentrum des Linksliberalismus und liefert praktisch das Grundgerüst, auf dem das linksliberale Weltbild beruht. Die Identitätspolitik läuft darauf hinaus, das Augenmerk auf immer kleinere und immer skurrilere Minderheiten zu richten, die ihre Identität jeweils in irgendeiner Marotte finden, durch die sie sich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden und aus der sie den Anspruch ableiten, ein Opfer zu sein. ...

Da sich an identitätspolitischen Diskursen allerdings kaum Arme oder Geringverdiener beteiligen, hat das noch niemanden gestört. Sexuelle Orientierung, Hautfarbe oder Ethnie dagegen funktionieren immer. Wer nun mal weiß und hetero ist, kann es behelfsweise über den Lebensstil versuchen, also etwa als Veganer gegen die Mehrheit der Fleischesser. Auch religiöse Überzeugungen, soweit sie im betreffenden Land nur von einer Minderheit geteilt werden, können einen zum Opfer und damit unangreifbar machen.”

S. 107 f.: “In dieser Logik ist ein weißer heterosexueller Postzusteller mit 1000 Euro netto im Monat, der abends Medikamente nehmen muss, weil sein Rücken nach der Plackerei schmerzt, privilegiert gegenüber der Tochter einer aus Indien zugewanderten wohlhabenden Arztfamilie oder dem homosexuellen Sohn eines höheren Beamten, der gerade sein Auslandssemester in den USA beendet hat. Es ist nicht zuletzt die Schamlosigkeit, mit der sich Vertreter privilegierter Gruppen öffentlich zu Opfern stilisieren und daraus Ansprüche und Vorrechte ableiten...”

S. 158: “Drei Jahrzehnte neoliberaler Politik haben viele der einstigen Einschränkungen und Regelungen abgeräumt. Die Gewerkschaften sind heute nicht nur sehr viel schwächer als in ihren Blütezeiten, die linksliberale Erzählung von der Verpflichtung zu Weltoffenheit und Diversität führt

auch dazu, dass sie sich kaum noch trauen, die Beschäftigung von Zuwanderern auch nur zu problematisieren.“

S. 160 f. “Immerhin ist der deutsche Niedriglohnsektor einer der größten in ganz Europa. Jeder fünfte Beschäftigte arbeitet heute in diesem Bereich. Seine Existenz geht zum einen auf die Arbeitsmarktreformen in der Zeit der SPD-Grünen-Koalition unter Gerhard Schröder zurück, die viele Schutzrechte von Beschäftigten aufgehoben und den Unternehmen die Möglichkeit gegeben hatte, großflächig reguläre Vollzeitjobs durch irreguläre Beschäftigungsverhältnisse zu ersetzen. Seither boomen Minijobs, Leiharbeit, Werkverträge oder Befristungen mit entsprechenden Auswirkungen auf das Lohnniveau. Dass die Löhne allerdings in vielen Branchen um bis zu 20 Prozent sanken und selbst ein jahrelang anhaltendes Wirtschaftswachstum daran nichts ändern konnte, das war allein wegen der hohen Migration nach Deutschland möglich. Denn nur sie stellte sicher, dass die Unternehmen die Arbeitsplätze zu den niedrigen Löhnen unverändert besetzen konnten.“

S. 192: “Hinzu kommt, dass die Vorwürfe und Unterstellungen, mit denen rechte Politiker in der öffentlichen Debatte attackiert werden, oft so überzogen sind, dass sie in Argumente für die Rechte umschlagen. Es ist ja richtig den Anfängen zu wehren. Aber wer den wirtschaftsliberalen Professor einer Verwaltungshochschule Jörg Meuthen verdächtigt, er wollte einen neuen Faschismus in Deutschland einführen, erreicht damit nur, dass Warnungen selbst da, wo sie berechtigt sind, nicht mehr ernst genommen werden. Wenn jedes AfD-Mitglied ein Nazi ist, was ist dann Björn Höcke?”

S. 200 „Ähnlich gelagert ist die Problematik beim zweiten Thema. Tatsächlich hat die monatelange Klimabewegung “Fridays for Future” Klimaschutzziele nicht etwa populärer gemacht, sondern sie werden heute von weniger Menschen unterstützt als über all die Jahre zuvor. Dabei schlug die Stimmung nicht erst in Folge der Corona-Krise um, als existenzielle Verunsicherungen und Arbeitsplatzängste die Klimadebatte überlagerten, sondern bereits im Frühjahr 2020.“

S. 206: Dass Mitgliedern einer wie immer definierten Gemeinschaft eher vertraut wird als denen, die nicht dazugehören, ist keine irrationale Marotte, sondern ein Verhalten, das sich jahrhundertlang bewährt hat.“

DIE LINKE: Wahlprogramm entsorgt

(7. September 2021)

Undemokratisches Vorgehen der Parteiführung ist ein Eigentor und gefährdet Einzug in den Bundestag

Als Delegierte*r des LINKE-Bundesparteitags fragt man sich in diesen Tagen, warum man sich die Mühe gemacht hat, ein Wahlprogramm zu lesen, Änderungsanträge zu diskutieren, einen Parteitag abzuhalten und darüber abzustimmen. Die Partei- und Fraktionsvorsitzenden haben gestern ein „Sofortprogramm für einen Politikwechsel“ vorgelegt und das Wahlprogramm der Partei damit in die politische Mülltonne geworfen.

von Sascha Staničić, Sol-Bundessprecher und Parteitagsdelegierter für die AKL

Dabei geht es nicht (nur) und in erster Linie darum, was in diesem Sofortprogramm steht, das nicht einmal der Parteivorstand vor der Veröffentlichung lesen, geschweige denn beraten konnte. Es geht um das Signal, das von dieser Veröffentlichung ausgeht. Und wer glaubt, dieses Signal sei ein cleverer Schachzug, um Wähler*innenstimmen in den letzten Wochen des Wahlkampfes zu mobilisieren, der oder die irrt sich. Das Gegenteil wird der Fall sein: wenn überhaupt, werden solche Signale Stimmen kosten. Und damit den Einzug in den Bundestag gefährden.

Denn bei diesem Papier geht es um nichts anderes, als um diese Botschaft: DIE LINKE ist schon vor dem Wahltag bereit, ihr Programm abzuspecken, in der Hoffnung mit einem abgespeckten und entradikalisierten Programm von SPD und Grünen als regierungsfähige Partei anerkannt zu werden.

Maximum an Kompromissbereitschaft

Der inhaltliche Charakter des Papiers wird in einem Kommentar von Stephan Hebel in der Frankfurter Rundschau auf den Punkt gebracht: „Es ist ein Koalitionsangebot, das SPD und Grünen ernsthafte Verhandlungen leicht machen müsste. Wer mehr Kompromissbereitschaft verlangt, verlangt entweder, dass die Linke sich in den Staub wirft, oder spielt mit unerfüllbaren Forderungen, weil er oder sie das Reformbündnis schlicht nicht will.“

Im ‘Sofortprogramm’ von Bartsch und Wissler wird die Abweichung von Rot-Grün (13 statt zwölf Euro) zum ‘Vorschlag’. Aus der kompletten Abschaffung von Hartz IV wird eine Erhöhung der Regelsätze und ein Verzicht auf Sanktionen. Bei der Rente ist der ‘erste Schritt’ nicht mehr gleich ein kompletter Umbau, sondern eine Erhöhung des Niveaus. Die Abschaffung der Schuldenbremse verwandelt sich – ebenfalls im ‘ersten Schritt’ – in ‘Spielräume’ für Investitionen, etwa durch Fonds außerhalb der regulären Etats. (...) Aber da ist ja auch noch die Sache mit der Nato, und nein: So weit wirft sich die Linke verständlicherweise nicht in den Staub, dass sie die Rufe aus der SPD nach einem ‘Bekennnis’ zu dem Bündnis erhören würde. Diese symbolischen ‘Bekennnisse’ fordert die Sozialdemokratie ja offensichtlich nur deshalb, weil der Vorwurf, die Linke wolle morgen aus der Nato austreten, nicht mehr zieht. Stattdessen sieht der ‘erste Schritt’ nach Auffassung der Linken so aus: Der Rüstungsetat soll um zehn Milliarden auf das Niveau von 2018 reduziert werden, Auslandseinsätze der Bundeswehr will die Linke ‘auf den Prüfstand stellen’,

mehr nicht, und gestoppt werden sollen keineswegs alle Rüstungsexporte, sondern erst einmal die 'in Krisengebiete'.“ Man könnte noch einiges ergänzen: zum Beispiel, dass die zentrale Forderung der seit Jahren kämpfenden Krankenhausbeschäftigten nach einer bedarfsgerechten, gesetzlichen Personalbemessung fehlt ...

Wahltaktisches Eigentor

Während DIE LINKE-Führung also deutlich macht, dass sie drei Wochen vor dem Wahltag aufgehört hat, möglichst viele Stimmen für ihr Programm zu mobilisieren und es ihr vor allem darum geht, eine Regierung mit den prokapitalistischen Agenda-Parteien SPD und Grünen zu bilden, reagiert der stellvertretende SPD-Vorsitzende Kevin Kühnert auf allen Kanälen selbstbewusst und rechnet vor, dass eine eigene Mehrheit für SPD und Grüne in greifbare Nähe gerückt ist. Das stimmt. Was wird die Wirkung dieser Tatsache und des Umstands sein, dass DIE LINKE-Führung bei allen Gelegenheiten erklärt, das wichtigste Ziel sei es, CDU/CSU und FDP aus der Regierung herauszuhalten? Genau: diejenigen, die sich von diesem Argument überzeugen lassen, werden sich überlegen, ob sie nicht mit einer Stimme für SPD und Grüne eine Koalition dieser beiden Parteien ermöglichen sollen. Umso mehr, da die Spitzenkandidat*innen beider Parteien in den letzten Tagen sehr deutlich gemacht haben, dass sie sich eine Koalition mit der LINKEN kaum vorstellen können. Selbst die SPD-Linke Saskia Esken attestierte der LINKEN wegen ihrer Enthaltung zum Afghanistan-Einsatz „keine Regierungsfähigkeit“. Das ist auch kein Zufall, denn es gibt aus Sicht der Klasse, die die Führungen von SPD und Grünen in letzter Instanz vertreten – der Klasse der Eigentümer*innen an Produktionsmitteln und großen Aktienpaketen – keinen Grund, in der gegenwärtigen Situation DIE LINKE in die Regierung zu holen. DIE Zeit schreibt dazu: „Für SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz – wie auch für seine Widersacherin von den Grünen, Annalena Baerbock – ist die Linke schlicht nicht regierungsfähig. Das liegt zum einen an jener außenpolitischen Irrlichterei (Nein zur Nato, Distanz zur EU, Nähe zum Russland Putins), die viele Linke als ihren Markenkern verstehen und daher, anders als von Scholz gefordert, nicht zur Disposition stellen werden. Und zum anderen daran, dass in der neuen Bundestagsfraktion der Anteil der Berufsfundamentalisten aus dem Westen steigen dürfte – auf das Abenteuer, mit Unberechenbaren zu regieren, lässt sich ein ultrastoischer Vernunftmensch wie Scholz gar nicht erst ein. Ein Linksbündnis, so erzählen selbst Linke, bräuchte zudem eine satte Mehrheit im Bundestag, um bei Abstimmungen die Abweichler auffangen zu können – die ist nicht in Sicht. Genauso wenig wie eine gemeinsame Erzählung, warum diese Koalition gerade jetzt zwingend nötig wäre. Es fehlen also Fundament, Überbau und Botschaft – mithin alles, was ein Linksbündnis benötigt, um ein Linksbündnis zu sein.“

Das Sofortprogramm ist also ein wahltaktisches Eigentor, ganz abgesehen davon, dass ein Regierungsbündnis mit SPD und Grünen eine freiwilliger politischer Abstieg wäre – das Aufgeben linker Programmatik und des eigentlichen Auftrags einer linken und sozialistischen Partei, der darin besteht eine Alternative zum kapitalistischen System zu propagieren und Menschen dafür zu organisieren und zu aktivieren. Alle Erfahrung mit Regierungsbeteiligungen linker Parteien in Koalitionen mit prokapitalistischen Parteien zeigen das.

Was nötig wäre

Wenn DIE LINKE aus dem sechs-bis-acht-Prozent-Loch rauskommen will, muss sie ihren Gebrauchswert für diejenigen deutlich machen, die sich von den etablierten Parteien nicht mehr

vertreten fühlen. Sie muss deutlich machen, dass sie nicht dazu gehört zu dem Politikbetrieb, dem immer weniger Menschen über den Weg trauen. Weil man aber dazugehören will zu dem Club der Regierungsfähigen, frisst man Kreide und reagiert mit einem Relativierungs- und Rechtfertigungsreflex auf jeden Vorwurf zu großer Radikalität.

Afghanistan

Beispiel Abstimmung zum Afghanistan-Einsatz: die Enthaltung der Mehrheit der Linksfraktion war schon ein Signal der Unsicherheit. Dass diejenigen, die diesen Krieg zu verantworten hatten, dieses Votum dazu nutzen würden, der LINKEN vorzuwerfen, sie wolle die Menschen am Kabuler Flughafen nicht retten, war abzusehen. Darauf hätte man offensiv reagieren müssen. Und mit Empörung über die Heuchelei der Bürgerlichen. Zweifelsfrei wäre eine Nein-Stimme vielen Menschen noch schwerer vermittelbar gewesen, als die Enthaltung. Aber sie hätte ein klares Signal ausgesendet, wie auch die Idee, diese Abstimmung zu boykottieren und stattdessen eine Kundgebung gegen Krieg durchzuführen, eine Möglichkeit gewesen wäre, die kompromisslose antimilitaristische Haltung der LINKEN zum Ausdruck zu bringen. Gleichzeitig hätte man Forderungen nach Evakuierung, legalen Fluchtwegen und Rettung von Geflüchteten (nicht nur in Afghanistan) unter zivilem Kommando und demokratischer Kontrolle formulieren können, um deutlich zu machen, dass DIE LINKE selbstverständlich nicht gegen die Rettung von bedrohten Menschen ist.

Auftritt bei Anne Will

Beispiel Talkshow Anne Will am vergangenen Sonntag. Da wird Janine Wissler mit ihrer nicht allzu lange zurück liegenden Vergangenheit als Mitglied des Marx21-Netzwerks konfrontiert und Anne Will liest ein langes Zitat aus den Marx21-Grundsätzen vor. Selten wurden wahrscheinlich so viele richtige Dinge über die Notwendigkeit, den Kapitalismus zu überwinden in dieser Sendung gesagt. Die Co-Vorsitzende der LINKEN aber reagiert nicht selbstbewusst und offensiv. Die Grundsätze der Strömung, zu der sie zwanzig Jahre lang gehörte, sind plötzlich „irgendwelche Internetseiten“. Und ganz besonders betont sie, dass das Vorgetragene nichts mit ihrer Haltung zu einer Regierungskoalition mit SPD und Grünen zu tun habe. Schließlich habe sie selbst in Hessen Sondierungsgespräche geführt und ihre Bereitschaft zur Koalitionsbildung dort unter Beweis gestellt. Wieso hat sie nicht gesagt: „Wissen Sie, Frau Will, dieses Land und diese Welt könnte eine Revolution ganz gut gebrauchen. Das bedeutet ja nichts anderes, als dass die Verhältnisse grundlegend geändert werden. Die Reichtumsverhältnisse, die Machtverhältnisse und ja, auch die Eigentumsverhältnisse, wenn ein paar Dutzend Banken und Großkonzerne die Weltwirtschaft kontrollieren und damit das Leben von Milliarden Menschen bestimmen. Ich habe kein Vertrauen darin, dass SPD und Grüne etwas Grundlegendes verändern wollen. Dazu hatten sie lange und oft genug Gelegenheit. Ich denke, es wird sich nur etwas ändern, wenn die Menschen massenhaft aufstehen, wie in der DDR 1989 oder im Arabischen Frühling oder in Chile im letzten Jahr. Damit die Millionen hart arbeitenden Reinigungskräfte, Busfahrer*innen, Callcenter-Mitarbeiter*innen, Bauarbeiter*innen, Erzieher*innen und Pflegekräfte endlich Löhne bekommen, von denen sie gut leben können, damit die Mieten endlich sinken, damit der Klimawandel gestoppt wird und Rüstung und Kriege beendet werden. All das ist doch Produkt dieses kapitalistischen Systems. Das die Damen und Herren hier nicht darüber reden wollen, ist mir klar. Sie profitieren ja davon. Darum ist es ja so wichtig, dass es DIE LINKE gibt, die bei diesem Spiel nicht mitmacht und die Verhältnisse ändern will.“

Das kann Janine Wissler so nicht sagen, denn mit Blick auf Thüringen, Berlin und Bremen und mit Blick auf das Betteln der Parteiführung um Anerkennung ihrer Regierungsfähigkeit durch Frau Baerbock und Herrn Scholz, würde die Praxis der Partei diesen Aussagen genauso widersprechen wie den Ansprüchen einer sozialistischen Partei. Das genau ist aber das Problem der LINKEN.

Regierung egal?

All das bedeutet nicht, dass DIE LINKE sagen sollte, es sei egal, ob CDU/CSU oder die SPD den nächsten Kanzler stellen (oder die Grünen die Kanzlerin, was aber immer unwahrscheinlicher erscheint). Es ist nachvollziehbar, dass ein Teil der Arbeiter*innenklasse und der Jugend sich einen Wechsel im Bundeskanzler*innenamt und der Regierung wünscht. Auch weil SPD und Grüne im Wahlkampf wieder einmal links blinken und selbst in den Massenmedien deutlich berichtet wird, dass die Steuerkonzepte von CDU/CSU, FDP und AfD die Reichen und Spitzenverdiener*innen entlasten, während die Konzepte von SPD, Grünen und natürlich auch der LINKEN diese stärker belasten und Durchschnitts- und Geringverdiener*innen entlasten würden.

DIE LINKE sollte deshalb deutlich machen, dass ein Regierungswechsel nicht an ihr scheitern würde. Im dritten Wahlgang reicht bei der Kanzler*innenwahl eine relative Mehrheit. Die könnten die Abgeordneten der Linksfraktion durch eine Enthaltung oder sogar begrenzte Für-Stimmen, sollten diese nötig sein, ermöglichen und gleichzeitig erklären, dass sie jede Maßnahme einer rot-grünen Minderheitsregierung im Interesse der Arbeiter*innenklasse und sozial Benachteiligten, des Klimaschutzes, jedes Gesetz zur Abrüstung und Entmilitarisierung und Ausweitung von demokratischen Rechten mittragen wird. Dass sie aber nicht bereit ist, sich in einer Koalition oder durch einen Tolerierungsvertrag an eine solche Regierung zu ketten, weil alle Erfahrungen mit SPD und Grünen zeigen, dass diese Parteien letztlich arbeiter*innenfeindliche Politik betreiben. Eine solche Politik der Einzelfallentscheidung im Falle einer rot-grünen Minderheitsregierung macht deutlich, dass ein Regierungs- und Politikwechsel nicht an der LINKEN scheitern würde. Würde die Führung der LINKEN diesen Vorschlag offensiv propagieren und mit einer Kampagne für ihre eigenen zentralen Forderungen begleiten, könnte sie sowohl zwischen SPD/Grünen und der LINKEN schwankende Wähler*innen, als auch bisherige Nichtwähler*innen erreichen und mobilisieren. Letztere sind entscheidend dafür, dass DIE LINKE bessere Wahlergebnisse erzielt.

In diesem Sinne: Wir rufen alle Mitglieder und Unterstützer*innen der Partei deshalb auf, gemeinsam mit uns und anderen Sozialist*innen in der Partei, wie der Antikapitalistischen Linken (AKL), darum zu kämpfen, dass DIE LINKE einen kämpferischen, unangepassten und sozialistischen Kurs einschlägt. Und dafür, dass die unsägliche Praxis von Partei- und Fraktionsvorsitzenden an den demokratisch gewählten Gremien der Partei vorbei Fakten in entscheidenden Fragen zu schaffen, endlich ein Ende hat. Der Parteivorstand, der ja seit seiner Neuwahl als „linker“ Vorstand gilt, sollte seine beiden Vorsitzenden und die Fraktionsvorsitzenden zur Ordnung rufen und beschließen, dass diese Methode beendet wird.

Gemeinsam kämpfen! Gegen kapitalistische Ausbeutung, Sozialabbau, Umweltzerstörung und Diskriminierung

(25. September 2021)

Warum Sahra Wagenknecht viele falsche Antworten gibt

Sahra Wagenknecht ist Spitzenkandidatin der LINKEN in Nordrhein-Westfalen zu den Bundestagswahlen und seit längerer Zeit die populärste LINKE-Politikerin. Ihre politischen Positionen, die sich in vielen Fragen von den Beschlüssen der LINKEN unterscheiden, sind in der Partei jedoch zunehmend umstritten. Viele Aktive der Antirassismus-, Umwelt-, Frauen- und LGBTQI-Bewegungen sehen in den von ihr vertretenen Thesen einen Widerspruch zu den Zielen und Positionen dieser Bewegungen. Nicht wenige haben erklärt, dass DIE LINKE aufgrund der Kandidatur Wagenknechts für sie nicht mehr wählbar ist. Mit Protesten von Gruppen aus diesen Bewegungen bei Kundgebungen von Sahra Wagenknecht ist zu rechnen. Gleichzeitig finden sich viele Lohnabhängige in ihren sozial- und arbeitsmarktpolitischen Positionen wieder, die sich richtigerweise gegen Niedriglöhne, Leiharbeit, Hartz IV etc. aussprechen.

Hat Wagenknecht Recht?

Mit ihrem Buch „Die Selbstgerechten“ hat Wagenknecht eine scharfe Kritik der gesellschaftlichen Linken und der Partei DIE LINKE und ein „Gegenprogramm“ vorgelegt. Mit der Bewegung „Aufstehen“ hatte sie versucht eine eigene politische Kraft neben der Linkspartei ins Leben zu rufen. Sie beteiligt sich kaum an den Debatten und Meinungsbildungsprozessen in der LINKEN und verwendet einen großen Teil ihrer großen medialen Präsenz darauf, DIE LINKE anzugreifen. Für viele ist klar: Sahra Wagenknecht hat sich innerlich von der Partei schon verabschiedet und es ist nur eine Frage der Zeit, dass sie eine neue Partei oder ein neues politisches Projekt ins Leben ruft. Doch die entscheidende Frage ist: hat sie Recht?

Wir denken: Nein. Im Gegenteil hat sie wichtige linke und sozialistische Prinzipien verlassen, was dem Kampf für die Rechte der Arbeiter*innen und für eine bessere Gesellschaft nur schaden kann. Denn:

1. Wagenknecht lenkt von den wahren Verantwortlichen für soziale Missstände ab, wenn sie immer wieder migrationsfeindliche Positionen vertritt. So erweckt sie den Eindruck, Einwanderung sei ursächlich für Niedriglöhne verantwortlich, während es in Wirklichkeit die Politik der Regierenden und die Entscheidungen der Unternehmer*innen ist. Die Spaltung in einheimische und zugewanderte Lohnabhängige hilft nur den Kapitalist*innen. Nur wenn diese Spaltung überwunden wird, können durch gemeinsame und starke Proteste und Streiks die gemeinsamen sozialen Interessen aller Lohnabhängigen und erwerbslosen nach guten Löhnen, niedrigen Mieten, menschenwürdigen Sozialleistungen etc. erkämpft werden.

2. Wagenknecht konstruiert Widersprüche zwischen dem Kampf gegen Diskriminierung von Frauen und Minderheiten und dem Kampf für die sozialen Rechte der Mehrheit der Bevölkerung. Diesen Widerspruch gibt es nicht. Man kann das eine machen ohne das andere zu lassen. Dabei

malt sie ein völlig falsches Bild von den Prioritäten der LINKEN, wenn sie behauptet diese würde sich vor allem um Gendersprache und „skurille Minderheiten“ kümmern – gleichzeitig wertet sie damit den Kampf gegen Diskriminierung ab. Die Arbeiter*innenklasse wird jedoch umso stärker sein, je vereinter sie Kämpfe führt. Das beinhaltet auch, sich gegen die Diskriminierung von Teilen dieser Klasse auszusprechen und Solidarität zu üben. Dabei ist Wagenknechts Kritik an der so genannten „Identitätspolitik“ nicht gänzlich falsch. Auch wir sehen in diesem politischen Ansatz eine Gefahr, die zu mehr Spaltung statt Einheit der arbeitenden Menschen führen kann. Wagenknechts pauschalisiert ihre Kritik an Identitätspolitik aber so weitgehend, dass sie zur Kritik am Kampf gegen Diskriminierung wird.

3. Wagenknecht träumt von einem sozialen, friedlichen und ökologisch nachhaltigen Kapitalismus. Sie vertritt nicht mehr sozialistische und marxistische Ideen, die davon ausgehen, dass es einen Interessengegensatz zwischen Kapitalist*innen und Lohnabhängigen gibt, sondern marktwirtschaftliche Ideen, die die Profitlogik in der Wirtschaft und das Privateigentum an Unternehmen nicht in Frage stellen. Profitlogik und Privateigentum bedeuten jedoch zwangsläufig Ausbeutung von Mensch und Umwelt. Und die kapitalistische Wirtschaftsweise führt zu katastrophalen Krisen unter denen immer die Masse der Bevölkerung leidet. Wagenknecht vertritt keine wirksame Alternative zum Kapitalismus.

4. Wagenknecht steht für Stellvertreter*innenpolitik. Die von ihr viel benannten Arbeiter*innen sind Objekte und keine Subjekte, die ihr Schicksal und ihr Leben selbst in die Hände nehmen sollen – durch Selbstorganisation, Gewerkschaften, Streiks und Revolution. Sie spricht und schreibt nur über Arbeiter*innen, hat selbst aber nichts mit diesen zu tun. Im Gegenteil: sie ist Millionärin, lebt in einer schicken Villa und geht auf die Geburtstagsparty von CSU-Politiker Gauweiler und feiert dort mit Markus Söder und AfD-Unterstützern.

5. Wagenknecht hat begonnen sich in einigen Positionen und in ihrer Rhetorik der AfD anzupassen in der Hoffnung, so AfD-Wähler*innen zu gewinnen. Dass sie in diesen Kreisen auch eine gewisse Unterstützung genießt, zeigen die Kommentarspalten auf ihrer facebook-Seite. Dort heißt es oft: „Gute Frau, nur leider in der falschen Partei“. Auch wir sind davon überzeugt, dass die Linke um einen Teil der AfD-Wähler*innen aus der Arbeiter*innenklasse kämpfen muss. Aber nicht, indem man migrationsfeindlichen und nationalistischen Positionen der AfD nachgibt, sondern indem man erklärt und vormacht, dass nur der gemeinsame Kampf von deutschen und nichtdeutschen Lohnabhängigen Verbesserungen erreichen kann und jede Form von Rassismus diesem Kampf schadet.

Gegen eine Anpassung der LINKEN an SPD und Grüne

Aus all diesen Gründen sind wir Kritiker*innen von Sahra Wagenknecht und haben ihre Kandidatur auf dem Spitzenplatz der Liste zur Bundestagswahl nicht unterstützt.

Das bedeutet aber nicht, die Politik der Linkspartei in allen Fragen und den Kurs der Parteiführung und vor allem der Fraktionen in Bundestag und Landtagen und der Minister*innen in den Landesregierungen in Bremen, Berlin und Thüringen zu verteidigen. Die reale, praktische Politik insbesondere in den Landesregierungen ist keine linke Politik, weil Abbau von Krankenhausbetten (Bremen), Privatisierung der S-Bahn (Berlin), Zusammenarbeit mit der CDU (Thüringen) und Exekution von Abschiebungen (in allen drei Ländern) weder links noch internationalistisch ist. Die Ausrichtung aller wesentlichen Teile der Parteiführung auf Regierungskoalitionen mit den prokapitalistischen Parteien SPD und Grünen ist ein schwerer Fehler und kann nur dazu führen, dass

DIE LINKE ihre eigenen Positionen aufgibt.

Das jedoch kritisiert Sahra Wagenknecht gar nicht. Sie hat in der Vergangenheit sogar explizit zur Unterstützung von Koalitionen mit SPD und Grünen, also pro-kapitalistischen Sozialabbau-Parteien, aufgerufen. Sie kritisiert bestimmte tatsächlich existierende Phänomene, wie die mangelnde Verankerung der LINKEN unter Arbeiter*innen, weist diesen aber Ursachen zu, die nicht zutreffen, wie die Haltung der LINKEN zu Einwanderung oder Unterstützung für antirassistische und antisexistische Bewegungen. Dass es aber gerade die Beteiligung an unsozialer und arbeiter*innenfeindlicher Politik, das Auftreten als Regierungspartei im Wartestand, die Wahrnehmung als der linke Teil des pro-kapitalistischen Establishments statt als Anti-Establishment-Kraft sind, die verhindern, dass DIE LINKE zur Hoffnungsträgerin von mehr Arbeiter*innen und sozial Benachteiligten wird, ist nicht Wagenknechts Sichtweise.

Für kämpferische, sozialistische Politik

Wir rufen dazu auf, DIE LINKE zu wählen, egal ob Sahra Wagenknecht auf dem Wahlzettel steht oder jemand anders. DIE LINKE ist die einzige Partei, die Sozialabbau, Privatisierungen, Verschlechterungen von Arbeiter*innenrechten, rassistischen Gesetzen etc. im Bundestag immer abgelehnt hat. Sie hat den Anspruch als antikapitalistische Partei für eine sozialistische Veränderung einzutreten. Daran setzen wir an und rufen alle auf, nicht nur DIE LINKE zu wählen, sondern selbst aktiv zu werden – in Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und mit der Sol gemeinsam in der LINKEN, um in dieser für kämpferische und sozialistische Politik zu kämpfen.

DIE LINKE und der Osten: Freier Fall

(20.November 2021)

Von der Protest- zur Regierungspartei

Die Niederlage der LINKEN bei den Wahlen zum Bundestag könnte schlimmer kaum sein. Nur drei Direktmandate retteten den Einzug. Welche Konzepte aus der Talsohle führen ist umstritten, ebenso umstritten wie die Ursache des Niedergangs im Osten

In seinem Roman über den Aufstieg der AfD, erklärte Ferdinand Schwanenburg, auch einstige Anhänger*innen der Linkspartei, hätten die Reihen der AfD verstärkt. Getrieben wären sie von der Suche nach „einer neuen Protestpartei“. Denn die Führung der LINKEN sei „im neuen System versackt“ und genieße „die Pfründe des bundesrepublikanischen Politikbetriebes“.

Wenn auch sein Buch voller rechter Vorurteile steckt, weiß Christian Hirsch, wie Schwanenburg mit bürgerlichem Namen heißt, wovon er schreibt. Als ehemaliger Mitarbeiter von drei AfD-Landtagsfraktionen hat er den Aufstieg der Rechtspopulisten hautnah miterlebt. Quasi umgekehrt proportional ging damit der Niedergang der LINKEN einher.

Beispielhaft steht dafür Petra Pau. Ihr war es bei dieser Wahl erstmals nicht mehr gelungen ihr Direktmandat in Berlin-Marzahn zu verteidigen. Wo sie einst fünfzig Prozent der Wähler*innenstimmen eingefahren hatte, reichte es in diesem Jahr gerade noch zu 15 Prozent.

Vom Protest zur Anpassung

Selbst der LINKE-Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch musste auf die Frage eines Journalisten einräumen, dass seine Partei mitregieren wolle und dabei verliere man eben Protestcharakter.

Dieser Prozess war schon in der alten PDS, vor der Gründung der Linkspartei, weit fortgeschritten und wurde durch die Fusion mit der WASG (Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit, neben der PDS die zweite Quellpartei der LINKEN) nicht umgekehrt. Und nicht nur in einigen ostdeutschen Landesregierungen machte DIE LINKE Politik wie jede andere Partei, in unzähligen Kommunen waren und sind PDS bzw. DIE LINKE an der Leitung der kommunalen Verwaltung beteiligt und machen keinen Unterschied. Mehr und mehr wurde DIE LINKE in der Wahrnehmung der Beschäftigten, der Rentner*innen und Jugendlichen im Osten Deutschlands so zu einem Teil des Establishments. Zugleich besserten sich die Probleme, unter denen die Menschen leiden durch die Regierungsbeteiligung der Linkspartei, nicht.

Osten bleibt abgehängt

Gerade im Osten organisiert DIE LINKE damit in Landeskabinetten und in vielen Kommunen letzten Endes die kapitalistische Misere mit. Noch immer arbeiten im Osten vierzig Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor und bekommen weniger als zwölf Euro in der Stunde. Während schon in den alten Bundesländern nur noch 53 Prozent der Beschäftigten nach Tarif bezahlt werden, sind es im Osten nur noch 43 Prozent – Tendenz in West und Ost weiter fallend.

Für das Jahr 2019 stellt das Internetportal statista.com frst, dass 15,8 Prozent der Menschen von Armut bedroht sind, im Osten sind es 17,9. Dass der Reichtum in Deutschland ungleich verteilt ist,

glauben 82 Prozent der Ostdeutschen. In einer solchen Situation als angepasst, zum Establishment gehörig, als etabliert zu gelten, heißt ersetzbar zu sein. Und kann als einer der Gründe dafür gelten, weshalb der LINKEN im Osten kaum gelingt junge Leute zu gewinnen. Folglich ist die Partei überaltert.

Beispiel Berlin

In Berlin behauptet die LINKE-Führung, den Spagat zwischen Regierungsbeteiligung und Bewegungspartei geschafft zu haben. Und in Worten stand die Partei auch auf Seiten der streikenden Krankenhausbeschäftigten und der Kampagne "Deutsche Wohnen und Co. enteignen". Doch die von ihr mitzuverantwortende Senatspolitik hat sich nicht grundlegend geändert. Obwohl DIE LINKE in Berlin in den letzten vier Jahren in der Regierung saß, mussten die Krankenhausbeschäftigten von Charite, Vivantes und den Töchtern von Vivantes am Ende der Legislaturperiode in den Streik treten, um ihre Forderungen durchzusetzen. Trotz schöner Worte im Koalitionsvertrag tat sich in der Zeit, in der sie in der Landesregierung war, nichts.

Nun wird die Umsetzung des Volksentscheids für die Enteignung der Immobilienkonzerne durch die Bildung einer Expertenkommission auf die lange Bank geschoben und es ist klar, dass SPD und Grüne nicht enteignen wollen. Stattdessen sollen Teil der S-Bahn privatisiert werden. Einen linken Politikwechsel gibt es in Berlin nicht.

Wie auch? Schließlich teilte DIE LINKE die Regierungsbank in der Bundeshauptstadt mit Grünen und SPD, deren Politik in ihrer Zeit in der Bundesregierung, durch die Einführung der Fallpauschalen die Personalmisere in den Kliniken erst verursacht hatte.

Selbst als die Chefetage der im Besitz der Stadt Berlin befindlichen Vivantes per einstweiliger Verfügung kurzerhand den Streik verbieten wollte, kam keine Gesellschafteranweisung durch den Senat. Ein Gericht musste das Streikrecht der Beschäftigten durch die Aufhebung der Verfügung wieder herstellen.

Was müsste passieren?

DIE LINKE muss sofort aufhören Mehrheitsbeschafferin für pro-kapitalistische Parteien zu sein. Wenn jetzt die SPD-Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, DIE LINKE in die Regierung holen will und in Berlin der rot-grün-rote Senat fortgesetzt werden soll, muss die Antwort Nein lauten.

Stattdessen sollte sie Kämpfe organisieren, denn die natürlichen Bündnispartner*innen der LINKEN sind nicht SPD und Grüne, sondern jene, die unter den Auswirkungen des Kapitalismus zu leiden haben.

Häufig ist DIE LINKE zwar an Protesten beteiligt, aber nicht vorwärts treibender Teil derselben. Sie baut diese Bewegungen nicht auf, macht keine Vorschläge wie man diese zum Erfolg führen könnte. Ihre Aufgabe wäre es auch Kämpfe zu verbinden und die Ursache für die Probleme zu benennen: das kapitalistische System.

Der Ukraine-Krieg und DIE LINKE

(5.April 2022)

*Dokumentiert: Stellungnahme des AKL-Landessprecher*innenrats Baden-Württemberg zum Ukraine-Krieg*

Wir dokumentieren hier eine Stellungnahme des Landessprecher*innenrates der Antikapitalistischen Linken (AKL) in der Linkspartei Baden-Württemberg zum Ukraine-Krieg:

Stellungnahme des AKL-Landessprecher*innenrats Baden-Württemberg zum Ukraine-Krieg

Wir verurteilen den russischen Eroberungskrieg in der Ukraine und fordern einen sofortigen Rückzug aller Truppen und die Einstellung aller Kriegshandlungen.

von Steve Hollasky

Wir betrachten den Krieg als imperialistischen Krieg durch ein kapitalistisches und autoritäres Regime. Dieses Regime repräsentiert die „Oligarchen“, die die neuen Großkapitalisten Russlands sind, und ist für die wachsende soziale Ungleichheit verantwortlich. Die demokratischen Rechte sind vollständig abgeschafft, es regiert gegen die Opposition nur noch der Polizeiknüppel.

In der Konfrontation zwischen der NATO einerseits und der Regionalmacht Russland andererseits gibt es keine gerechte Seite.

Das Selenskyj-Regime

Als Internationalist*innen und Antikapitalist*innen stehen wir auch in Opposition zur prokapitalistischen korrupten Regierung unter Selenskyj. Genauso wie in Russland stehen hinter der Regierung Oligarchen, die sich durch Privatisierung und Diebstahl am Volksvermögen bereichert und die Mehrheit der Bevölkerung in Armut getrieben haben. Die ukrainische Regierung hat die Gesellschaft durch Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung gespalten und arbeitet offen mit Faschisten zusammen. Alle Oppositionsgruppen wurden inzwischen verboten. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2022 in München hat Selenskyj den Anspruch auf atomare Bewaffnung der Ukraine erhoben.

Die NATO

Kritik an der NATO und den Herrschenden in Deutschland bleibt notwendig, nicht um die Verbrechen des Putin-Regimes in irgendeiner Form zu relativieren, sondern um die Vorstellung zurückzuweisen, dass die NATO und die Herrschenden in Deutschland eine positive Antwort auf Putins Krieg darstellen würden. Sie haben mit der NATO-Osterweiterung und der Schaffung eines prowestlichen korrupten hochgerüsteten Regimes in der Ukraine an der Eskalation mitgewirkt und befeuern sie mit Waffenlieferungen. Wir lehnen das kategorisch ab und fordern einen sofortigen Rückzug aller NATO-Soldat*innen aus Osteuropa und den sofortigen Stopp der NATO-Osterweiterung.

- Wir lehnen die deutschen Waffenexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr ab.
- Wir betrachten Forderungen nach einer Flugverbotszone als einen potenziell verhängnisvollen Eskalationsschritt und lehnen sie vehement ab.
- Wir widersprechen der Erzählung, der Ukraine-Krieg sei der erste Krieg in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir halten fest, dass die NATO 1999 mit Beteiligung der Bundeswehr unter der SPD-Grünen-Regierung völkerrechtswidrig monatelang Serbien bombardiert hat.

DIE LINKE steht in Deutschland vor der besonderen Verantwortung, sich jetzt klar gegen das Kriegsbündnis NATO und den deutschen Imperialismus zu stellen! Wir bekräftigen die Ablehnung der Hochrüstung der Bundeswehr zu einer „der handlungsfähigsten Armeen in Europa“ (Scholz), die Forderung nach einem sofortigen Stopp aller Waffenexporte, nach Auflösung der NATO und Austritt Deutschlands daraus, wie sie noch im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 aufgestellt wurden. Wir lehnen jede noch so geringe Aufweichung dieser friedenspolitischen Position ab.

Die Ampel-Regierung

Wir betrachten die Aufrüstungspläne der Scholz-Regierung als einen Versuch, den deutschen Imperialismus von den letzten militärischen Beschränkungen zu befreien, die für ihn nach zwei verlorenen Weltkriegen bestanden. Wir werden sie offensiv bekämpfen und fordern die Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Kräfte auf, das ebenfalls zu tun und sich nicht mit einer „kritischen Sicht“ zu begnügen. Dass solche Beschlüsse unter maßgeblicher Beteiligung von SPD und Grünen gefällt werden, zeigt drastisch, dass es eine Illusion ist, die Führungen dieser Parteien als Teil eines gemeinsamen „linken Lagers“ zu betrachten.

In Sachen Öl- und Gasimporte betreibt die Ampelregierung eine unfassbare Heuchelei. Mit dem Argument, das Putin-Regime nicht länger zu finanzieren, soll jetzt mehr Öl in Saudi-Arabien und mehr Gas in Katar eingekauft werden. Verschwiegen wird dabei, dass die Saudische Diktatur mit ihren Öl-Einnahmen den Krieg im Jemen finanziert, in dem bisher bereits 250.000 Menschen gestorben sind und aktuell Tausende vom Hungertod bedroht sind. Robert Habecks neuer Gaslieferant Katar finanziert bekanntlich nicht nur den IS, sondern auch andere islamistische terroristische Organisationen. Keines dieser Regimes ist demokratischer als das Putin-Regime: Wer in Katar oder Saudi-Arabien auf die Straße geht, wird genauso schnell verhaftet wie in Russland.

Sanktionen ...

Sanktionen, die die arbeitende Bevölkerung in Russland und anderswo treffen, lehnen wir ab. Es genügt nicht, wenn Partei und Fraktionsführung solche Maßnahmen nicht fordern. Sie haben die Aufgabe, derartige Sanktionen, die bereits beschlossen sind oder diskutiert werden, offensiv abzulehnen. Sie sind Wasser auf die Mühlen von Putin, der den Westen für Mängel verantwortlich machen und seine Unterstützung für den Krieg dadurch wahrscheinlich eher stärken kann.

Genauso lehnen wir jeden Ausschluss von Sportler*innen, Künstler*innen, Autor*innen und Musiker*innen sowie den Boykott von russischen Läden, die Aufkündigung von Städtepartnerschaften und jegliche Diskriminierung russischsprachiger Bevölkerung ab. Wer zur Herausbildung einer Wagenburg-Mentalität in Russland beiträgt, hilft Putin.

... oder internationale Solidarität

Wir haben große Achtung vor den Menschen, die in Russland trotz schärfster Repression gegen den Krieg auf die Straße gehen und erklären uns solidarisch mit ihnen.

- Wir begrüßen, dass belarussische Eisenbahner*innen aufgrund eines Appells ukrainischer Gewerkschaftler*innen die Eisenbahnverbindung zwischen Belarus und der Ukraine gekappt haben, um Truppentransporte über Belarus in die Ukraine zu verhindern.
- Wir begrüßen, dass sich in Italien Arbeiter*innen am Flughafen Pisa geweigert haben, Waffen für die Ukraine, die als „humanitäre Hilfe“ getarnt waren, zu verladen. Diese zeigen, dass die arbeitende Bevölkerung über Grenzen hinweg die gleichen Interessen hat und die organisierte Arbeiter*innenklasse die Machtmittel in der Hand hat, effektiven Widerstand gegen den Krieg zu entwickeln oder – wie in den Revolutionen 1917 in Russland und 1918 in Deutschland gezeigt haben – den Krieg beenden kann.
- Wir fordern eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung aller Geflüchteten, ob aus der Ukraine oder von anderswo. Dazu sind auch Maßnahmen wie die Beschlagnahme von leerstehendem Wohnraum geeignet.
- Wir begrüßen es, wenn Waffenstillstände oder Friedensschlüsse das Blutvergießen stoppen, wir warnen aber vor der Illusion, dass Abkommen zwischen kapitalistischen Regierungen die Kriegsursachen beseitigen und einen stabilen Frieden schaffen werden.
- Wir fordern umfassende Hilfe beim Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg und lehnen jegliche dem schon vor dem Krieg hochverschuldeten Land aufgezwungenen „Strukturanpassungsprogramme“ und sonstigen neoliberalen Maßnahmen ab.
- Wir unterstützen die Forderung, die Schulden der Ukraine zu streichen.
- Wir setzen uns für Hilfe für die Menschen weltweit ein, die durch den kriegsbedingten Anstieg der Getreidepreise noch mehr vom Hunger bedroht sind.
- Wir betrachten es als eine unserer Aufgaben, antikapitalistische und sozialistische Bewegungen und Organisationen in Russland, der Ukraine und anderen Ländern der Region zu unterstützen. Wir setzen uns in den Gewerkschaften für die Unterstützung unabhängiger und klassenkämpferischer Gewerkschaften in der Region ein.

Antikapitalistisches Profil schärfen

Jetzt geht es auch darum, weitergehende antikapitalistische Forderungen aufzustellen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Enteignung der Kriegsgewinnler*innen: Rüstungsbetriebe und Energiekonzerne müssen in Gemeineigentum überführt und demokratisch verwaltet und kontrolliert werden. Auf dieser Grundlage können die Energiepreise gesenkt, die Energieerzeugung auf dezentrale erneuerbare Energie und die Rüstungsindustrie auf sinnvolle gesellschaftliche Produktion umgestellt werden.

Wir unterstützen dazu bereits vorhandene Strukturen wie die Kampagne „Rheinmetall enteignen“.

Für uns liegen die Ursachen dieses und anderer Kriege auf der Welt im kapitalistischen System, das auf Ausbeutung, Profitmaximierung und Konkurrenzkampf beruht. Je schärfer der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt, desto stärker wächst die Kriegsgefahr.

Denn Kriege sind heute die Fortsetzung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes um Rohstoffe, Absatzmärkte, Handelswege, Arbeitskräfte mit militärischen Mitteln. Der Satz von Rosa Luxemburg: „Solange das Kapital herrscht, werden Rüstungen und Kriege nicht aufhören“ stimmt noch immer.

In der gegenwärtigen Periode der Schwächung des US-Imperialismus und des Aufstiegs Chinas ist die Kriegsgefahr zusätzlich erhöht. Wir betrachten es als eine wichtige Aufgabe der LINKEN, auf den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg hinzuweisen und in der Antikriegsbewegung für antikapitalistische Positionen einzutreten.

Wir kämpfen für weltweiten Widerstand gegen den Ukraine-Krieg und alle anderen Kriege, gegen Aufrüstung, Militarismus und Kapitalismus und für sozialistische Demokratie.

#LinkeMeToo: Vorwürfe ernst nehmen! Unabhängige Untersuchung einleiten!

(19.April 2022)

*Dokumentiert: Stellungnahme des BAK Revolutionäre Linke in der linksjugend[‘solid] und des Landessprecher*innenrats der linksjugend[‘solid] Rheinland-Pfalz*

Keinen Platz für Sexismus in der LINKEN und linksjugend [‘solid]!

Die Vorwürfe verschiedener Fälle von sexuellen Übergriffen und sexistischem Verhalten innerhalb der LINKEN, die u.a. der SPIEGEL am 15. April veröffentlichte, sind erschreckend. Anscheinend sind seit der Veröffentlichung ähnliche Vorwürfe von weiteren Mitgliedern erhoben worden. Alle diese Vorwürfe müssen ernst genommen und ihnen muss von der Partei nachgegangen werden. Sexistisches Verhalten darf in der LINKEN und linksjugend [‘solid] nicht geduldet werden.

Sexismus ist tief in der kapitalistischen Gesellschaft verwurzelt und Frauen sind täglich damit konfrontiert. Er wird von den Herrschenden genutzt, um die Arbeiter*innenklasse zu spalten. Linke Organisationen und ihre Mitglieder sind dagegen nicht immun, doch es ist ihre Aufgabe gegen diese Form der Spaltung und Unterdrückung auch in den eigenen Reihen zu kämpfen. Mitglieder, die andere Menschen belästigen, ihre Machtposition ausnutzen oder einen sexuellen Übergriff begehen, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Führenden Mitgliedern kommt eine besondere Verantwortung zu, eine solidarische und sichere Atmosphäre zu gewährleisten und Fehlverhalten nicht zu akzeptieren. Sowohl den Vorwürfen wegen sexuellen Übergriffen, als auch den Vorwürfen gegenüber führenden Genoss*innen, trotz Wissens über Fehlverhalten nicht tätig geworden zu sein, muss nachgegangen werden.

Es ist richtig, dass als eine Maßnahme nun Vertrauensgruppen in verschiedenen Strukturen benannt werden, an die sich Betroffene wenden können. Uns ist bisher nicht klar, in welcher Form und mit welcher Zielsetzung diese Gruppen auch den aktuellen Vorwürfen nachgehen. Der Artikel des SPIEGELS, der sich nach eigenen Angaben auf Chatverläufe, E-Mails, Aussagen und andere Dokumente stützt, muss unserer Meinung nach Ausgangspunkt für eine eigene und von den betroffenen Strukturen unabhängige, demokratisch gewählte Untersuchungskommission sein, die sich ein eigenes Bild verschafft. Sie sollte das Recht haben auch Parteimitglieder und Beteiligte vorzuladen. Beschuldigende und Beschuldigte sollten das Recht haben, vor ihr auszusagen. Sie könnte zum Beispiel beim Bundesausschuss der Partei angesiedelt und diesem rechenschaftspflichtig sein. Beschuldigte könnten, abhängig von der Schwere der Vorwürfe, bis zu einem Abschluss der Untersuchung von ihren Ämtern suspendiert werden und es kann, sollte dies gewünscht sein, sichergestellt werden, dass sie von mutmaßlich Betroffenen fern bleiben.

Leider befürchten wir, dass sowohl der SPIEGEL mit seiner Berichterstattung als auch einige Teile in Jugendverband und Partei mit ihren sehr schnellen Rücktrittsforderungen die aktuelle Situation für ihre jeweilige politische Agenda nutzen wollen. Wir halten eine eigene Untersuchung der Vorwürfe durch demokratisch legitimierte Strukturen der Partei für notwendig und sind der Meinung, dass die Berichterstattung einer bürgerlichen Zeitung nicht ausreicht, um sich ein abschließendes Urteil von den Vorgängen zu machen. Wir nehmen wahr, dass die beschuldigten

Mitglieder abstreiten, dass sie sexuell übergriffig geworden sind. Wir nehmen auch wahr, dass andere Genoss*innen bestreiten, wider besseren Wissens lange Zeit nicht eingeschritten zu sein. Nur auf Grundlage einer wirklichen Untersuchung können die demokratisch gewählten Strukturen der Partei alle Aussagen bewerten, Konsequenzen ziehen und Beschlüsse fällen. Dazu können auch der Ausschluss Beschuldigter oder die Unterstützung bei einem juristischen Vorgehen gehören.

Der Aufarbeitungsprozess sollte Anlass sein, auf allen Ebenen der Partei politische Diskussionen über den Kampf gegen Sexismus und sexistische Gewalt in der Gesellschaft und in der LINKEN zu organisieren. Die Voraussetzung für eine Partei, in der alle Mitglieder unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung, Religionszugehörigkeit oder anderen Merkmalen solidarisch und sicher miteinander für eine Alternative zum Kapitalismus kämpfen können, ist die Auseinandersetzung der Mitgliedschaft mit den gesellschaftlichen Ursachen von Sexismus und Diskriminierung und einem politischen Programm dagegen. Es sollte in der Partei auch diskutiert werden, wie eine sichere Atmosphäre für alle Mitglieder, insbesondere Frauen, gewährleistet werden kann. Mit einer solchen Herangehensweise könnte DIE LINKE unter Beweis stellen, dass sie den Kampf gegen Sexismus ernsthaft führen will.

DIE LINKE am Abgrund

(22.April 2022)

Kämpferische und sozialistische Neuausrichtung dringend nötig

Die Partei DIE LINKE stolpert von einem Desaster ins nächste. Die tiefer liegende Ursache liegt darin, dass die Partei sich in Zeiten der immer tiefer und dramatischer werdenden Krise des kapitalistischen Systems nicht in eine klarer antikapitalistische Richtung entwickelt hat, sondern politisch und ideologisch vor den bürgerlichen Verhältnissen kapituliert. Der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit wird so jeden Tag größer.

von Sascha Staničić, Sol-Bundessprecher

Wer dem jetzt mit weiteren Formelkompromissen begegnen will, bereitet nur das nächste Desaster vor. Nötig wäre ein sozialistischer Kurswechsel – weg von Regierungsbeteiligungen mit SPD und Grünen und Infragestellung linker Prinzipien und hin zu Klassenkampf und Antikapitalismus. Leider sieht nichts danach aus, dass es einen solchen auch nur Ansatzweise geben wird. Das wirft die Frage auf, ob diese Partei ihren Gebrauchswert für die Arbeiter*innenklasse und die Linke gänzlich verlieren wird.

Was nötig wäre

Eine linke, sozialistische Partei ist dringend nötig. Eine Partei, die die Interessen der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten, der Unterdrückten und Diskriminierten konsequent vertritt. Eine Partei, die kein Ort für Politiker*innenkarrieren ist, sondern ein Ort des Widerstands gegen die herrschenden Verhältnisse. Eine Partei, die keine Angst hat sich mit den Reichen und Mächtigen anzulegen und nicht das Ziel hat von diesen anerkannt zu werden.

Als DIE LINKE vor fünfzehn Jahren durch eine Vereinigung der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) entstand, haben heutige Sol-Mitglieder gewarnt, dass der hoffnungsvolle Ansatz für eine Arbeiter*innenpartei, den die WASG darstellte, durch den Einfluss des PDS-Apparats und der Akzeptanz der PDS-Strategie von Regierungsbeteiligungen mit pro-kapitalistischen Parteien zerstört werden könnte. Leider scheinen sich diese Warnungen nun endgültig zu bestätigen.

15 Jahre DIE LINKE

DIE LINKE hat in diesen fünfzehn Jahren die Quadratur des Kreises versucht. Sie hat versucht inkompatible Politikansätze zu versöhnen. Daraus wurden über viele Jahre zwei Parteien in einer, die irgendwie miteinander auskamen. Die Reformer*innen konnten, da wo sie dominierten und die Möglichkeit dazu hatten in Landesregierungen den Kapitalismus mitverwalten statt ihn zu bekämpfen und auf Bundesebene und in vielen Kreisverbänden beteiligten sich die antikapitalistisch orientierten Kräfte an Bewegungen und Protesten, unterstützten Streiks und verabschiedeten mal mehr mal weniger kluge, antikapitalistisch klingende Texte.

Heute ist das Strömungswirrwarr in der Partei kaum mehr zu durchschauen und haben sich

Allianzen gebildet, die keinerlei politische Grundlage mehr haben, sondern nur noch vom Erhalt von Machtpositionen motiviert sind. Sahra Wagenknechts erst migrationsfeindliche und nationalistische, dann corona-schwurblerische und explizit gegen die eigene Partei gerichteten Positionen haben die Parteilinke (und die ganze Partei) schwer getroffen. Die in diesem Prozess entstandene Bewegungslinke konnte vor einem Jahr mit viel Schwung eine starke Position im Parteivorstand erringen. Der derzeitige Zustand der Partei ist auch in besonderem Maße ein Versagen der Bewegungslinken, die versuchte den wichtigen inhaltlichen Fragen durch einen Bewegungs- und Parteaufbaufetischismus aus dem Weg zu gehen. Sie positionierte sich nicht eindeutig gegen Regierungskoalitionen mit pro-kapitalistischen Parteien und führende Protagonist*innen der Strömung gehören in Bremen zu den Architekt*innen der ersten rot-grünen Landesregierung in einem westlichen Bundesland.

Corona

Mit der Corona-Pandemie hat sich eine neue Qualität von systemischer Krise entwickelt. DIE LINKE reagierte darauf nicht mit mehr Systemkritik, sondern zeigte sich unfähig, der bürgerlichen Corona-Politik ein eigenes Konzept entgegenzustellen. Dass ein LINKE-Ministerpräsident an den Bund-Länder-Entscheidungsrunden teilnahm bekam man nur mit, als bekannt wurde, dass dieser bei den Sitzungen gerne Candycrush spielte. Die Straße wurde gleichzeitig den Querdenker*innen überlassen. In zwei Jahren Pandemie war DIE LINKE nicht sichtbar, biederte sich im Wahlkampf SPD und Grünen an und erhielt dafür bei der Bundestagswahl die Quittung, rutschte unter die Fünf-Prozent-Hürde und kam nur durch die Erringung von drei Direktmandaten in Fraktionsstärke in den Bundestag.

Krieg und Frieden

Die Parteilinke nahm das nicht zum Anlass in die Offensive zu gehen, die Parteirechte formulierte ihre Positionen umso selbstbewusster und konnte mit den Regierungseintritten in die Landesregierungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern Erfolge feiern. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine dient dem rechten Flügel nun dazu, offensiv antimilitaristische Grundpositionen in Frage zu stellen. Susanne Hennig-Wellsow, die nun als Kovorsitzende zurück getreten ist, hatte noch vor wenigen Wochen angekündigt, dass der Parteitag im Juni eine außenpolitische Klärung herbeiführen müsse und diejenigen, die andere Positionen vertreten, sich dann fragen müssten, ob sie in der richtigen Partei sind. Eine Aussage, die als Kampfansage an den linken Flügel verstanden werden musste. Dass Hennig-Wellsow nun zurück getreten ist, mag vordergründig eine Schwächung des rechten Parteiflügels sein, kann aber auch den gegenteiligen Effekt haben. Die Kriegsfrage macht Kompromisse ohnehin schwerer und diejenigen, die schon lange mit NATO und Auslandseinsätzen der Bundeswehr leben können, spüren gerade einen gesellschaftlichen Rückenwind wie nie zuvor, wissen aber auch, dass dieser vorübergehend ist und das derzeit bestehende Zeitfenster aus ihrer Sicht genutzt werden muss. Die als #LinkeMeToo geführte Debatte um den Umgang mit Sexismus in der Partei versuchen so manche Kräfte inner- und außerhalb der LINKEN gegen die, trotz ihrer weitgehenden inhaltlichen Anpassung, dem linken Flügel zuzuordnende nunmehr alleinige Vorsitzende Janine Wissler zu wenden. Gleichzeitig ist das mutmaßliche Ausmaß sexistischen Fehlverhaltens einerseits und der oftmals undifferenzierte und pauschalisierende Umgang damit eine enorme Zerreißprobe für eine Partei, die gerade durch kaum etwas zusammen gehalten wird. Unterstützer*innen Sahra Wagenknechts bringen mehr oder weniger offen zum Ausdruck, dass sie über einen Bruch und eine Parteineugründung nachdenken.

Kurswechsel nötig

Auf Twitter schrieb jemand: „#dielinke ist wie so ein abbruchreifes Haus unter Denkmalschutz das einer Erbgemeinschaft gehört die sich nicht einigen kann.

Sanieren kostet und abreißen und neubauen geht nicht so richtig, also guckt man einfach weiter beim Verfall zu und hofft auf ein Wunder...“ Ein Wunder wird es nicht geben. Sollte sich die Parteirechte mit einer offen pro-imperialistischen außenpolitischen Neuausrichtung durchsetzen und/oder das Wagenknecht-Lager die Krise zum Absprung nutzen, kann das schon im Sommer zum Auseinanderbrechen der Partei führen. Die absehbaren schlechten Ergebnisse bei den anstehenden Landtagswahlen, werden die Krise weiter verschärfen und können ein Faktor für eine solche Entwicklung sein.

Sollte dies ausbleiben, reicht das nicht, um aus der Krise rauszukommen. Möglicherweise kann die Partei dann überleben und angesichts der Tatsache, dass sie die einzige linke Wahlalternative zur Ampel-Koalition ist, auch im Falle zukünftiger Klassenkämpfe und sozialer Bewegungen bei Wahlen wieder zulegen. Ohne einen sozialistischen und kämpferischen Kurswechsel, wird sie aber kaum als dynamische politische Kraft aufgebaut werden können. Sozialist*innen und Parteilinke werden dann eine Debatte darüber führen müssen, auf welchem Weg eine neue Arbeiter*innenpartei aufgebaut werden kann.

Die Truppen werden gesammelt

(22.Juni 2022)

Vor dem Bundesparteitag der LINKEN jagt ein Aufruf den nächsten – keiner zeigt einen Weg aus der Krise auf

Ende Juni versammeln sich über fünfhundert Delegierte zum Bundesparteitag der LINKEN in Erfurt. Sie kommen zusammen mitten in der tiefsten Krise der Partei seit ihrer Gründung vor ziemlich genau 15 Jahren. Hoffnung darauf, dass dieser Parteitag das Ende der Talsohle darstellen wird, findet man allerdings kaum, wenn man mit Parteimitgliedern spricht. Kein Wunder, alle Erklärungsversuche für die Krise, die von den Protagonist*innen der verschiedenen Flügel der Partei gegeben werden, kratzen an der Oberfläche, alle Lösungsvorschläge sind die eine oder andere Weiter-so-Variante. Keine*r der Kandidat*innen für die Vorsitzenden-Posten steht für das, was nötig wäre: ein radikaler Kurswechsel, eine Revolutionierung der Partei nach innen und nach außen.

von Sascha Staničić, Sol-Bundessprecher Mitglied des AKL Länderrats

In den letzten Tagen wird vor allem der Aufruf „Für eine populäre Linke“ viel und kontrovers diskutiert. Dieser wurde unter anderem von Sahra Wagenknecht unterzeichnet. Auch wenn zu den Erstunterzeichner*innen nicht nur Genoss*innen aus dem engeren Kreis des „Wagenknecht-Lagers“ gehören, ist dieser Aufruf der Versuch die Truppen zu sammeln für die ehemalige Vorsitzende der LINKE-Bundestagsfraktion und für die Ausrichtung, die ihr für die Linkspartei vorschwebt. Parallel dazu haben Sören Pellmann und Heidi Reichinneck ihre Kandidaturen für die beiden Co-Vorsitzenden-Positionen angekündigt und treten damit gegen die amtierende, seit Susanne Hennig-Wellsows Rücktritt alleinige, Vorsitzende Janine Wissler und den Europa-Abgeordneten Martin Schirdewan an. Pellmann und Reichinneck werden dem Wagenknecht-Lager zugerechnet. Er ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter aus Leipzig (und ohne seinen Wahlerfolg wäre DIE LINKE nicht in Fraktionsstärke in den Bundestag eingezogen, sondern nur mit den zwei anderen direkt gewählten Abgeordneten), sie ist Landesvorsitzende in Niedersachsen – und bis vor wenigen Monaten kannte kaum ein Parteimitglied ihre Namen.

Wahrscheinlich als Reaktion darauf wurde nun ein Aufruf mit dem Titel „Intervention: DIE LINKE wird als demokratisch sozialistische Partei dringend gebraucht!“ veröffentlicht, der einen interessanten, weil sehr breiten Personenkreis erstmals unter einem Text vereint: von Bernd Riexinger über prominente Vertreter*innen der Bewegungslinken und von Marx21, einer Reihe von linken Wissenschaftler*innen wie Ulrich Brand, Birgit Mahnkopf und Alex Demirovic bis hin zu den Verfechter*innen von Regierungsbeteiligungen mit SPD und Grünen Katina Schubert und Harald Wolf. Und auch die Vorsitzende Janine Wissler hat sich am 15. Geburtstag der LINKEN, dem 16. Juni, mit einem eigenen langen Text zu Wort gemeldet.

So wird der Parteitag zu einem Kräftenessen werden. Allein das macht ihn spannend. Aber welche Kräfte messen sich da eigentlich? In der Linkspartei herrscht die große Unübersichtlichkeit. Die Trennlinien verlaufen nicht (mehr) eindeutig nach politischen Vorstellungen und Programmen. Das war früher einmal so, als man grob von einem gänzlich auf Regierungsbeteiligungen mit SPD und

Grünen orientierenden rechten Flügel und einem linken Flügel bestehend aus Revolutionär*innen und Reformist*innen, welche in weiten Teilen das Mitregieren zwar nicht ausschloss, aber einen antikapitalistischen Anspruch und Bewegungsorientierung vertrat, sprechen konnte. Damals verwendeten wir die Formulierung, DIE LINKE sei „zwei Parteien in einer“ und das war, wenn auch vereinfachend, eine korrekte Kategorisierung. Die eine Partei verkörperte das, was wir den „Ansatz zu einer neuen Arbeiter*innenpartei“ nannten, die andere war die reine Fortsetzung der alten PDS – brav, angepasst, staatstragend, in Regierungen prokapitalistische, ja sogar neoliberale Politik exekutierend. Diese „zwei Parteien in einer“ bestanden nicht einfach aus den alten WASG- und den alten PDS-Mitgliedern. Schließlich waren mit und nach der Fusion der beiden Parteien im Jahr 2007 viele neue Mitglieder dazu gekommen. Aber man konnte trotzdem sagen, dass DIE LINKE im Osten eine Fortsetzung der PDS war und im Westen eine Partei entstanden war, die weniger in den Institutionen des bürgerlichen Staates verankert und kämpferischer, antikapitalistischer und bewegungsorientierter war.

Die damalige SAV, aus der die Sol hervorgegangen ist, und die rebellische Berliner WASG sprachen sich aus genau diesem Grund gegen die Fusion von WASG und PDS aus: weil diese Fusion die Politik der Regierungsbeteiligungen mit prokapitalistischen Parteien, die von der WASG in ihrer kurzen Geschichte abgelehnt worden war, zu einem konstitutiven Bestandteil der neuen Partei machte und dem Apparat der PDS (Fraktionen, Mitarbeiter*innenstäbe, Rosa-Luxemburg-Stiftung) eine sehr bestimmende Position in der neuen Partei ermöglichte. Unsere Einschätzung war, dass das die Anziehungskraft, die eine neue linke, eine Arbeiter*innenpartei entfalten könnte, begrenzt, dass es die innere Verfasstheit der Partei bürokratisch versteinert und dass die programmatisch inkompatiblen Widersprüche auf Dauer nicht versöhnbar sein würden.

Unsere Warnungen scheinen sich in der aktuellen Krise der LINKEN endgültig zu bestätigen.

Trotzdem zeigte DIE LINKE in den letzten fünfzehn Jahren immer wieder, dass eine Partei links von Sozialdemokratie und Grünen in Ost und West dringend nötig ist und für diese auch erhebliches Potenzial besteht. Allein die Tatsache, dass eine solche Partei existierte, war ein Faktor auf Seiten der Arbeiter*innenklasse im Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital. Ohne DIE LINKE hätte es zu vielen Fragen keine vernehmbare politische Opposition gegeben – ob Agenda 2010, Auslandseinsätze der Bundeswehr, Privatisierungen oder der Steuerpolitik im Interesse der Reichen. Den gesetzlichen Mindestlohn hätte es ohne die Linkspartei in dieser Form und zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich auch nicht gegeben. DIE LINKE hat, teilweise, gewirkt und damit auch Erwartungen geweckt – die sie bitter enttäuscht hat. Diese Enttäuschung mit der LINKEN, vor allem in Ostdeutschland, ist in den letzten Jahren ein wichtiger Faktor bei der Entstehung und Etablierung der AfD als rechtspopulistischer Partei gewesen.

Mittlerweile herrscht in der Partei, wie gesagt, aber die große Unübersichtlichkeit, weil Machtbündnisse verschiedener Kräfte wichtiger als politische Prinzipien sind und weil sich um Sahra Wagenknecht herum ein neues politisches Phänomen entwickelt hat, das es 2007 in der Form noch nicht gab – einen national(istisch) ausgerichteten, sich selbst linkskonservativ nennenden, Populismus. Dieser wird von der Sozialistischen Linken (SL) unterstützt, in dem sich selbsternannte Marxist*innen sammeln, die letztlich immer nur linke Sozialdemokrat*innen waren und den Anspruch formulieren, die Strömung mit der stärksten Gewerkschaftsorientierung zu sein. Diese Kräfte haben mit einem Teil des rechten Parteiflügels das so genannte Hufeisenbündnis gebildet,

das die Bundestagsfraktion kontrolliert. Die Positionen Wagenknechts, die sie seit der so genannten Geflüchteten-Krise 2015 verstärkt vertritt und die sich unter anderem in Fragen der Migrations- und Corona-Politik deutlich von den beschlossenen Positionen der Partei unterscheiden, führten im Rest der Partei wiederum zu einer heftigen Gegenreaktion, die ebenfalls eine, wenn auch weniger institutionalisierte Zusammenarbeit von Parteilinken und glühenden Verfechter*innen von Regierungsbeteiligungen mit SPD und Grünen auslöste – verkörpert in den Vorsitzenden-Duos Bernd Riexinger und Katja Kipping sowie Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow. Und auch beim Erfurter Parteitag wird Wissler in einem Tandem mit einem dem Reformflügel zuzurechnenden Parlamentarier, Martin Schirdewan, antreten.

„Für eine populäre Linke“?

Diese werden nun von Pellmann und Reichineck herausgefordert, die allerdings offiziell nicht als Team antreten. Die Beiden gehören zwar nicht zu den Erstunterzeichner*innen des Aufrufs „Für eine populäre Linke“, doch ist klar, dass dieser Aufruf zur Unterstützung ihrer Kandidatur dient, wenn das auch nicht explizit gesagt wird.

Dieser Aufruf wurde bisher von über 5000 Menschen unterzeichnet. Das ist zwar viel weniger als der Aufruf Sahra Wagenknechts im Jahr 2018 zur Gründung ihrer mittlerweile gescheiterten Bewegung „Aufstehen“, aber in einer Partei von weniger als 60.000 Mitgliedern auch nicht wenig (in Erwägung, dass der Großteil der Unterzeichnenden Parteimitglieder sind). Allerdings ist der Text auch anschlussfähig für Genoss*innen, die nicht zum engeren Wagenknecht-Kreis gehören und sich in manchen der sehr pauschalen Aussagen für eine Fokussierung auf die soziale Frage, eine Aufrechterhaltung der friedenspolitischen Positionen und für eine demokratische Debattenkultur wiederfinden werden. Tatsächlich gibt der Aufruf vor allem Positionen wieder, die in der Partei unumstritten sind. Spannend sind einzelne Formulierungen und das, was nicht drin steht.

Was manchem marxistisch orientiertem Parteimitglied auf den ersten Blick gefallen mag, ist die Betonung des Aufrufs darauf, Klasseninteressen zu vertreten. DIE LINKE solle für „die Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeitenden, die Familien, die Rentnerinnen und Rentner und die sozial Benachteiligten aktiv“ sein. Dem kann kaum jemand widersprechen. Dann folgt der Satz, der aus Sahra Wagenknechts Buch „Die Selbstgerechten“ stammen könnte, in dem sie ihr Gegenprogramm zur Linkspartei darlegt und ein nicht zutreffendes Bild der Partei malt: „DIE LINKE darf sich nicht auf bestimmte Milieus verengen.“ Auch dem wird jede*r in der Partei zustimmen. Niemand will die Partei auf bestimmte Milieus, also Schichten oder Sektoren der Arbeiter*innenklasse, reduzieren. Die Aussage impliziert aber, dies geschehe und schafft damit den Pappkameraden, den Sahra Wagenknecht bei jeder Gelegenheit aufbaut, um in Wirklichkeit etwas anderes zu propagieren: den Kampf gegen Diskriminierung aufgrund von Nationalität, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung als zweitrangig bis hin zu störend zu betrachten. So kann es nicht verwundern, dass dieser Kampf im „Populäre Linke“-Aufruf so gut wie gar nicht vorkommt. Man muss den Eindruck gewinnen, dass es den Genoss*innen nur um den Kampf um ökonomische Interessen geht, nicht aber um den Kampf gegen Rassismus, Sexismus und andere Diskriminierungsformen. Es ist absolut richtig, dass eine sozialistische Partei, die gemeinsamen Klasseninteressen aller Teile der Arbeiter*innenklasse in den Mittelpunkt rücken und um diese herum organisieren und mobilisieren muss. Das bedeutet aber nicht, auf einen entschlossenen Kampf gegen Diskriminierung bestimmter Gesellschaftsgruppen zu verzichten, sondern offensiv zu erklären, dass diese Diskriminierung der Spaltung der Arbeiter*innenklasse dient und deshalb nicht

nur nicht im Interesse der direkt betroffenen Schichten, sondern auch nicht im Interesse der gesamten Arbeiter*innenklasse ist und daher mit klassenpolitischen Positionen bekämpft werden muss.

An anderer Stelle wird deutlich, dass der Aufruf nicht für konsequente Interessenvertretung und für offensive sozialistische Politik steht. So spricht er sich für „sozialen Ausgleich“ aus, was nur ein anderes Wort für Klassenzusammenarbeit und Sozialpartnerschaft ist. In Zeiten tiefer, multipler Krisen des kapitalistischen Systems und eines verschärften Klassenkampfes von oben, kann es aber nicht Aufgabe einer sozialistischen Partei sein, „sozialen Ausgleich“ zu propagieren, sondern Klassenkampf, also die Durchsetzung von Interessen der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten im Kampf gegen die Reichen und Mächtigen.

Ebenso spricht der Aufruf davon, dass die Partei zwar mit den Gewerkschaften zusammen arbeiten solle, aber nicht „die bessere Gewerkschaft“ sein soll und dass sie „nicht die Aufgabe (hat), die weitestgehenden Forderungen einzelner Bewegungen als eigenes Programm zu verkünden. Überzogene und unrealistische Forderungen schaden ebenso wie ein opportunistisches Streben nach Mitregieren um den Preis der Aufgabe linker Ziele.“

Nun sind die Unterzeichner*innen bisher nicht als konsequente Gegner*innen von Regierungsbeteiligungen der LINKEN mit SPD und Grünen aufgefallen. Sahra Wagenknecht hat noch 2017 in ihrer Funktion als Vorsitzende der Bundestagsfraktion in einem Brief an alle Berliner Parteimitglieder diese dazu aufgefordert, in der Mitgliederabstimmung für eine Regierungsbeteiligung im Berliner Senat zu votieren. Die Absage daran, die „bessere Gewerkschaft“ zu sein und die weitestgehenden Forderungen der sozialen Bewegungen aufzugreifen, ist jedoch Ausdruck eines opportunistischen Strebens, in keinen Konflikt mit den sozialdemokratisch geprägten Führungen der DGB-Gewerkschaften und den oftmals gemäßigten Führungskräften in sozialen Bewegungen zu kommen. Dabei wäre es gerade Aufgabe einer sozialistischen Partei, ihre Mitglieder aufzufordern, in den Gewerkschaften für einen kämpferischen und antikapitalistischen Kurs zu kämpfen und in Bewegungen die weitestgehenden Forderungen zu unterstützen (wenn diese eine reale Basis haben) und diese aus verschiedenen Bewegungen auch zusammenzuführen und mit einer systemüberwindenden Perspektive auszustatten. Dass nach so deutlicher Selbstbeschränkung dann das Ziel eines „neuen, demokratischen und ökologischen Sozialismus“ beschworen wird, kann nur als Wortradikalität interpretiert werden.

Dass ausgerechnet die Unterstützer*innen von Sahra Wagenknecht nun eine „einladende Parteikultur“ und „konstruktive Zusammenarbeit“ einfordern, entbehrt nicht einer gewissen Ironie, hat doch Sahra Wagenknecht ein ums andere Mal deutlich gemacht, dass ihr Beschlusslagen und Debatten innerhalb der Partei am Allerwertesten vorbei gehen. Sie verbringt ihre Zeit lieber in Talkshows oder bei Buchpräsentationen, als in Gremiensitzungen der Partei.

Der Aufruf „Für eine populäre Linke“ hat jedoch etwas gemeinsam mit den Leitanträgen, die der Parteivorstand für den Bundesparteitag verabschiedet hat und mit dem Aufruf „Intervention: DIE LINKE wird als demokratisch sozialistische Partei dringend gebraucht!“ – alle diese Texte verwenden schön klingende Textbausteine, die die eigentlichen kontroversen Fragen, die in der Partei geklärt werden müssen, umschiffen. So werden wieder Formelkompromisse gesucht, die keine inhaltliche Klärung herbeiführen und ein politisches „Weiter so“ zur Folge haben werden.

Auch im „Intervention“-Aufruf finden wir viele Allgemeinplätze, denen kaum jemand widersprechen würde. Auch in diesem Aufruf lassen einzelne Formulierungen aufhorchen und fällt vor allem auf, was nicht drin steht. Zum Beispiel kein kritisches Wort zur Politik der

Regierungsbeteiligungen mit SPD und Grünen. Zum Beispiel keine Aussage, dass Sozialismus ein konkretes Ziel gesellschaftlicher Veränderung ist. Die weitestgehende Formulierung der „Interventionist*innen“ ist die Feststellung, dass es ein Bedürfnis gibt, über den Horizont des Kapitalismus hinauszudenken.

Worum es geht, scheint dann in dieser Aussage deutlich zu werden: „Es geht um eine Richtungsentscheidung: Steht DIE LINKE für eine Partei, die sich im Wesentlichen auf Sozialstaat und soziale Kernpunkte beschränkt oder für eine sozialistische Politik, die die ökologische Frage als eine der klassenpolitischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre ernst nimmt.“ Im Aufruf „Für eine populäre LINKE“ heißt es zu dem Thema jedoch: „Wir wollen eine wirksame und eine gerechte Umwelt- und Klimapolitik, die die Perspektive der Beschäftigten beachtet. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen kann nur gelingen, wenn er durch massive staatliche Investitionen gefördert wird. Soziale Absicherung sowie der Erhalt und die Schaffung neuer guter Arbeitsplätze sind dafür Bedingungen.“ Klingt nicht nach einem unüberbrückbaren Widerspruch – weil diese Texte mit Worthülsen arbeiten statt konkret die Meinungsverschiedenheiten zu benennen. Das Ergebnis sind Formelkompromisse auf dem Papier und eine Verhärtung der machtpolitischen Fronten in der Partei.

Leitanträge

Drei Leitanträge hat der Parteivorstand dem Parteitag vorgelegt. Zu den Themen Krieg und Frieden, sozial-ökologischer Umbau und zum Parteaufbau. Zum friedenspolitischen Antrag gibt es einen von Vertreter*innen unterschiedlicher Strömungen der Parteilinken eingereichten Ersetzungsantrag. Die Antikapitalistische Linke hat eine Reihe von eingereicht, an denen Sol-Mitglieder mitgearbeitet haben, wie auch an den Änderungsanträgen des Kreisverbands Unna und des Ortsverbands Stuttgart Bad-Cannstatt (siehe am Ende dieses Textes).

Die Leitanträge der AKL sind unter dem Artikel „Die Truppen werden gesammelt“ auf der Website zu finden.

Ohne in diesem Artikel ins Detail der Antragsdebatte zu gehen (die Änderungsanträge sprechen für sich) wollen wir hier nur betonen, dass diese Anträge – unabhängig von ihren inhaltlichen Stärken und Schwächen – und die Debatte um sie nicht das auslösen werden, was die Partei braucht: eine wirkliche, tiefgehende und selbstkritische Bestandsaufnahme, eine schonungslose Analyse der Ursachen des Niedergangs und daraus das Ziehen aller notwendigen Schlussfolgerungen. Die Anträge hingegen umschiffen, die wirklich kontroversen Fragen in einem weiteren Versuch, es möglichst allen irgendwie Recht zu machen. Das ist ein „Weiter so!“ in die Bedeutungslosigkeit.

Besonders fällt auf, dass keiner der friedenspolitischen Leitanträge den Mut aufbringt, selbstbewusst gegen den Strom der öffentlichen bzw. veröffentlichten Meinung zu schwimmen und die Beschlusslage der Partei aus dem Erfurter Grundsatzprogramm zur NATO auch nur zu zitieren. Kein Wort von der dort festgeschriebenen Forderung nach der Auflösung der NATO, geschweige denn von der politisch sinnvolleren Forderung nach einem Austritt Deutschlands aus der NATO. In keinem der Anträge findet sich eine ausreichende Klassenanalyse der behandelten Themen und auch keine deutliche Zuschreibung des Kapitalismus als tiefere Ursache für alle Missstände. Die Notwendigkeit einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft wird so zu einem frommen Wunsch statt konkreter Zielsetzung. Das ist umso problematischer, weil angesichts der multiplen Krisen des kapitalistischen Systems, angesichts von Kriegen und Klimakatastrophe, angesichts des Wettlaufs mit der Zeit eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft notwendige Voraussetzung

für die Lösung der großen Menschheitsprobleme ist.

Dabei geht es nicht darum, die Partei auf sozialistische Propaganda zu beschränken oder, wie uns von Linksreformist*innen gerne vorgeworfen wird und ja auch im Aufruf „Für eine populäre Linke“ geäußert wird, nur die rote Fahne zu hissen und möglichst wortradikal aufzutreten. Es geht darum, konsequent den Standpunkt der Arbeiter*innenklasse und Unterdrückten einzunehmen, deren Interessen ohne Rücksicht auf so genannte kapitalistische Sachzwänge zu formulieren, auf Klassenkampf und Massenmobilisierung statt „sozialen Ausgleich“ und Elendsverwaltung in Regierungskoalitionen mit SPD und Grünen zu setzen.

Nach einer aktuellen Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung können sich 18 Prozent der Wähler*innen (die vielen nicht wahlberechtigten Migrant*innen und Jugendlichen sind da nicht eingerechnet) vorstellen, DIE LINKE zu wählen. Die Hälfte – also neun Prozent – davon, das sind über fünf Millionen Menschen, wünschen sich von der Linkspartei „mehr Sozialismus“. Diese zu erreichen, als Wähler*innen zu gewinnen und möglichst viele von ihnen zu mobilisieren und zu organisieren, muss das oberste Ziel der LINKEN sein. Neun Prozent bei den Bundestagswahlen – das wäre fast eine Verdopplung im Vergleich zu den 4,9 Prozent vom September 2021 und Ausgangspunkt für einen Aufstieg der Partei als politische Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten.

Bewegungslinke

Leider nur scheint keine der einflussreichen Kräfte in der Partei auch nur im Entferntesten einen solchen Weg einschlagen zu wollen. Bände spricht hier die Entwicklung von Janine Wissler. Mit radikaler Rhetorik und bewegungsorientierter Basisarbeit hat das damalige Marx21-Mitglied viele Sympathien in der Partei gewonnen. Einmal Parteivorsitzende waren dann die Positionen der Vergangenheit entweder vergessen oder wurde der Spagat geschafft, den Kompromiss mit der Parteilinken in schöne Worte zu gießen. Im Bundestagswahlkampf hat Janine Wissler jedenfalls die Anbiederung an SPD und Grüne mitgemacht und zeichnete mitverantwortlich dafür, dass das Wahlprogramm mitten im heißen Wahlkampf durch ein „Sofortprogramm“ ersetzt und damit entsorgt wurde. Das war nicht nur inhaltlich ein Offenbarungseid, sondern auch methodisch. Einmal mehr umgingen die Spitzenkräfte der Partei die gewählten Gremien und traten mit ihren eigenen, nicht diskutierten und nicht abgestimmten Positionen an die Öffentlichkeit. Auch in ihrem Diskussionsbeitrag „Für eine sozialistische Gerechtigkeitspartei – den linken Grundkonsens erneuern“ vom 16. Juni schreibt Janine Wissler viele richtige Dinge, löst aber den Widerspruch nicht auf, dass sie einerseits erklärt, dass nur durch „eine grundlegende Veränderung unserer Gesellschaft“ und ein „Ende der Ausbeutung von Mensch und den natürlichen Lebensgrundlagen durch die kapitalistische Produktionsweise“ der Klimawandel aufgehalten werden kann, um im weiteren Verlauf des Textes dann nicht über reformistische und systemimmanente Forderungen hinaus zu gehen. Sie benennt zwar die Frage der Überführung von Schlüsselindustrien in öffentliches Eigentum und spricht davon die Eigentumsverhältnisse ändern zu wollen, landet aber bei ihren konkreten Forderungen bei staatlichen Eingriffen in die kapitalistische Wirtschaft. Der Sozialismus wird so zu einem vagen Fernziel statt dringender Notwendigkeit.

Problematisch an ihrem Text ist die Reduzierung der Wahlniederlagen und der Krise der Partei darauf, dass „wir in der Öffentlichkeit als zerstritten und uneins wahrgenommen werden“. Dass an der realen Politik der Linkspartei etwas nicht stimmen könnte, kommt ihr scheinbar nicht in den Sinn. So verliert sie auch kein kritisches Wort über die Regierungsbeteiligungen der LINKEN in den Ländern oder über den staatstragenden Kurs der LINKE-Bundestagsfraktion in der ersten Phase

der Corona-Pandemie, im Gegenteil sind die Regierungsbeteiligungen für sie Teil des „starken Fundaments“ der Partei. Dass die Wahrnehmung der LINKEN als Teil des politischen Establishments, vor allem in Ostdeutschland, wesentlicher Faktor der Wähler*innenverluste war und ist, scheint sie nicht so zu sehen. Und auch die Vorsitzende traut sich angesichts der medialen NATO-Euphorie nicht, sich zur Forderung des Parteiprogramms für die Auflösung der NATO offensiv zu bekennen.

Wie weit die Bewegungslinke in ihrer Prinzipienlosigkeit geht, wird in dem „Intervention“-Aufruf deutlich, in dem es ja um die Zukunft der Partei gehen soll und den viele ihrer Mitglieder gemeinsam mit einigen der profiliertesten Befürworter*innen von Regierungsbeteiligungen gezeichnet haben. Nun stehen sich also zwei Hufeisenbündnisse gegenüber, in denen politische Differenzen hinter Worthülsen versteckt werden und die weder eine Erklärung für die Krise der Partei anbieten noch einen Weg aufzeigen, wie diese überwunden werden kann.

(Nicht nur) vor diesem Hintergrund kommt der Leitantrag zum Parteaufbau einer Beleidigung der Mitgliedschaft gleich. Dieser tut so, als ob erstens die Krise der Partei keine politische Krise wäre und zweitens enthält er kein Wort der Selbstkritik der führenden Gremien von Partei und Fraktionen, das zum Ausdruck bringen würde, dass „der Fisch vom Kopf her stinkt“. Dieser Antrag sollte gar nicht erst zur Abstimmung kommen und gehört zurück gezogen. Ein Änderungsantrag des Ortsverbands Stuttgart Bad-Cannstatt steckt den Finger in die Wunde, indem er unter anderem die jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit aller Funktionsträger*innen und die Begrenzung von Hauptamtlichen-Gehältern und Mandatsträger*innen-Diäten auf einen durchschnittlichen Facharbeiter*innenlohn fordert. Das wäre die effektivste Maßnahme gegen Karrierismus und prinzipienlose Machtblöcke in der Partei. Es wäre interessant zu sehen, wie viele aktuelle Bundestagsabgeordneten dann noch mal für das Parlament kandidieren würden.

Gerade dieser Leitantrag zum Parteaufbau trägt die Handschrift der Bewegungslinken, die scheinbar der Meinung ist, durch Organising-Konzepte, Haustürgespräche und ein freundlicheres Miteinander die Krise der Partei überwinden zu können. Dabei ist diese Krise auch eine Krise der Bewegungslinken, die mit vielen Vertreter*innen in den letzten Parteivorstand gewählt wurde – und keinen Unterschied gemacht hat. Zweideutig in der Frage der Regierungsbeteiligungen mit SPD und Grünen (und diese im ersten westdeutschen Bundesland, Bremen, federführend mitverantwortend), Form über Inhalt stellend und mutlos, die verkrusteten Machtstrukturen in der Partei wirklich herauszufordern, hat die Bewegungslinke eine große Chance vertan – und leider unsere Warnungen bestätigt, die wir äußerten, als in der AKL viele Genoss*innen die Zukunft in der Zusammenarbeit und sogar Mitgliedschaft in der Bewegungslinken sahen.

Die Antikapitalistische Linke (AKL) bleibt die einzige Parteiströmung, die in zentralen Fragen wie der Regierungsbeteiligung und des Ukraine-Kriegs an ihren sozialistischen Prinzipien festgehalten hat. Doch auch sie ist von der Krise der Partei betroffen und konnte sich bisher nicht stärker aufbauen, was auch in der AKL einer Bestandsaufnahme bedürfte.

#LinkeMeToo

Die Debatte um mutmaßliche sexistische Übergriffe in den Reihen der Linkspartei hat auf verschiedenen Ebenen weitere Missstände in der Partei offenbart. Unabhängig von der konkreten Bewertung der Geschehnisse im hessischen Landesverband wurde deutlich, dass DIE LINKE auch fünfzehn Jahre nach ihrer Gründung keinen Umgang mit Sexismus in den eigenen Reihen gefunden hat, der dem Problem gerecht würde. Es gab weder ausreichend politische

Sensibilisierungskampagnen noch gibt es demokratisch gewählte Ausschüsse, an die sich Opfer solcher Übergriffe wenden und die eine Untersuchung durchführen könnten.

Dass es in der Partei auf allen Ebenen auch sexistisches und Macho-Verhalten gibt, wissen alle, die die Partei kennen. Dass dieses in den meisten Fällen geduldet wurde, auch. Hier ist DIE LINKE tatsächlich nur Spiegel der Gesellschaft, hat aber zu lange nicht das getan, was eine linke Organisation diesbezüglich tun sollte.

Auf der anderen Seite wurden die im hessischen Landesverband aufgekommenen Vorwürfe gegen männliche Parteimitglieder von manchen Kräften in Partei und Jugendverband in eine Kampagne gegossen, die nur noch vordergründig den Kampf gegen Sexismus zum Ziel hatte und vor allem am Stuhl von Janine Wissler als Parteivorsitzender sägen sollte – im Einklang mit dem SPIEGEL, der bekanntermaßen keine Gelegenheit auslässt, der LINKEN ans Bein zu pinkeln.

Auch wurde in der #LinkeMeToo-Debatte deutlich, dass unterschiedliche Herangehensweisen mit sexistischen Übergriffen aufeinanderprallen, wie das auch schon in anderen linken Strukturen, wie der Kampagne „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ im Spätsommer letzten Jahres der Fall war. Das so genannte Defma-Konzept (Defma = Definitionsmacht) sieht vor, dass dem mutmaßlichen Opfer unter allen Umständen geglaubt und der/die mutmaßliche Täter*in keine Möglichkeit zur Verteidigung bekommt, geschweige denn eine Untersuchung der Vorfälle stattfindet. In Erwägung, dass nur ein kleiner Teil von Vorwürfen sexueller Übergriffe der Unwahrheit entsprechen – was sicher stimmt – wird die Unschuldsvermutung und das Recht von Angeklagten auf Anhörung und Verteidigung über Bord geworfen und eine wirkliche Auseinandersetzung im Keim erstickt. Die Gremien der Linkspartei haben nicht den Fehler begangen, dem Druck der Defma-Befürworter*innen nachzugeben und Schritte eingeleitet, die in die richtige Richtung gehen, aber noch unzureichend sind. Nebenbei bemerkt, ist das ein Hinweis darauf, dass die von Sahra Wagenknecht identifizierten so genannten „Lifestyle-Linken“ die Linkspartei noch nicht gekapert haben. Eine ausreichende inhaltliche Debatte über Sexismus und den Kampf dagegen hat bisher aber auch nicht stattgefunden. Ob die geplante Debatte beim Bundesparteitag dazu zu einem reinen Schlagabtausch oder zu einer wirklichen inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema führt, bleibt abzuwarten.

Perspektiven

Wir haben DIE LINKE in den letzten 15 Jahren als den einzigen Ansatzpunkt für eine neue Arbeiter*innenpartei in der Bundesrepublik bezeichnet. Deshalb sind viele Sol-Mitglieder auch Mitglied der Partei bzw. ihres Jugendverbands und deshalb haben wir in vielen Basisstrukturen und Arbeitsgemeinschaften konstruktiv mitgearbeitet, Kampagnen und Wahlkämpfe mitgemacht und Vorschläge für die politische Ausrichtung und praktischen Aktivitäten der Partei und des Jugendverbands gemacht. Innerhalb und gemeinsam mit der AKL haben wir gegen die weitere Verschiebung der Parteipolitik nach rechts gekämpft. Wir sind immer davon ausgegangen, dass die Zukunft der LINKEN offen ist und sich darin entscheidet, wie die innerparteilichen Auseinandersetzungen verlaufen und ob verhindert werden kann, dass die Partei sich gänzlich dem politischen Establishment anpasst. Wir gingen davon aus, dass DIE LINKE im Falle größerer Klassenkämpfe und Massenbewegungen als einzige Kraft mit sozialistischem Anspruch nicht nur Wähler*innenstimmen gewinnen kann, sondern möglicherweise auch eine Anziehungskraft auf frische Schichten der Arbeiter*innenklasse und der Jugend ausstrahlen kann. Und wir gingen davon aus, dass im Falle einer gänzlichen Anpassung an das prokapitalistische Establishment und eines

Regierungseintritts auf Bundesebene, aus den linken Kräften der Partei, die einen solchen Weg nicht mitmachen, die Basis für eine neue, breite sozialistische Kraft entstehen kann. Außerhalb der LINKEN gab und gibt es keine Kräfte, die dafür einen konkreten Ansatzpunkt darstellen.

Die derzeitigen Verwerfungen und die Krise der Partei haben aber eine neue Qualität erreicht. Das betrifft den Niedergang bei Wahlen, den Mitgliederrückgang (der aktuell mit sehr vielen politisch motivierten Austritten zusammen hängt), es betrifft den Grad der politischen Prinzipienlosigkeit und auch des politischen und ideologischen Versagens aller wesentlicher Kräfte in der Partei angesichts der multiplen Krisen des Kapitalismus, vor allem angesichts der Corona-Pandemie und des Ukraine-Kriegs.

Es wäre nicht zu spät, um das Ruder rumzureißen und die Partei vom Kopf auf die Füße zu stellen. Doch zur Zeit ist keine Kraft in Sicht, die diese Aufgabe erfüllen könnte. Angesichts der Tatsache, dass DIE LINKE zur Zeit die einzige politische Kraft links von SPD und Grünen mit einer gewissen Massenbasis ist, ist zwar weiterhin offen, wie sich die Partei entwickeln wird und bleibt sie ein wichtiger Raum für die Debatte um sozialistische Politik, den Aufbau einer breiten, sozialistischen Arbeiter*innenpartei und auch für die Artikulation der politischen Interessen der Arbeiter*innenklasse – es wird aber leider immer wahrscheinlicher, dass die Partei ihren Gebrauchswert immer mehr verliert und Arbeiter*innen und Jugendliche in den Kämpfen der kommenden Jahre, andere Wege einschlagen werden, um eine politische Interessenvertretung zu schaffen. DIE LINKE wird bzw. Teile der Linkspartei werden, wenn überhaupt, wahrscheinlich nur ein Bestandteil einer zukünftigen politischen Neuformierung sein.

Davon ist umso mehr auszugehen, da eine Trennung von Sahra Wagenknecht und ihren Anhänger*innen von der Partei nicht weniger wahrscheinlich geworden ist, auch wenn die Wogen gerade nicht so hoch schlagen, wie im letzten Jahr nach der Veröffentlichung von Wagenknechts Buch „Die Selbstgerechten“. Oskar Lafontaines Parteiaustritt, Fabio de Masis Rückzug, verschiedene Äußerungen von Wagenknecht-Unterstützer*innen in den sozialen Medien lassen darauf schließen, dass die Möglichkeit eines Austritts und einer Parteineugründung zumindest ernsthaft erwogen wird. Die Kandidatur von Pellmann und Reichinnek zu den Co-Vorsitzenden dient wahrscheinlich dazu, festzustellen, wie groß die Unterstützung in der Partei für dieses Lager ist, die Truppen zu sammeln und dann zu entscheiden, wie es weiter gehen soll.

15 Jahre nach Gründung der LINKEN sieht es nicht gut aus für die Partei und damit auch für die Aussichten auf die zeitnahe Entstehung einer politischen Interessenvertretung der Arbeiter*innenklasse mit Massenbasis. Wären die Kräfte des Marxismus in diesem Zeitraum innerhalb der Partei und der gesamten Arbeiter*innenklasse und Jugend stärker gewesen, hätten sie den Gang der Ereignisse möglicherweise beeinflussen und den Niedergang der LINKEN verhindern können. Diese Kräfte aufzubauen ist die wichtigste Aufgabe. Dieser Aufgabe stellen sich die Mitglieder der Sol, wie sie auch weiterhin in der LINKEN für sozialistische Politik eintreten, aber vor allem in Gewerkschaften und Bewegungen einen Beitrag dazu leisten werden, Kämpfe voranzutreiben und in diese ein sozialistisches Programm und den Gedanken der Notwendigkeit einer breiten, sozialistischen Arbeiter*innenpartei tragen werden. Wir laden jeden und jede ein, daran mitzuwirken.

Antwort auf Parteikrise: Weiter so!

(27.Juni 2022)

Erste Anmerkungen zum LINKE-Parteitag

Vor dem LINKE-Parteitag waren sich alle einig, dass die Partei in der tiefsten Krise ihrer 15-jährigen Geschichte steckt, dass von diesem ein Signal des Aufbruchs ausgehen müsse. Nach der Generaldebatte, inhaltlichen Beschlussfassungen und der Wahl des neuen Parteivorstands muss leider gesagt werden: das Signal, das von diesem Parteitag ausgeht lautet „Weiter so!“

von Sascha Staničić, Sol-Bundessprecher und Mitglied des AKL-Länderrats

Wahlniederlagen, zerstörerische Flügelkämpfe, #LinkeMeToo – es hätte genug Anlässe gegeben, wenigstens eine Analyse zu versuchen, worin die Krise der Partei ihre Ursachen hat. Wie ein Mantra sprachen aber fast alle Partei-Prominenten von der Zerstrittenheit als Grund für den Niedergang in der Wähler*innengunst. Den Versuch einer tiefer gehenden politischen Analyse gab es kaum.

Es war die Delegierte für die Antikapitalistische Linke (AKL) und Mitglied der Sol, Katja Sonntag, die in ihrem Redebeitrag in der Generaldebatte darauf hinwies, dass die Zerstrittenheit nur ein Ausdruck einer politischen Krise ist. Die wichtigen inhaltlichen Fragen, die debattiert und geklärt werden müssten sind unter anderem: die Politik der Regierungsbeteiligung mit den prokapitalistischen Parteien SPD und Grünen, die Fokussierung auf parlamentarische Arbeit, die Debatten mit Sahra Wagenknecht um Migrations- und Corona-Politik, die Haltung zum Ukraine-Krieg, was bedeutet Klassenpolitik und ist Identitätspolitik ein Widerspruch oder eine Ergänzung dazu.

Leider haben die Parteiführer*innen in ihren Reden zu diesen Fragen nichts oder sehr wenig Konkretes gesagt. Und auch bei den Redebeiträgen der Delegierten wurde viel um den heißen Brei herum bzw. in Floskeln und Allgemeinplätzen geredet oder die Erscheinungsebene von Problemen behandelt statt diesen auf den Grund zu gehen und aus einer tieferen Analyse dann Schlussfolgerungen abzuleiten.

So haben sich alle der vier aussichtsreichen Kandidat*innen für den Vorsitz – Janine Wissler, Heidi Reichineck, Martin Schirdewan, Sören Pellmann – zum Beispiel dafür ausgesprochen, geschlossen nach Außen aufzutreten und alle haben auch ihr Bekenntnis abgelegt, sowohl die Interessen der Lohnabhängigen zu verteidigen, als auch gegen Diskriminierung zu kämpfen. Angesichts der Auslassungen von Sahra Wagenknecht über die angeblichen „Lifestyle-Linken“ und ihre abwertenden Äußerungen über Antidiskriminierungskämpfe in ihrem Buch „Die Selbstgerechten“ war das besonders für die dem Wagenknecht-Lager zugeordneten Pellmann und Reichineck eine wichtige Standortbestimmung. Diese blieb aber auch an der Oberfläche, weil es gar nicht zu einer Debatte darüber kam, wie denn gegen Diskriminierung gekämpft werden muss und in welchem Verhältnis Diskriminierung zur kapitalistischen Klassengesellschaft und Kampf gegen Diskriminierung zum Klassenkampf steht.

Auffällig ist jedoch, dass die Faktoren, die aus unserer Sicht entscheidend für die Krise der Partei

sind, kaum zur Sprache kamen. Die Wahrnehmung der Partei als Teil des Establishments, nicht zuletzt als Folge von einer Politik der Regierungskoalitionen mit SPD und Grünen, die sich nicht großartig von der Politik anderer pro-kapitalistischer Landesregierungen unterscheiden, hat viele (potenzielle) LINKE-Wähler*innen von der Partei entfremdet. Manche davon sind leider zur AfD gewechselt, auch weil Gewerkschaften und DIE LINKE nach der so genannten Geflüchtetenkrise keine klare Klassenposition formuliert haben, die deutlich gemacht hätte, dass die Interessen von einheimischen Beschäftigten und Geflüchteten sich nicht widersprechen. Andere vormalige LINKE-Wähler*innen gehen nicht mehr wählen, weil sie nicht den Eindruck haben, dass das einen Unterschied machen würde und nochmal andere wählen das sozialdemokratische oder grüne Original statt die, aus ihrer Sicht, linke Kopie. Dass das Wähler*innenpotenzial für DIE LINKE viel höher als die 4,9 Prozent der Bundestagswahlen ist, hat erst kürzlich eine Studie bestätigt, die dieses Potenzial auf 18 Prozent beziffert, von denen sich wiederum über die Hälfte „mehr Sozialismus“ von der Linkspartei wünscht.

Ukraine-Krieg

Mit Spannung war die Debatte um den Ukraine-Krieg erwartet worden. Hier hatte der Parteivorstand einen Leitantrag vorgelegt, dem verschiedene Ersetzungsanträge aus der Parteilinken entgegen gestellt worden waren. Die Verurteilung der russischen Invasion in der Ukraine war dabei kein strittiger Punkt, obwohl das vielfach behauptet wird. Die Ersetzungsanträge beinhalteten vor allem eine Darstellung der Vorgeschichte der russischen Invasion hinsichtlich der Politik der NATO-Staaten in den letzten Jahren und formulierten eine ablehnende Haltung zur NATO und zu Wirtschaftssanktionen, weil sie die Bevölkerung und nicht die Herrschenden treffen. Keiner der Anträge zog jedoch die Konsequenz, explizit die Beschlusslage der Partei für eine Auflösung der NATO zu verteidigen. Dies forderte in der Generaldebatte auch nur der Delegierte aus Unna, Sol-Mitglied Said Basel Ghafouri. Letztlich kam es zu einer Abstimmung zwischen dem Antrag des Parteivorstands und dem Ersetzungsantrag „Ohne Wenn und Aber gegen Krieg und Aufrüstung“, der sehr breit von Vertreter*innen der verschiedenen linken Strömungen unterstützt worden war.

Die Sorge im Parteivorstand, dass dieser Ersetzungsantrag eine Mehrheit bekommen könnte, war so groß, dass die frisch gewählte Parteivorsitzende Janine Wissler den Leitantrag des Vorstands selbst einbrachte – ein recht ungewöhnlicher Vorgang, der die Abstimmung zu einer Loyalitätsfrage zur neuen Vorsitzenden machen sollte. Die Taktik ging auf und der Parteivorstands-Antrag erhielt 57 Prozent der Stimmen gegen 42 Prozent des Antrags aus der Parteilinken.

Die große Spaltung und Verwirrung in der Kriegsfrage wurde an verschiedenen anderen Stellen deutlich. Der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow konnte erklären, er sei gegen Waffen, es sei denn er werde in der gegenwärtigen Situation konkret gefragt. Die ukrainisch-stämmige Linksjugend-Aktivistin Sofia Fellingner erhält viel Applaus für ihre Forderung nach Waffenlieferungen und auch Berlins LINKE-Senator Klaus Lederer ist dafür. Die Gastrednerin aus Russland konnte das Putin-Regime mit dem Hitler-Faschismus in einem Atemzug nennen und sich explizit gegen einen Waffenstillstand und für einen Sieg der Ukraine aussprechen und erhielt trotzdem stehende Ovationen. Eine Rednerin der „Sozialen Bewegung“ aus der Ukraine konnte auch ihr Unverständnis darüber ausdrücken, dass Deutschland der Ukraine nicht ausreichend unterstütze. Diese Positionen ignorieren den prokapitalistischen Charakter der ukrainischen-Regierung, die Rolle des westlichen Imperialismus in der Ukraine, die Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung, die Kriegsziele Selenskyjs, der nicht den Zustand vor der

russischen Invasion wiederherstellen will, sondern die Krim und die so genannten Separatistengebiete zurück erobern will und zeigen keinen Weg auf, Arbeiter*inneneinheit und eine unabhängige sozialistische Arbeiter*innenbewegung in der Region zu schaffen, die gegen alle Formen nationaler Diskriminierung und Unterdrückung erfolgreich sein könnte.

Die Verschiebungen nach Rechts, die es in dieser Frage innerhalb der Partei gibt, zeigen sich zum Beispiel auch daran, dass der – vormals linke – Landesverband Bremen auf seinem Landesparteitag vor zwei Wochen sich für Waffenlieferungen an die Ukraine, für Wirtschaftssanktionen ausgesprochen hat – übrigens auch ein Hinweis darauf, was Regierungsbeteiligungen mit prokapitalistischen Parteien mit der LINKEN machen.

Die Parteispitze betonte zwar immer wieder, dass die friedenspolitischen Positionen der Partei nicht geschliffen würden. Darauf folgte dann jedoch oftmals ein großes „Aber“ und Ausführungen darüber, dass man jetzt ja Antworten auf die konkrete Situation finden müsse. Das erinnert an die Sozialdemokratie, deren linke Programmatik auch immer nur so lange galt, wie es nicht um deren konkrete Umsetzung ging.

Dieses „Aber“ ging so weit, dass selbst ein von dem Stuttgarter Sol-Mitglied Ursel Beck für den Ortsverband Stuttgart-Bad Cannstatt eingebrachter Antrag, der nur formulierte, dass die friedenspolitischen Positionen des Parteiprogramms zu Waffenexporten, Auslandseinsätzen der Bundeswehr und der NATO bestätigt werden sollte, abgelehnt wurde. Sie machte in einem weiteren Redebeitrag deutlich, dass mehrere Vertreter*innen der Parteiführung im Vorfeld des Parteitages Positionen wie Zustimmung zur Erweiterung der NATO öffentlich vertraten, obwohl das gegen das Erfurter Programm verstößt.

Auf der anderen Seite wurde zwar eine unmissverständliche Ablehnung von Waffenlieferungen, Wirtschaftssanktionen und der NATO formuliert, das aber oftmals mit Illusionen in kapitalistische Institutionen und Diplomatie verknüpft und der Traum einer „Sicherheitsarchitektur unter Einschluss Russlands“ im Rahmen des krisenhaften Imperialismus propagiert. Das kam vor allem von denjenigen Kräften in der Partei, die vor dem 24. Februar das Putin-Regime oftmals verteidigten und einen Angriffskrieg Russlands ausschlossen.

Unter dem Strich hat dieser Parteitag in der Frage von Krieg und Frieden zwar keine Beschlüsse gefällt, die neue Positionen festschreiben würden (abgesehen von der deutlichen Distanzierung des Putin-Regimes) und damit bleibt DIE LINKE die einzige Antikriegs-Partei, aber sowohl in den Beschlussfassungen, aber auch in dem, was unhinterfragt geäußert werden konnte, die Tür zum Schleifen der friedenspolitischen Positionen geöffnet.

#LinkeMeToo

Am ersten Abend des Parteitags fanden parallel ein Frauenforum und ein Forum zum Thema „kritische Männlichkeit“ statt, die von einer Generaldebatte zu den sexistischen Vorfällen gefolgt wurden.

Auch diese Debatte hat es nicht vermocht, wirkliche Ursachenforschung für auch in der Linkspartei vorkommende sexistische Verhaltensweisen und eine politische Debatte über die unterschiedlichen Konzepte des Umgangs damit auf den Weg zu bringen.

Die linksjugend[‘solid] eröffnete diese Debatte mit Zitaten von von Sexismus Betroffenen, was die Delegierten offenbar schockierte und bewegte, aber kaum eine Grundlage für eine politische Debatte lieferte. Der Parteivorstand hatte einen Beschluss gefällt, der in die richtige Richtung geht,

mit sexistischen Vorfällen umzugehen, auch wenn wir einige andere bzw. weiter gehende Vorschläge machen würden. Diese betreffen vor allem die Frage, welche Strukturen Machtmissbrauch fördern und wie Vorfälle untersucht werden sollten. Die jüngste Rednerin beim Parteitag, das Sol-Mitglied Mathilda Droste aus NRW, stellte in ihrem Redebeitrag die Frage, weshalb es in einer sozialistischen Partei überhaupt Macht gibt, die man missbrauchen kann und forderte, dass Funktionär*innen jederzeit wähl- und abwählbar sein sollten und Mandatsträger*innen und Hauptamtliche nicht mehr verdienen sollten, als einen durchschnittlichen Facharbeiter*innenlohn.

Dass die Auseinandersetzung um diese Fragen alles andere als gelöst ist, wurde deutlich, als Janine Wissler nach ihrer Wahl zur Vorsitzenden in persönlichen Erklärungen angegriffen wurde, weil ihr eine negative Rolle bei der Aufarbeitung von Vorfällen in Hessen vorgeworfen werden und Mitglieder der linksjugend[‘solid] in den sozialen Medien eine heftige Kampagne gegen DIE LINKE fortsetzten. Es wird dringend eine Klärung nötig sein, wie mit Vorwürfen und Vorfällen von Sexismus umgegangen wird. Die in Teilen der kleinbürgerlichen Linken dominierende Definitionsmacht-Logik, die eine unabhängige Untersuchung von Vorfällen, Verteidigung der Angeklagten und Unschuldsvermutung ausschließt, und auch auf diesem Parteitag immer wieder aufblitzte, muss genauso zurück gewiesen werden, wie Relativierung und Herunterreden des Sexismus-Problems.

Vorstandswahlen

Wieder einmal stimmte ein Parteitag zu, dass Strukturen in der Partei zentralisiert werden, so wurde der Parteivorstand von 44 auf 26 Mitglieder verkleinert.

Im ersten Wahlgang wurde Janine Wissler als Parteivorsitzende mit 57 Prozent der Stimmen wieder gewählt. Ihre Konkurrentin Heidi Reichineck, die dem so genannten Hufeisenbündnis bestehend aus dem Wagenknecht-Lager und einem Teil der Reforme*innen zuzurechnen ist, erhielt 36 Prozent der Stimmen. Als zweiter Vorsitzender setzte sich der Reforme und Europaabgeordnete Martin Schirdewan gegen den Leipziger Bundestagsabgeordneten Sören Pellmann durch. Damit erlitt die Sozialistische Linke (SL) und das gesamte Wagenknecht-Lager einen deutlichen Dämpfer und das Bündnis aus Bewegungslinke und einem Teil des Reforme*innen-Lagers wurde gefestigt. Das zeigte sich im weiteren Verlauf der Vorstandswahlen. Friederike Benda, dem Wagenknecht-Lager zuzuordnen, zog ihre Kandidatur als stellvertretende Parteivorsitzende zurück und machte deutlich, dass sie unter den neuen Vorsitzenden und angesichts des Verlaufs des Parteitags nicht mehr zur Verfügung steht. Patrick Wahl, der auch von der SL unterstützt wurde, macht es ihr nach. Das machte den Weg frei für die Berliner Landesvorsitzende Katina Schubert, die neben der Gewerkschafterin Jana Seppelt gewählt wurde. Bei den Männern konnte sich dann noch der Parteilinke Lorenz Göste Beutin gegen Wulf Gallert durchsetzen, aber die Parteirechte ist insgesamt im Parteivorstand gestärkt, nicht zuletzt weil Tobias Bank sich bei der Wahl zum Bundesgeschäftsführer gegen Janis Ehling durchsetzen konnte. Das überraschte viele und lag nicht nur an der schwachen und unsouverän vorgetragenen Bewerbungsrede Ehlings, sondern wahrscheinlich auch daran, dass Teile des Wissler-Schirdewan-Blocks ein Signal der Integration an diejenigen Reforme*inne aussenden wollten, die zum Bartsch-Wagenknecht-Hufeisen gehören und denen Bank zuzuordnen ist.

Positiv an der Zusammensetzung des neuen Parteivorstands ist sicher, dass mit Dana Lützkendorf und Ellen Ost zwei an der Streikbewegung in den Krankenhäusern beteiligte ver.di-Kolleg*innen

und mit Jana Seppelt und Jan Richter zwei weitere engagierte Gewerkschafter*innen gewählt wurden (wobei sich zeigen wird, wie diese sich in den innerparteilichen Auseinandersetzungen positionieren werden). Der Parteitag sprach der Krankenhausbewegung in NRW, wo sich Kolleg*innen seit Wochen im Streik befinden, zwar die Solidarität aus, leider gab es aber keinen konkreten Vorschlag für eine Solidaritätskampagne und dafür, wie LINKE-Mitglieder in ver.di und anderen Gewerkschaften sich für Solidaritätsaktionen einsetzen könnten.

Pikant am neuen Parteivorstand: niemand aus der Sozialistischen Linken, kein*e offizielle Kandidat*in der Antikapitalistischen Linken und kein*e Kandidat*in aus dem größten Landesverband NRW (wo AKL und SL stark sind) wurden gewählt.

Das bedeutet letztlich eine Festigung des den Parteivorstand auch in der letzten Phase dominierenden zweiten „Hufeisenbündnisses“ in der Partei bestehend aus den Unterstützer*innen Janine Wisslers und der Bewegungslinken und Teilen des Reformier*innen-Lagers. Also ein „Weiter so!“ Die Frage, ob es ein „Weiter so!“ mit den Wagenknecht-Unterstützer*innen oder ohne sie innerhalb der Partei wird, ist offensichtlich noch nicht geklärt. Erste Austritte wurden auf Facebook schon verkündet. Wagenknecht hatte ihre Teilnahme am Parteitag aus gesundheitlichen Gründen abgesagt. Andere Protagonist*innen ihres Lagers waren auch nicht anwesend. Der Rückzug der Kandidatur von Friederike Benda und anderen SL-Kandidat*innen legt den Schluss nahe, dass diese Genoss*innen nicht mehr um die Partei kämpfen wollen. Ein offensichtlich ge- und betroffener Ralf Krämer brachte am Sonntag Nachmittag seinen Unmut in einer persönlichen Erklärung zum Ausdruck, in der er die Delegierten einlud sich auf einer Webseite mit dem Titel „Populäre Linke“ einzutragen für den Austausch darüber, wie es weiter gehen soll. Manche interpretieren das als ersten Schritt zur Abspaltung. SL-Mitglieder dementieren das am Rande des Parteitags. Die Entscheidung fällt ohnehin nicht die SL, sondern Sahra Wagenknecht. Die Bildung einer von ihr geführten linkspopulistisch und national ausgerichteten Partei ist mit diesem Parteitag jedenfalls größer geworden. Es wäre ein Fehler aus der geschwundenen Macht Wagenknechts in der Partei zu schließen, dass ein solches Projekt nicht eine große (Wahl-)Resonanz in Teilen der arbeitenden Bevölkerung und der Mittelschichten finden könnte. Dann gäbe es zwei wieder linke Parteien in der Bundesrepublik. 15 Jahre nach der Gründung der LINKEN.

Sol-Mitglieder haben auf dem Parteitag als Delegierte für konsequente sozialistische Positionen gestritten. Wir konnten 61 Zeitungen verkaufen und für mehrere hundert Euro Literatur des Manifest-Verlags verkaufen. Eine Reihe von Parteimitgliedern wollen mit der Sol die Diskussion darüber fortsetzen, wie es mit der LINKEN weitergehen kann und wie eine starke sozialistische Kraft in der Bundesrepublik aufgebaut werden kann.

In einer ersten Fassung dieses Artikels stand, dass das Zitat „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“ keinen Einzug in den Parteitagsbeschluss fand. Das war falsch. In einem unübersichtlichen Verfahren von Teilübernahmen gestellter Anträge war dieses Zitat doch vom Parteivorstand übernommen worden.

So nicht, DIE LINKE!

(9.September 2022)

Weder Sahra Wagenknechts Rede noch die kritischen Reaktionen aus der Partei sind sozialistische Antworten auf die gegenwärtige Krise des Kapitalismus

Sahra Wagenknecht hat am gestrigen 8. September eine vielbeachtete Rede im Bundestag gehalten. Einmal mehr ist die Partei über die Positionen und das Auftreten ihres prominentesten Mitglieds tief gespalten. An Wagenknechts Rede ist viel zu kritisieren, leider kritisieren viele aus der Partei ausgerechnet die richtigen Aussagen der ehemaligen Fraktionsvorsitzenden.

von Sascha Staničić

Sahra Wagenknechts Rede war kämpferisch, konfrontativ und polemisch. Wagenknecht hat zurecht die Profite der Energiekonzerne und den drohenden Absturz des Lebensstandards von Millionen angeprangert. Das braucht DIE LINKE gerade, wenn sie sich als klare Alternative zur Ampel-Koalition und zu CDU/CSU und AfD präsentieren will. Doch Form ist nicht wichtiger als Inhalt und wenn man so viel Applaus von den Bänken der AfD-Abgeordneten bekommt, wie Sahra Wagenknecht gestern im Bundestag, kann etwas nicht stimmen.

So deutsch

Sicher: nur weil die AfD das Ende der Wirtschaftssanktionen gegen Russland fordert, bedeutet das nicht, dass Linke dies nicht fordern sollten. „Wenn der Papst sagt, der Schnee ist weiß, sage ich nicht er sei schwarz“, ist eine Redewendung, die zum Ausdruck bringt, dass es halt vorkommen kann, das auch erbitterte Gegner*innen in bestimmten Fragen gleiche Positionen einnehmen können. Doch die AfD frohlockte sicher nicht nur wegen Wagenknechts ablehnender Haltung zu den Sanktionen, sondern auch weil sie eine deutschnationale Rede gehalten hat, die nicht die Interessen der Arbeiter*innenklasse in Deutschland (die nicht nur aus deutschen Lohnabhängigen besteht) und international, sondern die der „deutschen Wirtschaft“ in den Mittelpunkt rückte.

Mit markigen Worten kritisierte Wagenknecht die Regierung, vor allem Wirtschaftsminister Habeck, und betonte, dass andere Regierungen in Europa eine bessere Politik machen, indem sie – wie Frankreich – die Energiepreise deckeln und dabei nicht auf eine Entscheidung in Brüssel warten. Unerwähnt ließ sie, dasselbe Frankreich den Energieriesen EDF re-verstaatlicht hat, um die Energieversorgung des Landes sicherzustellen. Unerwähnt ließ sie auch, was sie denn nun genau fordert. Kein Wort, wie Preisobergrenzen aussehen sollen. Kein Wort über eine automatische Anpassung der Löhne und Sozialleistungen an die Inflationsrate. Kein Wort über die Enteignung von Energie- und Immobilienkonzernen und Kriegs- und Krisenprofiteuren. Und vor allem: kein Wort über den heißen Herbst! Kein Aufruf an die Arbeiter*innenklasse auf die Straße zu gehen. Keine Solidarität mit den Gewerkschaften, die vor wichtigen Tarifrunden stehen. Kein Aufruf an die Gewerkschaften, gemeinsam mit der LINKEN eine Massenbewegung auf die Beine zu stellen.

Auch wenn Sahra Wagenknecht an anderer Stelle zu Protesten aufruft, verzichtete sie auf die Chance, mit diesem Aufruf in die Tagesschau zu kommen und Millionen zu erreichen.

Aber sie drückte viel Sorge um den deutschen Mittelstand aus und dass die „guten alten Zeiten“ vorbei sind. Wann diese „guten alten Zeiten“ genau waren, verrät sie uns nicht. Zwanzig Jahre nach der Agenda 2010 und vierzig Jahre nachdem Helmut Kohl in der Bundesrepublik Kanzler wurde, fragt man sich schon, wie weit zurück Sahra Wagenknecht in der Geschichte gehen will oder ob sie tatsächlich nur an die „guten alten Zeiten“ für Unternehmer*innen denkt.

Eine linke, gar sozialistische Rede war das nicht. Sie war gespickt mit dem Wort „deutsch“ und enthielt keinen Funken Internationalismus. Wagenknecht machte es der AfD leicht, zu applaudieren – auch weil sie kein Wort der Abgrenzung von den Rassist*innen und Rechtspopulist*innen verlor.

Wirtschaftssanktionen

In der Linkspartei entzündet sich die Kritik an Wagenknechts Rede aber ausgerechnet an dem Punkt, an dem sie prinzipiell Recht hat – ihrer Ablehnung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland und der Bezeichnung derselben als „Wirtschaftskrieg“ (womit sie nicht alleine ist, schon im Frühjahr sprach zum Beispiel der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze davon). Ihre Herleitung dieser Ablehnung ist wiederum hochproblematisch, weil sie „deutsche Interessen“ (ohne diesen Begriff direkt zu benutzen, jedoch spricht sie von „unserem größten Energielieferanten“) fabuliert, wo Linke von Klasseninteressen sprechen sollten. Aber natürlich sind die Wirtschaftssanktionen abzulehnen, weil sie die gesamte russische Bevölkerung treffen sollen (und diese deshalb eher in die Arme Putins als in die Opposition zu ihm treiben werden) und die Konsequenzen für die Arbeiter*innenklasse hier ebenfalls katastrophal sind. Und natürlich führt der Westen einen Wirtschaftskrieg gegen Russland – ja, als Reaktion auf den militärischen Krieg Russlands gegen die Ukraine, das ändert aber nichts an der Tatsache, dass wir es beim Ukraine-Krieg auch um einen Konflikt zweier imperialistischer Lager zu tun haben, in dem die Arbeiter*innenklasse keinen Verbündeten hat.

Dass nun manche LINKE, wie offenbar der ehemalige Parteivorsitzende Bernd Riexinger, sich ausgerechnet von dem Begriff des „Wirtschaftskriegs“ distanzieren, zeigt wie sehr sich die führenden Kreise der Linkspartei von der so genannten öffentlichen Meinung unter Druck setzen lassen.

Zukunft der LINKEN

Für Parteimitglieder stellt sich jedoch eine andere Frage. Die Auseinandersetzung um Wagenknechts Rede ist eine sich selbst erfüllende Prophezeiung gewesen. Es war völlig klar, dass Wagenknechts Positionen – egal wie man zu ihnen steht – und ihre Person Widerspruch hervorrufen würden. Dass sie trotzdem diese Rede halten konnte – immerhin in der wichtigen und medial sehr wahrgenommenen Haushaltsdebatte -, obwohl sie keinerlei Funktion bekleidet, die sie dafür prädestiniert, muss die Frage aufwerfen, ob die Entscheidungsträger*innen in der Fraktion und sie selbst der Partei eigentlich mehr schaden als nutzen wollen – nur zwei Tage nachdem DIE LINKE mit der Großdemonstration in Leipzig endlich mal etwas auf die Beine gestellt hat, was einfach nur gut war. Jetzt diskutieren wieder alle über Wagenknecht, welche wahrscheinlich die Pläne für eine Parteineugründung und Kandidatur zur Europawahl schon in der Schublade liegen hat.

Wenn DIE LINKE so weiter macht, macht sie sich überflüssig. Eine sozialistische Alternative zum

Kurs der Parteiführung vertritt Sahra Wagenknecht jedoch nicht. Alle ihre Unterstützer*innen, die sich zur Parteilinken zählen, sollten sich bewusst sein, dass sie einen Tanz auf dem Vulkan veranstalten, wenn sie keine klare Trennlinie nach rechts ziehen. Doch ein nicht minder großes Problem der LINKEN sind die Ramelows, Lederers und Schuberts, die Waffenlieferungen an die Ukraine befürworten und gänzlich in der kapitalistischen Logik angekommen sind. Und auch diejenigen Parteilinken, die in den letzten Jahren angepasster und moderater geworden sind, wo mehr Radikalität und sozialistische Prinzipien gefragt gewesen wären.

Ob der Zug für DIE LINKE schon abgefahren ist, ist schwer zu sagen. Die Regierung und die kapitalistische Krise geben der Partei gerade so etwas wie die Chance auf eine Wiederbelebung. Am Montag in Leipzig konnte man Hoffnung haben, dass sie diese Chance nutzt. Nach dem gestrigen Tag ist diese Hoffnung wieder ziemlich verfliegen.

Das bedeutet aber für die nächsten Wochen auch: Linke in der LINKEN dürfen sich nicht in innerparteilichen Kämpfen verrennen, sondern müssen ihre ganze Kraft auf die Organisation von Bündnissen und Demonstrationen gegen Preissteigerungen und für einen heißen Herbst konzentrieren. Wenn DIE LINKE noch mal einen Impuls nach links bekommen sollte, dann nur aus solchen, jetzt möglichen, Massenbewegungen.

Trauerspiel Linkspartei

(31. Oktober 2022)

Sahra Wagenknecht und ihre Gegner*innen führen Scheingefechte

Die Auseinandersetzung zwischen Sahra Wagenknecht und ihren Gegner*innen in der Partei DIE LINKE spitzt sich zu. Neuester Anlass war eine Aussage der LINKE-Bundestagsabgeordneten, die zum Inhalt hatte, dass die Grünen die gefährlichste Partei der Bundesrepublik seien. „Skandal“ schreien ihre Gegner*innen und werfen Wagenknecht eine Verharmlosung der AfD vor. Die Frage, ob sie dabei über ein wohl kalkuliertes Stöckchen springen, das ihnen hingehalten wurde oder jeden Anlass zum Angriff auf die ehemalige Fraktionsvorsitzende nutzen, ist schwer zu beantworten. Wahrscheinlich stimmt beides.

Denn es geht schon lange nicht mehr um Inhalte, sondern um Machtkämpfe und – zumindest muss man diesen Eindruck bekommen – um die Inszenierung des Bruchs von Wagenknecht und ihren Unterstützer*innen mit der LINKEN zur Gründung einer neuen Partei.

von Sascha Staničić

Die Debatte darüber, wer die gefährlichste Partei in der Bundesrepublik sei, ist erstens ein Scheingefecht und zweitens lenkt sie von der eigentlichen Hauptgefahr ab. Denn sowohl Wagenknecht als auch ihre Widersacher*innen haben – in ihrer jeweiligen Logik – ja nicht Unrecht. Wagenknecht hat Recht, wenn sie darauf hinweist, dass eine Partei, die ihre gefährliche Politik in der Regierung umsetzen kann, konkret gefährlicher ist, als eine Partei, die das nicht kann. Und ihre Opponent*innen haben auch Recht, wenn sie darauf hinweisen, dass die AfD als rechtspopulistische, offen rassistische und von Faschist*innen durchsetzte Partei in vielen Fragen nicht nur für gefährlichere Inhalte steht, als es die bürgerlichen Mainstream-Parteien tun, sondern auch gilt, dass das Leben für Migrant*innen, Frauen, LGBTQ*-Menschen und viele andere schwerer wird, je größer der Einfluss der AfD ist.

Hauptgefahr Kapitalismus

Was in der Debatte zu kurz kommt, ist aber die simple Feststellung, dass Grüne und AfD nur unterschiedliche Repräsentant*innen des Kapitalismus sind und die eigentliche „Gefahr“ nicht von dieser oder jener Partei ausgeht, sondern von dem auf Privateigentum an Produktionsmitteln basierenden profitgetriebenem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Denn letztlich ist doch unsere Erfahrung der letzten Jahrzehnte, dass es keinen qualitativen Unterschied macht, wer uns regiert. Letztlich sind Regierungen, ob sozialdemokratisch, konservativ, grün-liberal, lindner-liberal oder auch unter Beteiligung rechtshistorischer oder rechtspopulistischer Kräfte die Exekutivorgane der herrschenden Kapitalist*innenklasse und setzen deren Interessen um (und Koalitionen von linken und pro-kapitalistischen Parteien ändern daran auch nichts!). So erklärt sich auch der Sinneswandel zum Beispiel grüner Politiker*innen in Sachen Waffenexporte vor und nach dem Eintritt in eine Regierung oder die Beteiligung der LINKEN an Privatisierungen oder unsozialen Maßnahmen, wenn sie Regierungspartei ist.

Wenn Linke über Gefahren sprechen, sollten sie daraus Schlussfolgerungen ziehen. Es gilt die Ursachen von Gefahren für die Arbeiter*innenklasse und für den Planeten zu bekämpfen. Parteien sind nicht die Ursachen. Der Kapitalismus ist die Ursache. Eine konsequente, antikapitalistische Politik schlagen aber weder Sahra Wagenknecht noch ihrer Kritiker*innen vor.

Wohlüberlegte Botschaft

Gleichzeitig liegen in der Debatte einige politische Fragen „vergraben“, die es sich anzuschauen lohnt. Wir gehen davon aus, dass Sahra Wagenknechts Aussage keine unüberlegte und ungenaue Formulierung war, sondern eine wohlüberlegte Botschaft und Provokation. Eine Botschaft an diejenigen Schichten der Bevölkerung, die sie erreichen will – das sind nicht die Grünen-Wähler*innen, sondern nicht zuletzt solche früheren LINKE- und Nichtwähler*innen, die heute AfD wählen. Und eine Provokation ihrer Widersacher*innen innerhalb der Linkspartei, durch die sie die Angriffe gegen sich selbst herausfordern möchte, um sich in die Opferrolle begeben zu können – und einen Austritt inklusive Parteineugründung in der Zukunft legitimieren zu können.

Wie die AfD bekämpfen?

Wir stimmen Sahra Wagenknecht und ihren Unterstützer*innen darin zu, dass nicht alle AfD-Wähler*innen hoffnungslose Rassist*innen und Nationalist*innen sind, vor allem sind wir davon überzeugt, dass sich Haltungen auf der Basis von Erfahrungen und alternativen Angeboten ändern können. Wir sind aber erstens nicht der Meinung, dass die derzeitigen AfD-Wähler*innen die wichtigste Schicht der Lohnabhängigen sind, auf die sich eine linke Partei zur Zeit orientieren sollte – so richtig es ist, zu versuchen Teile zurückzugewinnen. Hier stellt sich viel mehr die Herausforderung, diejenigen zu erreichen und zu mobilisieren, die trotz des Angebots von Rechts, zu Hause bleiben und gar nicht mehr an Wahlen teilnehmen, weil sie sich von keiner Partei vertreten fühlen. Zweitens ist es falsch, AfD-Wähler*innen dadurch gewinnen zu wollen, sich inhaltlich und rhetorisch der AfD anzupassen (und es ist zweifelhaft, wie sehr das überhaupt gelingen würde, denn in der Regel wählen Menschen eher das Original als die Kopie). Man wird diejenigen AfD-Wähler*innen, die vor allem aus Protest gegen das prokapitalistische Establishment die Rechtspopulist*innen wählen, dadurch zurück gewinnen können, dass man den besseren, effektiven, erfolgversprechenderen Protest repräsentiert.

Auf der Seite der Wagenknecht-Kritiker*innen wird jetzt betont, dass man gemeinsam mit den Grünen gegen die AfD kämpfen müsse und wird das Wagenknecht-Zitat als Neuaufguss der stalinistischen Sozialfaschismustheorie der KPD aus den 1930er Jahren interpretiert (so Zitate von AKL- und Marx21-Mitgliedern auf facebook). Spätestens hier führt dann eine nachvollziehbare Kritik an dem Wagenknecht-Zitat zu falschen politischen Schlussfolgerungen. Wir haben an anderer Stelle ausführlich ausgeführt, weshalb die AfD keine faschistische Partei (auch wenn zweifelsfrei faschistische Kräfte in ihr großen Einfluss haben) ist und weshalb Antifaschismus und Antirassismus heute nicht erfolgreich mit offen prokapitalistischen Parteien wie SPD und Grünen gemeinsam betrieben werden kann – diese sind mit verantwortlich für staatlichen Rassismus und für die sozialen Bedingungen, die die AfD zur Propagierung ihrer Scheinlösungen ausnutzen kann. Sie sind also Teil des Problems und nicht der Lösung. Um Menschen von migrant*innenfeindlichen Vorurteilen abzubringen und aus den Fängen der Rechtspopulist*innen zu befreien, darf DIE LINKE und die Arbeiter*innenbewegung genauso wenig den Eindruck erwecken, Bündnispartner derjenigen Kräfte zu sein, die die Leute erst in die Arme der Weidels und Gaulands getrieben

haben, wie dass sie die AfD verharmlosen oder sich den Vorurteilen ihrer Wähler*innen anpassen darf. Eine unabhängige und sozialistische Klassenpolitik ist nötig!

Showdown in der LINKEN?

Lorenz Gösta Beutin hat im ND einen Artikel veröffentlicht, in dem er eine Reihe richtiger Kritikpunkte an Sahra Wagenknechts Haltung darlegt. Er kommt zu dem Schluss, dass ihre politischen Vorstellungen nicht mehr mit der Linkspartei kompatibel sind und wirft ihr vor, dass ihr die „Grundsubstanz marxistisch-sozialistischer Ideologie“ verloren gegangen sei. Wir stimmen zu: Wagenknechts nationaler, wie sie es nennt, „Linkskonservatismus“ ist nicht links und schon gar nicht marxistisch. Nur erschöpft sich die Fragestellung für DIE LINKE nicht in dieser Erkenntnis. Denn Wagenknechts Positionen sind nicht das einzige in der Linkspartei, was nicht links und nicht marxistisch ist. Und in der aktuellen Debatte um den Ukraine-Krieg gibt es wahrlich andere Protagonist*innen in der Partei, die problematischere Positionen vertreten, als Wagenknecht und ihre Unterstützer*innen – all diejenigen, denen ihre Opposition gegen den NATO-Imperialismus verloren gegangen ist und die teilweise Waffenlieferungen an die rechts-nationalistische Regierung der Ukraine fordern.

Wenn Parteilinke, wie Lorenz Gösta Beutin, aber ihr Feuer nur gegen Sahra Wagenknecht richten, gleichzeitig mit Unterstützer*innen von Regierungsbeteiligungen mit prokapitalistischen Parteien zusammen eine Front namens „Progressive Linke“ schaffen und mehr oder weniger offen zum Ausschluss Wagenknechts aus der LINKEN aufrufen, dann erweisen sie der LINKEN einen doppelten Bären dienst.

Erstens bereiten sie Wagenknecht und ihren Unterstützer*innen damit den Weg für das, was diese ohnehin planen: sich von der LINKEN zu trennen und eine neue Partei bilden. Jüngste Umfragen bestätigen, worauf wir schon lange hingewiesen haben: eine Wagenknecht-Partei hat ein großes Wähler*innenpotenzial (nach einer Umfrage von dreißig Prozent) und kann bei Wahlen DIE LINKE hinter sich lassen und deren parlamentarische Existenz beenden.

Zweitens schließen sie ein prinzipienloses Bündnis und leisten keinen Beitrag dazu, die Partei inhaltlich klarer aufzustellen und so aus der Krise zu führen, sondern stärken damit letztlich diejenigen Kräfte, die durch ihre Politik der Regierungsbeteiligungen mit SPD und Grünen die Hauptverantwortung für den Niedergang der LINKEN tragen, weil sie deren Haltung als „progressiv“ legitimieren.

Aussichten

Die Entwicklungen der letzten Wochen lassen erahnen, was in den nächsten Monaten und anderthalb Jahren passieren wird. Sahra Wagenknecht und ihre Unterstützer*innen haben den Kampf um die Linkspartei eingestellt. In NRW haben die diesem Kreis zugehörigen Mitglieder des Landesvorstands auf dem Landesparteitag am vergangenen Wochenende nicht mehr kandidiert und sich so nicht nur ihrer Verantwortung entzogen, sondern Medienberichten zufolge auf dem Parteitag auch eher sabotiert als konstruktiv agiert. Viele andere, wie Fabio de Masi, Oskar Lafontaine, Harri Grünberg und Ralf Krämer haben die Partei schon verlassen. Dieter Dehm ruft öffentlich zu einer von der Linkspartei separaten Kandidatur bei den Europawahlen auf. Alles spricht dafür, dass es genau dazu kommen wird, bietet die Europawahl doch eine einfache Gelegenheit auf Bundesebene zu kandidieren und angesichts des Fehlens einer Fünf-Prozent-Hürde auch Sitze zu erringen. Hinzu

kommt, dass bei den Europawahlen gerne mal unkonventionell gewählt wird. Sollte eine solche Wagenknecht-Partei bei den Europawahlen besser abschneiden als DIE LINKE, würde das in der Partei ein Erdbeben auslösen. Nicht wenige sähen ihre parlamentarischen Felle gefährdet und man wird sich wundern, wer dann alles zur neuen „linkskonservativ“-populistischen Kraft wechselt. Eine solche würde aber politisch keine Alternative darstellen, denn das von Sahra Wagenknecht vertretene Programm verharnt nicht nur im Rahmen der kapitalistischen Marktwirtschaft und verbreitet gefährliche Illusionen in die Machbarkeit eines sozial gerechten Kapitalismus. Eine Wagenknecht-Partei wäre aller Voraussicht nach ein Top-Down-Wahlprojekt und keine inklusive und demokratisch strukturierte Arbeiter*innenpartei, die ein Forum für Debatte, Selbstorganisation und Gegenwehr der arbeitenden Klasse werden könnte.

Viele Linke in der LINKEN werden im Angesicht einer solchen Parteigründung aus Angst vor dem Tod politischen Selbstmord begehen und ihr Bündnis mit den Parteilinken intensivieren – um DIE LINKE „zu retten“. Das wird aber den gegenteiligen Effekt haben und am Ende eines solchen Prozesses wird die sozialistische Linke in der Bundesrepublik vorübergehend geschwächt sein.

Muss es so kommen? Nein. Ein Kurswechsel des Parteivorstands hin zu kämpferischer und sozialistischer Politik und einer ernsthaften Kampagne gegen Preissteigerungen und für höhere Löhne und Einkommen könnte eine andere Entwicklung einleiten, wenn dies mit einem Aufschwung an Sozialprotesten und Klassenkämpfen zusammen fallen würde. Ein solcher Kurswechsel ist aber nicht in Sicht. Deshalb spricht leider vieles dafür, dass die Anstrengungen für den Aufbau einer neuen linken Partei in der Bundesrepublik einen großen Rückschlag erleiden werden. Das wird aber nicht das Ende der Geschichte sein. Neue Anläufe für die Bildung einer sozialistischen Arbeiter*innenpartei werden sich aus Klassenkämpfen, den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Kämpfen gegen kommunale Kürzungen etc. entwickeln. Um zu verhindern, dass sich die Geschichte der LINKEN dann als Farce wiederholt, ist der Aufbau einer starken marxistischen Kraft wichtig, die die Entwicklung einer zukünftigen Arbeiter*innenpartei beeinflussen kann. Deshalb rufen wir alle auf, sich der Sol anzuschließen.

Sascha Staničić ist Bundessprecher der Sol und Mitglied des AKL-Länderrats.

Arbeiter*innenklasse und politische Partei

(6.Dezember 2022)

Welche Rolle spielt DIE LINKE noch?

Was haben CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne und AfD gemeinsam? Sie stellen das kapitalistische Profitsystem und das Privateigentum an Banken und Konzernen nicht in Frage und verteidigen es in letzter Instanz. Damit haben die Kapitalist*innen viele Parteien, die ihre Interessen vertreten. Den Lohnabhängigen fehlt eine solche Partei.

von Sascha Staničić

In der Geschichte gab es Arbeiter*innenparteien, die Hunderttausende und Millionen organisierten. Sie kämpften für die Interessen der Lohnabhängigen, zum Beispiel für Arbeitsschutz, Achtstunden-Tag und das Wahlrecht. Ende des 19. Jahrhunderts war das in Deutschland die SPD. Als deren Führung im Ersten Weltkrieg die Interessen der Arbeiter*innenklasse verriet, bildete sich die Kommunistische Partei, die zur Massenpartei wurde, aber stalinistisch degenerierte.

Bürgerliche Führung

Die SPD war bis in die 1980er Jahre hinein eine Arbeiter*innenpartei mit bürgerlicher Führung. Das bedeutet, dass sie einen Massenanhang unter Lohnabhängigen hatte und ihre Mitgliederbasis zu einem großen Teil aus solchen bestand, ihre Führung aber fest in der kapitalistischen Gesellschaft verwurzelt war und diese nicht mehr überwinden wollte. Sie vertrat reformistische Politik, stand also für Verbesserungen für die Arbeiter*innenklasse im Rahmen des Kapitalismus und sprach in Sonntagsreden von der Überwindung desselben. Trotz dieser Begrenztheit war sie für viele ein Forum der Debatte darüber, wie die Interessen der Lohnabhängigen politisch durchzusetzen sind und war im täglichen Klassenkampf ein Faktor, der Angriffe der Kapitalist*innen und ihrer Regierungen auf die Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung abbremsen konnte, auch wenn sie im Falle von Regierungsbeteiligungen auch Verschlechterungen durchsetzte. Damals ging es für Marxist*innen darum, im Rahmen der existierenden Arbeiter*innenbewegung für eine marxistische Politik zu kämpfen.

Seit spätestens Anfang der 1990er Jahre ist die SPD vollständig verbürgerlicht und hat ihre aktive Massenbasis unter Arbeiter*innen verloren. Das hat ihre bürgerliche Führung von der Leine gelassen: Agenda 2010 und deutsche Kriegsbeteiligung unter SPD-geführter Regierung war die Folge. Die Arbeiter*innenklasse hatte nicht einmal mehr eine reformistische Vertretung.

PDS, WASG und DIE LINKE

Seit Mitte der 1990er Jahre sind wir deshalb für die Bildung einer neuen Arbeiter*innenpartei mit sozialistischem Programm eingetreten. Die PDS war zwar eine linke Partei, die im Parlament vertreten war, aber aufgrund ihrer stalinistischen Vergangenheit und gleichzeitig der systemkonformen Politik ihrer Führung in Regierungskoalitionen mit der SPD auf Landesebene,

waren wir überzeugt, dass sie keinen aktiven Massenanhang unter Arbeiter*innen entwickeln wird und kein Werkzeug für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft werden wird. Das hat sich bestätigt. 2004 wurde die WASG (Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit) von Gewerkschafter*innen, SPD- und PDS-Abtrünnigen und Aktiven aus sozialen Bewegungen gegründet. Obwohl die WASG keinen sozialistischen Anspruch hatte, haben wir uns von Beginn an am Aufbau dieser neuen Partei beteiligt, weil sie die Klasseninteressen von Lohnabhängigen zum Ausdruck brachte und sich gegen Regierungsbeteiligungen mit SPD (und Grünen) aussprach. Wir sahen darin einen Ansatz zu einer neuen Arbeiter*innenpartei, die eine Massenbasis erlangen könnte. Die Fusion von WASG und PDS zur LINKEN hat in die neue Partei viele der schlechten Eigenschaften der PDS gebracht, sie war, und ist es zum Teil auch heute noch, aber trotzdem – mehr im Westen als im Osten – ein Ansatzpunkt für kämpferische Aktive aus Gewerkschaften und Bewegungen eine politische Vertretung zu bilden und ebenso ein Forum für Debatten über Gesellschaftsveränderung. Tausende traten neu in die Partei ein mit großen Hoffnungen, eine starke bundesweite Linke zu schaffen, die nicht vor dem Druck des Kapitals einknickt.

Enttäuschte Hoffnungen

Diese Hoffnungen wurden enttäuscht. DIE LINKE konnte ihre inneren Widersprüche nicht auflösen. Sie ist in Teilen bewegungs- und klassenkampforientiert und Forum für Debatte über Sozialismus und in anderen – einflussreicheren – Teilen systemkonforme Regierungspartei, die den Kapitalismus mit pro-kapitalistischen Parteien zusammen verwaltet und im Zweifel auch Verschlechterungen für die Arbeiter*innenklasse mit beschließt. Dieser Teil wurde in den letzten Jahren stärker, während die Partei sich gleichzeitig an den Kontroversen mit Sahra Wagenknecht und ihren Unterstützer*innen zerlegt. Die Parteilinke ist zersplittert und teilweise in prinzipienlosen Bündnissen mit Kräften der Parteirechten verfangen. Immer mehr treten mittlerweile aus und bei den letzten Bundestagswahlen erreichte sie nicht einmal mehr fünf Prozent. Die Abspaltung des Wagenknecht-Flügels scheint sicher, doch diese wird kein Schritt nach links sein.

Neuer Anlauf nötig

All das weist darauf hin, dass es in der Entwicklung der Partei eine qualitative Veränderung zum Negativen gegeben hat und sie nicht mehr, wie in der Vergangenheit, als der wichtigste Ansatzpunkt für eine neue Arbeiter*innenpartei betrachtet werden kann. Ob DIE LINKE ihre derzeitige Krise überlebt oder, wie die italienische Rifondazione Comunista, von der Bildfläche verschwinden wird, ist offen. Mangels einer starken linken Alternative zu ihr, bleibt sie auch ein Betätigungsfeld für Sozialist*innen und werden wir zu ihrer Wahl aufrufen. Aber wir gehen davon aus, dass sich eine massenbasierte politische Interessenvertretung der Arbeiter*innenklasse in der Zukunft neu bilden und aus verschiedenen Quellen (Gewerkschaften, soziale Bewegungen, kommunalpolitische linke Initiativen etc) speisen wird. DIE LINKE und eine mögliche Wagenknecht-Partei können zu diesen verschiedenen Quellen gehören, sicher ist das jedoch nicht. Es ist aber sicher, dass ein solch neuer Anlauf erfolgversprechender sein wird, je stärker marxistische Kräfte sein werden. Deshalb gilt es umso mehr, die Sol als eine solche marxistische Kraft aufzubauen.

Sascha Staničić ist Bundessprecher der Sol und Mitglied des Länderrats der Antikapitalistischen Linken (AKL).

Wer vom Krieg spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen!

(25.Februar 2023)

Eine sozialistische Kritik am Aufruf von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer

Über 600.000 Menschen haben das „Manifest für den Frieden“ von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht unterzeichnet. Tausende gehen heute in Berlin auf die Straße, um ihre Ablehnung der Ukraine-Politik der Bundesregierung, der immer umfassenderen Waffenlieferungen, der Eskalationsgefahr und Aufrüstungsspirale kundzutun. Dass es diesen Protest heute gibt, ist gut. Zum ersten Mal seit Monaten gibt es wahrnehmbaren Widerspruch gegen die anhaltende militaristische Politik der Bundesregierung. Wir, die Sozialistische Organisation Solidarität (Sol), nehmen heute an dieser Kundgebung teil, weil wir glauben, dass sie die öffentliche Debatte in die richtige Richtung verschieben wird.

Mediale Hetze gegen Kriegsgegner*innen

Denn die, die heute laut „Nein“ zu dieser Politik sagen, haben es alles andere als leicht. Sie stehen der überwältigenden Mehrheit der „veröffentlichten“ Meinung gegenüber. Ob in der Springer-Presse bis hin zu linksliberalen, bürgerlichen Medien: Es schlägt einem die geballte Wucht der Kriegs- und Waffenlieferungsbefürworter*innen entgegen. Wenn man heute in Deutschland für einen Waffenstillstand in der Ukraine, für Friedensverhandlungen und gegen Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet eintritt, wird man als „Putin-Knecht“ und „Second-Hand-Kriegsverbrecher“ denunziert und muss sich von grünen Kriegstreiber*innen vorwerfen lassen, man befürworte, dass „Putin und seine Leute unschuldige Ukrainerinnen und Ukrainer überfallen, einsperren, Frauen vergewaltigen und Kinder verschleppen lassen“. Aber die Tausenden, die heute demonstrieren, stehen für die Millionen Menschen, die im „öffentlichen Diskurs“ völlig unterrepräsentiert sind und die Kernforderungen des Aufrufs von Wagenknecht und Schwarzer unterstützen.

Was für eine Anti-Kriegs-Bewegung brauchen wir?

Die Sol ist aber heute auch hier, um antikapitalistische und sozialistische Positionen zu vertreten. Wir wollen eine Antikriegsbewegung mit aufbauen, die sich nicht nur gegen den russischen Überfall richtet sondern auch die Mitverantwortung der westlichen imperialistischen Staaten benennt. Die sich nicht nur für ein Ende der Waffenlieferungen sondern auch der Aufrüstung einsetzt, was das „Manifest“ nicht tut. Und die sich gegen die systemische Ursache von Kriegen richtet. Hinter dem Krieg in der Ukraine steht auch der große Konflikt zwischen den USA und China und die Entwicklung zu einer multipolaren Weltordnung. Das System, was diese Konflikte hervorruft, heißt Kapitalismus und muss überwunden werden, denn sonst droht in Zukunft auch zwischen diesen Großmächten ein Krieg. Aber der Kapitalismus wird von Schwarzer und Wagenknecht mit keinem Wort erwähnt. Deshalb können wir heute nicht auf die nötige Kritik am „Manifest“ und der Initiative von Schwarzer und Wagenknecht verzichten. Denn leider gibt es an Aufruf und Initiative viel zu kritisieren.

Warum Appelle an Scholz falsch sind

Das Ziel des „Manifest“ sind ein Ende der Waffenlieferungen, Waffenstillstand und Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen den existierenden Regierungen. Auch wir stellen uns gegen die Waffenlieferungen und würden uns wünschen, dass die Waffen schweigen. Die Frage ist: Wie kommen wir dahin? Die Unterzeichner*innen des „Manifest“ sagen, dass sie nicht auf andere Länder einwirken aber an „unsere Regierung und den Kanzler“ appellieren und ihn „an seinen Schwur, Schaden vom deutschen Volk zu wenden“ erinnern können. Das lehnen wir ab.

Erstens weil wir als Sozialist*innen internationalistisch denken und es sehr wohl als Aufgabe betrachten, Anti-Kriegs-Bewegungen und linke oder gewerkschaftliche Strukturen in anderen Ländern zu unterstützen. Unser Bezugspunkt ist nicht „das deutsche Volk“ sondern die Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten aller Länder, kurz die internationale Arbeiter*innenklasse.

Zweitens weil wir nicht glauben, dass sich Olaf Scholz und Co. von Waffenstillstand und Friedensverhandlungen überzeugen lassen, wenn nur genug Menschen sie dazu aufrufen. Aktuell sind sie dazu offensichtlich nicht bereit. Denn die in diesen Krieg involvierten Regierungen sind alle feste Vertreter*innen des Kapitalismus, das heißt sie vertreten letztlich die Interessen „ihrer“ Banken und Konzerne. In dem Sinne sind sie auch nicht „unsere“ Regierungen. Der Ukraine-Krieg kann nur als Teil des größeren Konflikts zwischen den großen imperialistischen Mächten verstanden werden. All das blendet das „Manifest“ aus. Im Kapitalismus kämpfen sowohl die russischen als auch westlichen Herrschenden international um geostrategischen Einfluss, Zugang zu Absatzmärkten, Handelswegen und Ressourcen. Die Selenskyj-Regierung ist Teil dieses Konfliktes, zum einen weil sie abhängig von der westlichen Unterstützung ist, zum anderen weil sie selbst pro-kapitalistisch ist und neoliberale und arbeitnehmer*innenfeindliche Gesetze verabschiedet.

Im Moment diktieren die kapitalistischen Interessen auf beiden Seiten: „Weiterkämpfen!“. Das ist solange der Fall bis eine Partei ihre Ziele militärisch erreicht hat oder aber keine Seite mehr Aussicht auf größere militärische Erfolge hat. Dann mag es zu einem (wer weiß wie stabilen) Waffenstillstand und Friedensverhandlungen kommen – ohne dass die Grundlagen, die zum Konflikt geführt haben, beseitigt werden würden. Denn klar ist auch: Wenn es zu Verhandlungen zwischen pro-kapitalistischen Regierungen kommt, geht es denen nicht um die Interessen der einfachen arbeitenden Menschen in der Ukraine oder sonstwo. Sondern dann wird der Kampf um ihr Stück vom Kuchen mit diplomatischen Mitteln fortgesetzt. Nicht nur die Rechte von Beschäftigten sondern auch die nationaler und ethnischer Minderheiten, deren Verteidigung sich sowohl Putin als auch Selenskyj heuchlerischerweise auf die Fahne geschrieben haben, werden dabei unter die Räder geraten.

Ein Appell an Olaf Scholz und Co., sich für Frieden und Waffenstillstand einzusetzen, schürt Illusionen, welche Interessen diese Regierung eigentlich vertritt, wo doch eigentlich Aufklärung darüber nötig wäre. Das spricht in keinsten Weise gegen Anti-Kriegsproteste, ob in Deutschland oder in anderen Ländern! Denn Regierungen könnten sich von ihrer Unterstützung des Krieges abwenden, wenn solche Bewegungen stark genug würden, um ihre Position zu bedrohen. Doch dazu ist es nicht nötig, Illusionen in sie zu schüren.

Keine sozialen Forderungen, anschlussfähig für Rechte

Leider schürt das „Manifest“ nicht nur solche Illusionen. Es schweigt auch zu den ökonomischen

Folgen des Kriegs und der westlichen Sanktionen und verzichtet auf soziale Forderungen im Interesse der Lohnabhängigen. Für die Initiator*innen scheinen auch die aktuell laufenden und anstehenden Tarifrunden bei der Post oder im öffentlichen Dienst keine Rolle zu spielen. Dabei ließe sich gerade bei letzterer sehr anschaulich der Zusammenhang zum Aufrüstungspaket für die Bundeswehr herstellen: Während die Beschäftigten Reallohnverluste hinnehmen sollen, gibt es 100 Milliarden für Aufrüstung. Dazu schweigen Wagenknecht und Schwarzer in ihrem Aufruf. Das tun sie vermutlich auch mit Blick auf ihren Unterstützer*innenkreis, der wenige Gewerkschafter*innen aber dafür erzkonservative Politiker*innen oder einen Ex-Bundeswehr-General umfasst. Doch das sind Bündnispartner*innen, die Politik auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung verantworten.

Damit und mit seinem Bezug zu nationalen Kategorien wird der Aufruf auch anschlussfähig für rechte bis rechtsextreme Kräfte und muss man sich nicht wundern, wenn der AfD-Chef Chrupalla den Aufruf unterstützt und rechte Kräfte heute zur Kundgebung mobilisiert haben. Das gilt, auch wenn Sahra Wagenknecht erklärt hat, dass AfD-Vertreter*innen unerwünscht sind und Vorwürfe, der Aufrufer*innenkreis stelle eine „Querfront“ mit Rechtsextremist*innen dar ungerechtfertigt sind. Wir sind der Meinung, dass bekannte AfD-Politiker*innen und Rechtsextreme auf dieser Kundgebung nichts verloren haben und das im Zweifel von den Ordner*innen bzw. Kundgebungsteilnehmer*innen durchgesetzt werden sollte.

Die Sol setzt sich für den Aufbau einer großen Anti-Kriegs-Bewegung ein – aber mit sozialistischer Ausrichtung. Der französische Sozialist Jean Jaures hat einmal gesagt, dass der Kapitalismus den Krieg in sich trägt, wie die Wolke den Regen. Nur in einer Welt, in der nicht mehr große private Banken und Konzerne nach Profit und in Konkurrenz zueinander wirtschaften, sondern in der diese in Gemeineigentum und unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung überführt werden – nur in so einer Welt können Kriege um Macht und Profite in die Geschichtsbücher verbannt werden. Doch so eine Welt wird uns nicht geschenkt, sondern dafür müssen wir uns organisieren. Deshalb: Werde mit uns aktiv!

Die Sol kämpft für:

- Sofortiger Stopp aller Waffenlieferungen und finanzieller Unterstützung des Krieges
- Keine Aufrüstung der Bundeswehr – 100 Milliarden für Bildung, Gesundheit und den öffentlichen Dienst
- Einstellung der militärischen Handlungen auf beiden Seiten, Rückzug der russischen Truppen und Ende der Bombardierungen!
- Rückzug von NATO-Truppen aus Osteuropa und keine weitere NATO-Erweiterung! Deutschland raus aus der NATO
- Rüstungsindustrie enteignen und Produktion in öffentlicher Hand auf gesellschaftlich sinnvolle Produkte umstellen – kontrolliert und verwaltet durch die arbeitende Bevölkerung!
- Wir zahlen nicht für kapitalistische Kriege – Senkung der Energie- und Heizkosten und Verstaatlichung des Energiesektors unter demokratischer Arbeiter*innenkontrolle und -verwaltung
- Menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten – finanziert durch die Profite der Rüstungsindustrie und das Vermögen der Super-Reichen!
- Für den Aufbau von sozialistischen und internationalistischen Gewerkschaften und Arbeiter*innenparteien in der Ukraine und Russland
- Nein zu ethnischer Spaltung und Säuberung! Für Arbeiter*inneneinheit, ein wirkliches Recht auf Selbstbestimmung und volle demokratische Rechte – auch für Minderheiten!

- Für internationale Proteste von Arbeiter*innen und Jugendlichen gegen den Krieg und eine weitere Eskalation!
- Kein Vertrauen in Putin, Biden, Scholz & Co.! Für eine unabhängige Position von Gewerkschaften und LINKE
- Schluss mit dem Konkurrenzkampf um Profite und Einfluss – für sozialistische Demokratie weltweit

Wo geht's hier zur Revolution?

(23. Mai 2023)

Eine Auseinandersetzung mit den Ideen des „Revolutionären Bruchs“ und von RIO / Klasse gegen Klasse

Im Januar fand in Berlin eine Konferenz des sogenannten „Revolutionären Bruchs“¹ statt. Eine kleine Gruppe von (ehemaligen) Mitgliedern der LINKEN und/oder ihres Jugendverbandes hatten – eine Fraktion im Jugendverband organisiert, welche den kollektiven Austritt aus der LINKEN bzw. der Linksjugend vorbereiten sollte und vollzog. Angestoßen wurde diese von RIO bzw. „Klasse gegen Klasse“ (wie genau das Verhältnis von RIO und KgK ist, erschließt sich uns nicht), welche einige der Unzufriedenen zuvor gewinnen konnte. Zusammen mit anderen Organisationen diskutierten sie auf der Konferenz über den Zustand und die Krise der LINKEN und die aus ihrer Sicht zu ziehenden Schlussfolgerungen. Sol-Mitglieder haben sich an dieser Fraktion nicht beteiligt.

von Tom Hoffmann, Sol-Bundesleitung

Seit der Konferenz hört man nichts mehr vom „Revolutionären Bruch“, was den vielen Vorhaben aus der beschlossenen Abschlusserklärung entgegensteht. Die Mehrheit scheint sich dem (mehr oder weniger) neuen RIO-Projekt „Waffen der Kritik“ anzugliedern, was unsere Vermutung bestätigt, dass es bei dieser Initiative nie ernsthaft um den Aufbau einer breiteren Jugendorganisation ging, sondern um einen Durchlauferhitzer für die eigene Organisation.² Warum also jetzt noch einmal diese Initiative kommentieren? Zugegeben, wir sind spät dran. Junge Sol-Mitglieder hatten in den letzten Monaten alle Hände voll zu tun, um zusammen mit anderen Mitgliedern der Linksjugend eine neue sozialistische Jugendorganisation zu bilden, Jugend für Sozialismus, welche über Pfingsten ein erstes Camp organisiert. Diese Initiative unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von der des „Revolutionären Bruchs“, was wir in diesem Artikel auch darlegen wollen.

Wichtige Fragen

Auch wenn wir nicht wissen, ob und wie viel nochmal vom „Revolutionären Bruch“ zu hören sein wird: Die Debatte darüber ist von politischem Nutzen, um die Unterschiede in Programm, Strategie, Taktik, Perspektiven und insbesondere der Anwendung der marxistischen Methode zwischen den verschiedenen involvierten Gruppen (oft mit trotzkistischem Selbstverständnis) zu beleuchten.

Denn die Debatten berühren wichtige Fragen: Was ist eigentlich DIE LINKE und welche Rolle spielte und spielt sie heute für den Klassenkampf? Was sind die Gründe für ihre Krise? Wie entwickeln sich das Bewusstsein der Arbeiter*innenklasse und ihre Organisationen? Was ist Reformismus und wie gehen Revolutionär*innen mit diesem Phänomen um? Und wie kommen wir zu einer großen revolutionären Organisation, die in der Lage ist, eine sozialistische Umwälzung zum Erfolg zu führen? Klare Antworten auf diese Fragen suchen viele junge linke Aktivist*innen und sehr viele mehr werden sie in den nächsten Jahren suchen. Wir sind überzeugt, dass der

„Revolutionäre Bruch“, aber auch die dahinterstehenden Organisationen wie RIO, sie bei ihrer Suche in die falsche Richtung weisen.

Zunächst: Vieles an der Kritik der LINKEN und Linksjugend, welche die Unterstützer*innen des „RB“ äußern ist berechtigt – wenn wir auch manches anders formulieren würden. Die Abschlusserklärung und andere Dokumente rund um die Konferenz enthalten aber auch viele Formulierungen und Thesen, die wir nicht teilen. Es gab nicht wenige Debattenbeiträge auf der Website, sowie eine Mehrheits- und Minderheitsklärung auf der Konferenz, die sich an einigen Fragen unterscheiden. So spricht sich zum Beispiel die Minderheitsklärung, welche die Gruppe Arbeiter*innenmacht (GAM) eingebracht hatte, für die weitere Unterstützung bestimmter LINKE-Kandidat*innen, die sich gegen eine weitere Regierungsbeteiligung positionieren aus und formulieren etwas andere Thesen zur sogenannten „Einheitsfront“.³ Auch wenn wir an dieser Minderheitsklärung einiges zu kritisieren hätten, wollen wir uns auf die wichtigsten Differenzen zur Mehrheitsklärung⁴ konzentrieren, welche auf einen Entwurf von RIO⁵ zurückgeht.

Grundlegende Standpunkte der Sol

Bevor wir unsere Kritik am RB aber entwickeln, wollen wir einen Schritt zurück machen und etwas ausholen, um grundlegende Standpunkte der Sol deutlich machen. Wir halten das für nötig, um jenen Interessierten, die unsere grundlegenden Ideen noch nicht kennen, unsere Kritik verständlicher zu machen. Diese Ideen begründen nämlich insbesondere das, was wir die „doppelte Aufgabe“ nennen – eine taktische Schlussfolgerung der Sol bzw. des Komitees für eine Arbeiter*inneninternationale (CWI; internationale marxistische Organisation, deren Sektion in Deutschland die Sol bildet), welche von anderen Organisationen mit trotzkistischem Selbstverständnis regelmäßig kritisiert (aber leider in der Regel nicht richtig verstanden) wird.

Die Sol ist eine revolutionär-marxistische Organisation. Wir glauben nicht, dass der Kapitalismus sozial gerecht umgestaltet oder aber langsam – Schritt für Schritt und allein durch parlamentarische Mehrheiten – abgeschafft werden kann. Nur eine revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter*innenklasse und der sozial Benachteiligten kann den Kapitalismus überwinden und damit beginnen, eine sozialistische Demokratie aufzubauen. Die Arbeiter*innenklasse und solch eine Bewegung brauchen letztlich ein revolutionäres Programm und eine revolutionäre Massenorganisation mit einer weitsichtigen marxistischen Führung, um erfolgreich zu sein. Solch eine Organisation aufzubauen, ist das Ziel der Sol bzw. des CWI.

Die erste Voraussetzung, um eine solche Organisation aufzubauen, ist unserer Meinung nach ein richtiges Verständnis des Marxismus (nicht als Sammlung dogmatischer Lehrsätze, sondern als Methode zur Erkenntnis und Veränderung der Welt) sowie eine korrekte Verarbeitung der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung und vergangener Revolutionen. Auf dieser Basis haben wir unser Programm entwickelt. Aber korrekte Ideen und ein revolutionäres Programm allein reichen nicht für eine Revolution. Umgekehrt braucht eine marxistische Organisation die Unterstützung von der Mehrheit der Arbeiter*innenklasse, um überhaupt in die führende Position einer einmal ausgebrochenen revolutionären Bewegung zu kommen.

Mit dieser Erkenntnis sind wir in guter Gesellschaft: Selbst in den Stürmen der Revolution von 1918/1919 hielt der von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründete Spartakusbund diesen Gedanken in seinem Programm fest: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen

Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“⁶Die dritten und vierten Kongresse der kommunistischen Dritten Internationale, die vor ihrer Stalinisierung noch das Zentrum der revolutionären sozialistischen Bewegung war, stellen ebenfalls fest, dass man erst die Massen erobern muss, bevor man an die Machteroberung denken könne.⁷ Alles andere führe zu ultra-linkem Abenteuerertum.

Aber wie gewinnt man die Mehrheit der Klasse? Welche Faktoren beeinflussen diesen Kampf? Schon Marx wusste: „Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein.“ Die besten Ideen können noch so richtig sein, ob bzw. in welchem Zeitraum und auf welchem Weg sie sich durchsetzen, hängt von vielen Faktoren außerhalb unseres Einflusses ab. Eine richtige Analyse der objektiven Situation (das heißt u.a. der Entwicklung des Kapitalismus und des Klassenkampfes, des Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, der Ökonomie, des Bewusstseins usw.) ist für Revolutionär*innen unerlässlich, um nicht die Orientierung zu verlieren und zu falschen Schlussfolgerungen zu gelangen.

Korrekte Analyse der objektiven Lage nötig

Die Sol und das Komitee für eine Arbeiter*inneninternationale (CWI) gründen ihre Arbeit deshalb immer auf eine genaue und die verschiedenen Faktoren und Entwicklungen umfassende Untersuchung der objektiven Lage und stellen auf dieser Basis Perspektiven auf. Wir haben nie davor zurückgeschreckt, auch die objektiven Komplikationen unserer Zeit zu analysieren statt die Augen davor zu verschließen. Zweifellos ist der Kapitalismus aktuell in seiner tiefsten Krise seit Jahrzehnten. Sie hat bereits in den vergangenen Jahren zu enormer politischer Polarisierung, einer massiven Infragestellung bürgerlicher Institutionen und Parteien und auch zur beeindruckenden Massenbewegungen bis hin zu revolutionären Erhebungen geführt. Die nächsten Jahre werden in einem noch viel größerem Maß von jener Instabilität geprägt sein. Die grundlegenden Ursachen dieser Krise sind struktureller Natur und damit auf Basis des Kapitalismus nicht zu überwinden. Das zeigt, wie nötig der Sozialismus geworden ist.

Aber die Überwindung des Kapitalismus muss ein bewusster Akt der Arbeiter*innenklasse sein. Das Bewusstsein der Arbeiter*innenklasse, der Grad ihrer Organisation und der Zustand sowie die politische Ausrichtung ihrer Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, etc.) sind daher wichtige Faktoren, die es zu analysieren gilt. Dazu benutzen wir die marxistische Methode; das heißt, wir betrachten diese Phänomene in ihrer Entwicklung, ihrer Widersprüchlichkeit und Abhängigkeit zueinander und den Veränderungen in der Gesellschaft; suchen Ursache und Wirkung, um daraus Schlussfolgerungen für die Praxis abzuleiten.

Auswirkungen des Zusammenbruchs des Stalinismus

Eine Aspekt dieser Analyse sind die angesprochenen enormen Krisenentwicklungen der letzten Jahre. Diese werden dazu führen, dass ein Teil der Arbeiter*innenklasse und vor allem der Jugend revolutionäre Schlussfolgerungen ziehen und für den Marxismus zu gewinnen sein wird. Aber jede historische Phase wird beeinflusst von der vorherigen. Deshalb sind ein weiterer Teil der Analyse auch die bis heute anhaltenden Auswirkungen vergangener Zeiten, insbesondere des Zusammenbruchs des Stalinismus, sowie der Verbürgerlichungen der Arbeiter*innenparteien in den 1980er und 1990er Jahren. Die Restauration des Kapitalismus in den ehemaligen Ostblock-Staaten bedeutete für das Kapital einen ideologischen Triumphzug über die Idee einer sozialistischen

Alternative zu ihrem System.

Der Stalinismus war ein diktatorisches Regime über die Arbeiter*innenklasse, eine Karikatur auf die Idee der sozialistischen Demokratie, die Ziele der Russischen Revolution sowie des Bolschewismus. Aber er war auch eine nicht-kapitalistische Gesellschaft ohne Privateigentum an großen Produktionsmitteln und bewahrte so während seiner Existenz auf extrem verzernte Weise zahlreiche positive Errungenschaften dieser Revolution. Die Tatsache, dass die Wirtschaft staatlich geplant statt durch die Anarchie des Marktes beherrscht wurde, führte zum Beispiel dazu, dass es anders als heute so gut wie keine Arbeits- oder Wohnungslosigkeit gab.

Die über Jahrzehnte beeindruckende ökonomische Entwicklung Russlands und anderer stalinistischer Staaten, aber auch das Prestige der russischen Revolution hatte in vielen kapitalistischen und neokolonialen Ländern eine große Wirkung auf den Klassenkampf. Es gab eben eine (wenn auch extrem verzernte) Systemalternative zum Kapitalismus, die sich (fälschlicherweise) Sozialismus nannte. Es gibt das Gedankenbild, dass die Sowjetunion an jeder Lohnverhandlung als unsichtbare dritte Partei am Verhandlungstisch dabeisaß – als (unausgesprochene) Quasi-Drohung an die Kapitalist*innen im Schatten der Arbeiter*innen. Da diese Planwirtschaft nicht demokratisch durch die Arbeiter*innenklasse sondern bürokratisch durch eine Kaste von Parteibürokrat*innen organisiert wurde, musste sie scheitern – es sei denn eine politische Revolution hätte eine wirkliche Arbeiter*innendemokratie hergestellt. Doch dazu kam es nicht, weil der Prozess der politischen Revolution, der mit den Massenprotesten 1989 einsetzte in die Bahnen einer kapitalistischen Konterrevolution umgelenkt wurde.

Zustand der Arbeiter*innenbewegung

So kann man erklären, dass der Zusammenbruch des Stalinismus verheerende Folgen für die Arbeiter*innenbewegung hatte. Das Kapital konnte die Idee des Sozialismus diskreditieren. Der Zusammenbruch führte zu einem weitgehenden Rückgang von sozialistischem Bewusstsein in der breiteren Arbeiter*innenklasse und auch in seinen organisierten Schichten, dessen Auswirkungen wir bis heute spüren. Zusammen mit der neoliberalen Offensive des Kapitals gab es darüber hinaus eine Schwächung der Organisationen der Arbeiter*innenklasse: Gewerkschaften entleerten sich und wurden noch bürokratischer. Arbeiter*innenparteien, wie die SPD, hatten seit Jahrzehnten bereits eine pro-kapitalistische Führung, die im System verankert war. Aber sie waren bis dato Arbeiter*innenparteien geblieben; an der Basis gab es hunderttausende sozialistisch gesinnte Beschäftigte und große Teile der Arbeiter*innenklasse sahen in der SPD „ihre“ Partei. Das änderte sich und diese sozialdemokratischen oder auch manche der (ex-)kommunistischen Parteien verbürgerlichten in vielen Ländern vollends oder verschwanden in die Bedeutungslosigkeit. Es verschwand eine ganze politisch fortgeschrittene Schicht von zehntausenden Beschäftigten, die grundsätzlich sozialistisch eingestellt und in politischen Parteien, Gewerkschaften, Bewegungen aktiv waren. Bis heute verkomplizieren diese „Altlasten“ nicht nur die Arbeit von Revolutionär*innen, sondern erschweren im Allgemeinen den Kampf der Arbeiter*innenklasse gegen Angriffe des Kapitals.

Es sind diese Komplikationen, vor denen einige Gruppen mit revolutionärem Anspruch die Augen verschließen oder nicht die nötigen Schlussfolgerungen ziehen. Sie zitieren dabei oft Leo Trotzki, der in den 1930er Jahren die Krise der Arbeiter*innenbewegung (d.h. ihre politische Unfähigkeit, den Kapitalismus zu dieser Zeit zu stürzen) auf die Krise der Führung der Arbeiter*innenbewegung (Stalinismus, Reformismus) zurückgeführt hat. Es ist keine Frage, dass auch heute eine solche

„Krise der Führung“ besteht und dass sie noch tiefer ausfällt als in den 1930ern. Teil dessen ist auch das Versagen und in einigen Fällen der offene Verrat jener linken Formationen und Führer*innen, die in den Jahren seit der Finanzkrise 2007/08 aufgestiegen sind. Aber wir haben es heute auch mit einer Krise im Bewusstsein und der Organisation der Klasse zu tun – eben als Folge des Zusammenbruchs des Stalinismus. Damit geben wir nicht der Arbeiter*innenklasse „die Schuld“ an der ausbleibenden Revolution, aber wir machen uns die Herausforderungen unserer Zeit bewusst. Selbstverständlich sind diese Hürden nur relativ; erstens in dem Sinne, dass sie Kämpfe bis hin zu Revolutionen nicht ausschließen, welche sich aus den Krisen des Kapitalismus zwangsläufig entwickeln; zweitens in dem Sinne, dass durch solche neuen Kämpfe und Erfahrungen die Arbeiter*innenbewegung wiederaufgebaut werden kann und sozialistische und revolutionäre Ideen wieder mehr Verbreitung finden werden. Die Anfänge von diesem Prozess haben wir in den letzten Jahren in vielen Ländern erleben können, vom sogenannten Arabischen Frühling, den Protesten gegen die Eurokrise und Kürzungspolitik in Südeuropa bis hin zu den Massenbewegungen der letzten Jahre in Chile, Sudan, Sri Lanka uvm. Marxist*innen können diesen Prozess zudem beschleunigen, wenn sie in ihn intervenieren, doch dazu müssen sie dies als ihre Aufgabe verstehen.

Die „doppelte Aufgabe“

Daraus hat das CWI bzw. die Sol die „doppelte Aufgabe“ abgeleitet. Während wir am Aufbau einer organisatorisch unabhängigen, revolutionär-marxistischen Organisation festhalten, verstehen wir auch die Notwendigkeit einen Beitrag zum Wiederaufbau der breiteren Arbeiter*innenbewegung auf sozialistischer Grundlage zu leisten. Das beinhaltet die Aufgabe, die grundlegenden Ideen des Sozialismus wieder zu verbreiten und das bedeutet, dass wir u.a. für den Aufbau einer breiten sozialistischen Arbeiter*innenpartei eintreten.

Angesichts des zurückgeworfenen Bewusstseins und der Krise der Arbeiter*innenbewegung stellen wir die Perspektive auf, dass wichtige Teile der Arbeiter*innenklasse nicht direkt, sprunghaft zu revolutionär-marxistischen Schlussfolgerungen gelangen werden. Das gilt sicher nicht für die gesamte Arbeiter*innenklasse. Aber gerade in den entwickelten kapitalistischen Ländern werden Marxist*innen auch beim Ausbruch von Massenbewegungen mit weit verbreiteten Illusionen in reformistische Ideen und Führer*innen zu tun haben. Propaganda wird allein nicht ausreichen, um diese zu zerstreuen, sondern die Massen werden wie in der Vergangenheit auch ihre eigenen Erfahrungen machen müssen.

Die Existenz einer neuen Arbeiter*innenpartei wäre aber selbst dann ein Fortschritt, wenn sie nicht direkt ein revolutionäres Programm annehmen würde, weil sie der Arbeiter*innenklasse ein wichtiges Werkzeug im Klassenkampf (zurück-)geben würde. Was für ein Fortschritt wäre heute die Existenz einer kämpferischen Partei, die streikende und gewerkschaftlich aktive Arbeiter*innen, Sozialist*innen, Mietenaktivist*innen und andere Vertreter*innen sozialer Bewegungen zusammenführen und der Macht der Banken und Konzerne den Kampf ansagen würde. Sie würde nicht nur das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zu unseren Gunsten verschieben, sondern wäre gleichzeitig ein Forum für Debatten (und damit auch für Revolutionär*innen) darüber, wie die Interessen der Arbeiter*innenklasse durchgesetzt und der Kapitalismus abgeschafft werden könnte.

Entscheidend ist für die Sol, dass es ein Fortschritt ist, wenn ein relevanter Teil der Arbeiter*innenklasse sich politisch unabhängig vom Kapital organisiert, um seine Klasseninteressen durchzusetzen; wenn es einen Bezugspunkt für die Hoffnung breiterer Schichten gibt und wenn deren Erfolg nicht nur zu materiellen Verbesserungen sondern auch zu mehr

Selbstbewusstsein, -organisation und -aktivität führen würde.

Die Bildung neuer Arbeiter*innenparteien vorzuschlagen bzw. solche zu unterstützen bedeutet nicht politische Unterstützung für möglicherweise reformistische Positionen solcher Parteien.

Marxist*innen müssen immer vor den Grenzen und Folgen einer reformistischen Politik warnen. Es gilt aber auch zu verstehen, dass es einen Unterschied macht, ob reformistische Illusionen Teil des Weges der Arbeiter*innenklasse auf dem Weg von einer „Klasse an sich“ zu einer „Klasse für sich“ sind oder ob diese Illusionen als Waffe in der Hand einer bürgerlichen Bürokratie gegen den Kampf für Sozialismus genutzt und damit gefestigt werden. Ersteres müssen Marxist*innen als notwendiges Zwischenstadium der Bewusstseinsentwicklung mindestens von Teilen der Massen anerkennen und dabei helfen, dass die Massen dieses Stadium schnell hinter sich lassen und zu revolutionären Schlussfolgerungen kommen. Letzteres gilt es als systemerhaltend zu erkennen und politisch zu bekämpfen.

Das ist vergleichbar mit der Aufgabe, an die sich Karl Marx und Friedrich Engels mit dem Aufbau der Ersten Internationale gemacht haben. Nachdem sie zuvor die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus begründet hatten, machten sie deren volle Akzeptanz nicht zur Voraussetzung für die gemeinsame Organisation. Die Erste Internationale war beileibe keine homogen-marxistische Einheit, Marx und Engels führten dort scharfe Debatten mit Anarchist*innen und Reformist*innen. Ihr Ziel war es, zunächst eine führende Schicht von Arbeiter*innen international auf der gemeinsamen Grundlage der politischen Unabhängigkeit vom Kapital und einer sozialistischen Zielsetzung zu organisieren, auf deren Basis sie für ihre weitergehenden Ideen streiten konnten. Ein anderes Beispiel ist Leo Trotzki's Unterstützung für die Parole einer Arbeiter*innenpartei (Labor Party) in den USA der 1930er Jahre.

Die Vergangenheit wiederholen?

Wenn Organisationen wie RIO unsere Ideen kritisieren, verstehen sie sie entweder nicht oder geben sie falsch wieder oder tun im schlimmsten Falle beides. RIO wirft uns zum Beispiel in einem Artikel vor zu behaupten, dass die „Arbeiter*innenbewegung [...] dieselben Entwicklungen machen müsse, die sie in ihrer Entstehung gemacht hat.“; dass sie „zuerst eine lange Zeit der gemeinsamen Organisierung der Revolutionär:innen und Reformist:innen wie vor dem 1. Weltkrieg durchlaufen“ müsse und „Nur nach einer langen Periode des Kampfes und opportunistischer Fehler gäbe es die Möglichkeit einer revolutionären Organisierung“⁸. Es ist kein Zufall, dass RIO für diese Behauptungen keine Zitate oder Belege anführt bzw. anführen kann – denn es ist eine falsche Wiedergabe unserer Ideen, die einzig ihrer eigenen Interpretation entspringt. An anderer Stelle reißen sie in dem Artikel ein Zitat eines Sol-Artikels aus dem Zusammenhang und konstruieren daraus Positionen der Sol, die wir nicht haben – was man leicht erkennt, wenn man den entsprechenden Artikel komplett liest. Wir fordern RIO deshalb auf, grundlegende methodische Standards wie korrektes Wiedergeben von Inhalten anzuwenden.

Nirgends sagen wir, es ginge heute darum, wie vor dem 1. Weltkrieg über Jahrzehnte Arbeiter*innenparteien aufzubauen, die dann dieselbe Entwicklung nehmen müssen, bis sich eine revolutionäre Partei gründen kann. Erstens weil die historisch-ökonomischen Bedingungen des Kapitalismus, der in ein imperialistisches Stadium eingetreten ist, solch eine Entwicklung ausschließen. Die Basis für die langsame Entwicklung des Reformismus in der SPD war der gewisse ökonomische Aufschwung zum Ende des 19. Jahrhunderts – diese Perspektive besteht heute nicht. Zweitens weil wir ja die Möglichkeit einer „revolutionären Organisierung“ heute nicht ausschließen, sondern (sowohl innerhalb wie außerhalb breiterer Parteien) vorantreiben. Es

geht bei der doppelten Aufgabe auch nicht darum, den Wiederaufbau der Arbeiter*innenbewegung in ein dogmatisches Perspektivschema zu pressen: Erst breite Arbeiter*innenpartei, danach revolutionäre Organisation. Gerade mit Blick auf die Massenbewegungen der letzten Jahre ist nicht auszuschließen, dass revolutionäre Organisationen sprunghaft wachsen und in bestimmten Ländern zu einem Bezugspunkt werden können. Aber auch dann haben sie weiter die Aufgabe, eine Mehrheit für ihr Programm zu gewinnen. Es geht darum, aus der Vergangenheit zu lernen und zu prüfen, ob bestimmte Methoden oder Elemente davon den Bedingungen der heutigen Zeit entsprechen oder nicht.

Darum orientieren wir (von Land zu Land in verschiedener Form) auf Prozesse, die in die Richtung einer neuen Arbeiter*innenpartei weisen, und unterstützt die Sol jeden Ansatz, der potenziell einen Schritt auf dem Weg zu einer solchen politischen Interessenvertretung macht. Überall treten wir aber mit unseren marxistischen Ideen auf und für eine revolutionäre Überwindung des Kapitalismus ein, aber wir machen die Zustimmung zu revolutionären Schlussfolgerungen nicht zur Voraussetzung für eine Mitarbeit in solchen Formationen. Die Sol bzw. ihre Vorgängerorganisation SAV ist aus diesen Gründen zunächst in der damaligen WASG und nach der Fusion in der Partei DIE LINKE aktiv geworden – nicht weil wir der Meinung waren, dass das schon Arbeiter*innenparteien gewesen wären, sondern weil sie solche Bezugspunkte darstellten und wir die Möglichkeit sahen, dass sich aus diesen Formationen unter dem Eindruck von Klassenkämpfen Prozesse entwickeln, die einen Schritt auf dem Weg hin zu einer wirklichen Arbeiter*innenpartei darstellen. Gleichzeitig haben wir zu keinem Zeitpunkt darauf verzichtet, mit der SAV bzw. später der Sol eine revolutionär-marxistische Organisation aufzubauen.

Wir hoffen, dass die Leser*innen nun eine Vorstellung von der grundsätzlichen Herangehensweise der Sol bekommen haben. Auf dieser Grundlage wird es leichter fallen, unsere Kritik am Revolutionären Bruch (RB) bzw. RIO nachzuvollziehen.

Krise der LINKEN

Also was sagt der RB? Der RB erklärt, was schon immer die Haltung von RIO war. DIE LINKE und die Linksjugend angesichts der pro-kapitalistischen Politik, welche die Partei in Regierungen mitgetragen hat, ist in keinsten Weise, auch nicht kritisch, zu unterstützen: „Seit 15 Jahren vertiefen sie stetig ihre Perspektive der Mitverwaltung des kapitalistischen Elends.“⁹ und „Das Scheitern der Linkspartei ist kein Zufall oder Produkt widriger Umstände, sondern eine Konsequenz ihrer gesamten Strategie“. Daran ändere auch nichts, „dass eine kleine Minderheit der Partei Regierungsbeteiligungen „kritisch“ sieht, ebenso wenig einzelne „linkere“ Ortsgruppen ihres Jugendverbandes“. Ihren Austritt und ihre „Abrechnung“ mit der LINKEN setzt die Konferenz einem Bruch mit dem „Reformismus“ gleich.

Die Krise der LINKEN ist offensichtlich. Wir glauben auch, dass die zentrale Ursache in der politischen Ausrichtung der Partei und ihrer Anpassung an SPD und Grüne insbesondere in pro-kapitalistischen Regierungsbeteiligungen liegt. In Zeiten von Pandemie, Krieg und Inflation hat DIE LINKE weitgehend versagt, sozialistische Positionen vorzutragen und eine kämpferische Opposition zur Regierung aufzubauen. Eine Spaltung der Partei wird immer wahrscheinlicher, was dazu führen kann, dass DIE LINKE in der Bedeutungslosigkeit verschwindet. Dennoch glauben wir, dass die Genoss*innen es sich zu einfach machen, wenn sie sagen, dass dies nichts mit der objektiven Lage zu tun hat bzw. sie den Eindruck erwecken, diese Entwicklung verlief seit 15 Jahren geradlinig (wobei man im Falle von RIO davon sprechen müsste, dass sie gar keine

Entwicklung sehen und schon immer diese Einschätzung der LINKEN hatten).

Letzteres ist einfach nicht der Fall. 2009, nach der Finanzkrise, erreichte die Partei fast 12 Prozent und über fünf Millionen Stimmen bei den Bundestagswahlen. Sie war für viele ein wichtiger Bezugspunkt mit einem sozialistischen Anspruch, an dem Marxist*innen ansetzen konnten – mit positiven Vorschlägen und entsprechender Kritik. In der Partei gab es über viele Jahre lebendige Debatten und gerade an der Regierungsfrage Auseinandersetzungen zwischen dem Reformier-Lager und einem linken Flügel von verschiedenen (links-)reformistischen bis hin zu revolutionären Kräften. Die Situation in der Partei hat sich durch die Etablierung verschiedener prinzipienloser Machtblöcke in den letzten Jahren verkompliziert. Trotz der Beschränktheit ihrer reformistischen Führung war die Existenz der Partei im Bundestag aber unter'm Strich ein Pluspunkt im Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, weil es eine Partei gab, die sich u.a. gegen die Macht der Banken und Konzerne ausspricht, teils die Eigentumsfrage stellte und die Regierenden von links unter Druck setzte.

Dabei geht es nicht darum DIE LINKE schöner zu reden als sie war oder aktuell ist. Die Sol bzw. bis zur Spaltung ihre Vorgängerorganisation die SAV hat das nie gemacht, sondern immer für einen kämpferischen und sozialistischen Kurswechsel gekämpft. Das beinhaltete im Übrigen auch einen Kampf gegen die sozialen Wurzeln der reformistischen Beschränktheit mit konkreten Forderungen, wie nach durchschnittlichem Facharbeiter*innenlohn, sowie jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit und Rechenschaftspflicht für Amts- und Mandatsträger*innen (was man in der RB-Erklärung vergeblich sucht). Aber es gilt, bei aller korrekten Kritik an der Parteiführung und vor allem den Fraktionen und Minister*innen in Landesregierungsverantwortung, wo DIE LINKE immer mehr als Teil des Establishments wahrgenommen wird, die Proportionen zu wahren. Es ist zum Beispiel richtig, das Fast-Scheitern der LINKEN bei der letzten Bundestagswahl auf die weitgehende Anpassung der Partei zurückzuführen. Gleichzeitig sollte man sich bewusst machen, dass ein Scheiternder LINKEN bei den Bundestagswahlen ein Erfolg für das Kapital gewesen wäre und viele hunderttausende Menschen demoralisiert und nicht radikalisiert hätte. Nicht zuletzt wurden einige wichtige gewerkschaftliche Kämpfe, wie die Krankenhausbewegungen, durch die Partei unterstützt. All das fällt in der Betrachtung des RB bzw. bei RIO unter den Tisch.

Aber auch die objektive Lage setzt Revolutionär*innen (ob innerhalb oder außerhalb der LINKEN) gewisse Grenzen. Es ist einfach zu schreiben, die Krise der LINKEN hat nichts mit widrigen Umständen zu tun oder wie es ein Genosse von RIO in einem Artikel¹⁰ gegen die Sol macht, heute auf die Krise der LINKEN hinzuweisen und zu postulieren, dass es nicht funktioniert „einerseits eine revolutionäre Organisation aufbauen zu wollen und andererseits gleichzeitig im Gleichschritt einer reformistischen Massenpartei zu gehen“ (wobei wir nie „im Gleichschritt“ gegangen sind) und dass damit zu begründen, dass „es keinen merklichen Effekt dieser Strategie gegeben“ hat, „DIE LINKE immer weiter nach rechts driftet“ und „kaum Menschen für revolutionäre Politik gewonnen werden“ konnten. Die „Strategie“ der Sol ist aber leider nicht der entscheidende Faktor für die Entwicklung der LINKEN gewesen. Auch RIO hat in den letzten Jahren keine größere revolutionäre Organisation mit Verankerung in der Arbeiter*innenklasse aufgebaut – wir könnten es uns also auch leicht machen und keinen „merklichen Effekt dieser Strategie“ postulieren. Dass das aber so ist, dass es in der LINKEN nicht zu einem Differenzierungsprozess zwischen einem linken und rechten Parteiflügel gekommen ist, hat auch viel mit dem relativ geringen Niveau von Klassenkämpfen der letzten Jahre und den Komplikationen im Bewusstsein der Arbeiter*innenklasse zu tun.

Neue linke Formationen

Der RB zieht die Parallele zu anderen linken bzw. linkspopulistischen Formationen, die in den letzten Jahren in anderen Ländern entstanden sind und zum Teil auf der Basis von großen Massenbewegungen die Unterstützung von Millionen Menschen bekommen hatten, zum Beispiel „Syriza in Griechenland, Podemos im Spanischen Staat oder La France Insoumise in Frankreich“¹¹. Dazu schreibt der RB aber: „Sie sind keine Ausdrücke des Klassenkampfes. Im Gegenteil: Sie lenken den Klassenkampf in staatstragende Bahnen um.“

Die Formulierung ist im besten Fall ungenau, im schlechtesten Fall eine Abkehr vom Marxismus – sie zeigt in jedem Fall, auf was für einen Holzweg der RB gerät. Alle politischen Formationen sind Ausdruck des Klassenkampfes, ob Syriza und Podemos oder CDU oder die US-Demokraten. Entscheidend ist es, ihre Funktion im Klassenkampf zu erkennen. Es ist fernab jeder Realität zu behaupten, die Wahlerfolge von Syriza und Podemos wären nicht Folge von jenen Klassenkämpfen und Massenmobilisierungen gewesen, welche in diesen Ländern zuvor stattfanden. Selbstverständlich wäre der Wahlerfolg dieser Formationen undenkbar ohne diese Bewegungen, Streiks und Kämpfe und die Millionen Menschen, die dadurch mobilisiert wurden und ihre Hoffnungen in diese Kräfte setzten. In diesem Sinne waren sie politischer Ausdruck dieser Proteste, auch wenn die Politik ihrer Führungen in der Regel rechts vom Bewusstsein der Massen bzw. zumindest der aktiv an den Protesten Beteiligten war.

Die Führungen von Syriza und Podemos haben die in sie gesetzten Hoffnungen der Massen auf krasseste Weise verraten, als es darum ging deren Interessen gegen das Kapital durchzusetzen. Die Sol und das CWI haben diesen Verrat stets scharf angegriffen. In dessen Folge haben diese Kräfte auch die Unterstützung breiter Schichten wieder verloren und hat sich ihr Ansehen massiv geändert. War das angesichts des reformistischen Charakters der Führung unausweichlich? In gewisser Hinsicht ja. Sofern man nicht bereit ist, über die Grenzen des Kapitalismus hinauszugehen, was nur durch sozialistische Maßnahmen und eine Mobilisierung der Massen möglich ist, kommt früher oder später der Punkt des Verrats an den Interessen der Arbeiter*innenklasse. Deshalb ist es nötig, im Rahmen solcher Bewegungen für ein sozialistisches Übergangsprogramm einzutreten und für die Selbstorganisation der Massen sowie ihre demokratische Kontrolle über die Führungen zu kämpfen, damit es im Falle von Fehlern oder Verrat die Möglichkeit gibt, die politischen und personellen Lehren zu ziehen.

Es wird gerade in den entwickelten kapitalistischen Ländern eher die Regel als die Ausnahme sein, dass große Teile der Arbeiter*innenklassen nicht direkt zu revolutionären Schlussfolgerungen gelangen, sondern zuerst vermeintlich „einfachere“ Wege für eine Veränderung in ihrem Sinne ausprobieren wollen. Die Frage ist, wie man in solchen Fällen damit umgeht. War es falsch, als die Massen diese Hoffnungen hatten, positiv an diesen anzusetzen und einen Weg aufzuzeigen, wie man ihre Interessen durchsetzen kann? Die Bewegung zu nutzen, um in ihr praktisch die Überlegenheit marxistischer Ideen zu beweisen? Während man gleichzeitig vor dem faulen Kompromiss und Verrat der Führungen warnt, mit den organisierten Schichten dagegen kämpft und die eigene revolutionäre Organisation aufbaut? Wir glauben nicht, dass das falsch ist, sondern dass das viel mehr in der Tradition der Ideen der Einheitsfrontpolitik steht.

Wir glauben eher, dass es falsch ist, an den Hoffnungen und den praktischen Erfahrungen der Massen vorbei, die Revolution von der Seitenlinie zu propagieren. Das war die Methode von RIO, die in Griechenland zum Beispiel als Alternative zu Syriza für das „linksradikalere“ Antarsya-

Projekt geworben hat. Die Mehrheit von Antarsya hat aber nicht verstanden, dass die größten Teile der Bevölkerung und Bewegung Hoffnungen in Syriza gesetzt haben und es darum ging, an dieser Stimmung anzusetzen und sich nicht davon zu isolieren, sondern Vorschläge für den Aufbau einer neuen linken Massenkraft und vor allem der Bildung einer linken Regierung mit sozialistischem Programm zu machen bzw. sich an so einem Prozess zu beteiligen – ohne dabei auf Kritik an der Syriza-Führung oder den eigenen sozialistischen Vorstellungen zu verzichten. Das hat Antarsya nicht gemacht und ist (auch deshalb) nach dem Verrat von Syriza von den Massen nie als nächste Anlaufstelle verstanden worden.

Kein Schematismus

Es kann natürlich auch falsch werden, solche Parteien zu unterstützen, wenn sie ihren Verrat vollzogen haben und die Massen sich von ihnen zurecht abwenden. Wir teilen deshalb auch nicht die schematische Position einer anderen, sich der revolutionären Linken zuordnenden Organisation, nämlich des „Funken“, die in ihrem Artikel Podemos oder Syriza als „Arbeiter*innenparteien“ bezeichnen und schreiben, dass diese „die erste Anlaufstelle der Massen in den Klassenkämpfen bleiben, solange die Hoffnungen auf eine parlamentarische Lösung der Probleme der Arbeiterklasse nicht aufgegeben sind“¹². Nicht jede reformistische Kraft mit Unterstützung auf der Wahlebene ist gleich eine Arbeiter*innenpartei. Die neuen linken Formationen haben zum Beispiel keine ausreichende soziale Basis in der Arbeiter*innenklasse gehabt, als dass man sie als solche hätte bezeichnen können – und deshalb haben sich große Teile der Massen auch schnell wieder abgewandt.

Es gilt eben zu unterscheiden, in welchen Situationen man welche Politik anwendet. Aber eine Aufteilung in Schwarz und Weiß, die einer nicht-revolutionären politischen Kraft prinzipiell die kritische Unterstützung versagt, führt im schlimmsten Fall zu einer Schwächung der Arbeiter*innenklasse. Wir haben oben zum Beispiel die französische France Insoumise (FI) bzw. Jean-Luc Mélenchon nicht in einen Topf mit Syriza und Podemos geworfen. Diese Kraft – trotz ihrer politischen Beschränktheit und ihres undemokratischen Organisationsprinzip – drückte in der letzten Phase weiter die Interessen und Hoffnungen eines großen Teils der französischen Arbeiter*innenklasse aus. Die Schwesterorganisation der Sol in Frankreich fordert seit Jahren, dass die FI sich demokratisieren und Schritte zum Aufbau einer Arbeiter*innenpartei ergreifen soll und äußern viel Kritik an der Führung um Mélenchon. Trotzdem haben wir die Partei kritisch unterstützt, weil ihr Erfolg die Bedingungen für den Klassenkampf verbessert hätte.

Es war extrem schädlich, dass sich bei den Präsidentschaftswahlen im letzten Jahr Gruppen mit revolutionärem Selbstverständnis, darunter die Schwesterorganisation von RIO, dazu entschieden haben, gegen eine Stimmabgabe für Mélenchon zu argumentieren, statt ihn wie das CWI kritisch zu unterstützen. Die Stimmen der „revolutionären“ Linken, die auf einer eigenen Kandidatur beharrten, hätten dafür ausgereicht, dass Mélenchon und nicht die rechtspopulistische Le Pen in die Stichwahl gegen Macron gekommen wäre! Es ist völlig klar, dass ein Duell Mélenchon vs. Macron hundertmal besser für Revolutionär*innen und die Arbeiter*innenbewegung gewesen wäre, sowohl was die politischen Debatten als auch was die Möglichkeit eines weiteren Aufbaus einer wirklich sozialistischen Partei bzw. Bewegung angeht. Umgekehrt hatte so Le Pen die Möglichkeit, den Unmut gegen die Macron-Regierung von rechts aufzugreifen.

Umgang mit Reformismus

In Wahrheit schreckt der RB davor zurück, die komplizierten Situationen im Klassenkampf anzuerkennen und mit ihnen umzugehen, weil man dabei opportunistische Fehler machen kann. Aber revolutionäre Politik heißt in der Praxis nicht, einfach zu jeder Zeit reformistische Führer*innen als (potenzielle) Verräter zu brandmarken. Reformismus läuft früher oder später immer auf Verrat an den Interessen der Arbeiter*innenklasse hinaus. Aber das ist der Masse der Arbeiter*innenklasse nicht bewusst. Man muss den Unterschied erkennen, wann diese Führer*innen die Hoffnungen (von Teilen) der Arbeiter*innenklasse ausdrücken und in gewissen Grenzen den Klassenkampf vorantreiben (oder von diesem getrieben werden) und wann sie diese verraten. Man muss wissen, wann man kritisch-unterstützend Forderungen an diese Führer*innen stellt (ohne Illusionen zu schüren), um den Druck auf die Führer*innen zu erhöhen und die Arbeiter*innenklasse so politisch auf die wesentlichen nächsten Schritte oder Gefahren hinzuweisen. Und wann man aus dem Verrat oder den negativen Erfahrungen mit diesen Führer*innen vor der Klasse die entsprechenden Lehren zieht. Und man sollte nicht ausschließen, dass in Zukunft selbst linksreformistische oder zwischen Reformismus und revolutionärer Politik schwankende Führer*innen durch den Druck von Massenkämpfen nach links getrieben werden können. Das bedeutet flexibel in der taktischen Herangehensweise zu bleiben entsprechend der jeweiligen Situation ohne revolutionäre Prinzipien in Frage zu stellen.

Der RB bzw. RIO ziehen sich stattdessen auf die Position zurück, einfach eine wirklich revolutionäre Organisation aufzubauen, „die die fortschrittlichsten Teile der Arbeiter*innenklasse, der Jugend, der Frauen und LGBTQIA+, der Migrant*innen im Kampf für den Sturz des Kapitalismus und für die sozialistische Revolution anführen kann.“¹³ Dazu schreibt der RB sich an verschiedenen Stellen viele richtige (aber auch einige falsche) programmatische Leitsätze in seine Abschlusserklärung. Die Umsetzung des Programms mache eine „Einheitsfront für den Kampf gegen die Regierung und das Kapital“ nötig. „Dazu ist es notwendig, die bremsende Rolle der Bürokratien der SPD, der Gewerkschaften und NGOs zu überwinden und ihr eine Perspektive der Selbstorganisation und der Koordinierung der Kämpfe gegenüberzustellen“.

Einheitsfront

Leider herrscht auch hier Verwirrung über den Charakter der Einheitsfrontpolitik. Im historischen Sinne war die Einheitsfront in den 1920er Jahren die Politik der Kommunistischen Internationale gegenüber der opportunistischen Sozialdemokratie, welche noch in vielen Ländern von einem großen Teil der Arbeiter*innenklasse unterstützt wurde. Das Prinzip ist nicht kompliziert – grob zusammengefasst: Die Kommunist*innen, die bereits eine große Partei darstellen, bestehen auf der Notwendigkeit revolutionärer Politik zum Sturz des Kapitalismus. Gleichzeitig erkennen sie an, dass das keine Hürde für den gemeinsamen Kampf mit den nicht-revolutionären Teilen der Klasse sein darf und man die sozialdemokratischen Arbeiter*innen nicht allein durch Propaganda überzeugen wird. Sie schlagen also den reformistischen Führer*innen, wie den ihnen folgenden Arbeiter*innen vor, gemeinsam für die unmittelbaren Forderungen der Arbeiter*innenklasse oder gegen die unmittelbaren Angriffe des Kapitals (bzw. später auch der Faschist*innen) zu kämpfen. Dabei geht man keine politische Partnerschaft ein, welche die grundlegenden Unterschiede verwischt, sondern bewahrt sich die Freiheit der Kritik. Durch die Erfahrung im gemeinsamen Kampf können die Kommunist*innen ihre Überlegenheit demonstrieren und die Notwendigkeit revolutionärer Politik gegenüber den Angriffen des Kapitals, des Zögerns der reformistischen Führer*innen etc. deutlich machen.

Heute haben wir eine andere historische Situation und keine revolutionären Massenparteien. Die Methode der Einheitsfront bleibt aber ein wichtiges Werkzeug, wenn man versteht, unter welchen Bedingungen und auf welche Art sie anzuwenden ist. Das heißt als erstes zu verstehen, dass die Einheitsfront nicht zur Voraussetzung hat, die „bremsende Rolle der Bürokratien zu überwinden“ (dann wäre sie ja überflüssig), sondern dass sie das Mittel ist, trotz dieser bremsenden Rolle Kämpfe und Selbstorganisation voranzutreiben und es Revolutionär*innen ermöglicht, Unterstützung für ihr Programm zu gewinnen. Aber wie sieht das konkret-praktisch aus? Beim Lesen der Abschlusserklärung bekommt man den Eindruck, es ginge dem RB darum, einfach alle möglichen verschiedenen Forderungen aufzustellen, den Kampf für diese Forderungen zu propagieren und die Führungen der Gewerkschaften zu entlarven, dass sie letztlich sozialpartnerschaftliche statt klassenkämpferische Politik machen (ohne dass im Dokument mal benannt wird, dass es nötig ist auch Forderungen an die Führer*innen dieser Gewerkschaften zu richten).

Das weist auf ein falsches Verständnis der Einheitsfrontmethode hin. Es geht dabei in praktischer Hinsicht nicht darum, einfach den Kampf und die Mobilisierung für ein sozialistisches Übergangsprogramm zu fordern (und schon gar nicht, Forderungen ohne Adressaten in der Luft hängen zu lassen). Es geht darum, Kämpfe der Arbeiter*innenklasse für ihre (Teil-)Interessen voranzutreiben, die sich aus der heutigen Krise/Tagessituation usw. ergeben, diese so weit wie möglich zum Erfolg zu führen und dadurch die Selbstorganisation und das politische Verständnis (von Teilen) der Klasse zu stärken. Diese Kämpfe müssen Marxist*innen nutzen, um die Überlegenheit sozialistischer Ideen praktisch (und oft in konkreter Auseinandersetzung nicht nur mit reformistischen Führer*innen sondern auch Teilen der Klasse) zu demonstrieren und die besten Teile für ein revolutionäres Programm zu gewinnen.

Und wie immer gilt: Die Wahrheit ist konkret. Die genaue Praxis ist abhängig von den konkreten und oft komplizierten Bedingungen. Das kann zum Beispiel auch bedeuten, anzuerkennen, dass bestimmte Positionen, die Marxist*innen vertreten, eine Hürde für die unmittelbare Einbeziehung breiterer Teile der Lohnabhängigen usw. in Kämpfe/eine Einheitsfront darstellen und die Aktionseinheit an anderen wichtigen Fragen, wo man sich einig ist, gefährden können. Deshalb haben sich im letzten Herbst zum Beispiel Sol-Mitglieder dafür ausgesprochen, politisch richtige aber in der Klasse sehr umstrittene Positionen zum Ukraine-Krieg (Ablehnung von Waffenlieferungen, Nein zur Unterstützung der NATO und der Selenskyj-Regierung) nicht zur Grundlage für gemeinsame Mobilisierungen gegen die Preissteigerungen in einem möglichen „heißen Herbst“ zu machen. Gleichzeitig haben wir dafür gekämpft, dass jede Gruppe zu jeder Zeit dazu ihre Position vertreten darf und diese z.T. in der Klasse umstrittenen Positionen selbst vertreten und erklärt. Denn es wäre tatsächlich Opportunismus, das eigene Programm zu verheimlichen und nicht „die Wahrheit zu sagen“.

Deshalb ist es nötig, die Einheitsfrontmethode entsprechend der objektiven und subjektiven Bedingungen flexibel anzuwenden, damit sie wirklich auf eine Mobilisierung größerer Teile der Arbeiter*innenklasse für ihre gemeinsamen Interessen hinausläuft, entsprechend Forderungen an die Gewerkschafts- und andere Führungen, relevante Organisationen oder Bewegungen der Arbeiter*innenklasse und Linken zu stellen, selbst Kampfvorschläge zu machen und gleichzeitig nie das eigene sozialistische Programm unter den Tisch fallen zu lassen.

Voluntarismus in Politik und Praxis

Die Methode des RB bzw. von RIO ist politischer wie praktischer Voluntarismus. Das eigene Programm bzw. der eigene revolutionäre Wille werden so zur wichtigsten Grundlage für die politischen und praktischen Vorschläge, die man macht – das Bewusstsein von Aktivist*innen oder der breiteren Arbeiter*innenklasse, der Zustand der Arbeiter*innenbewegung usw. werden ausgeklammert.

Die Abschlusserklärung des RB läuft als Alternative zur Beteiligung am Aufbau breiterer linker bzw. Arbeiter*innenparteien darauf hinaus, dass man das eigene Programm einfach an so vielen Orten und in so vielen Kämpfen wie möglich postulieren muss, um neue Mitstreiter*innen zu überzeugen. Dazu folgt eine lange Liste mit Vorhaben und Zielen für die Zukunft (von denen man, wie gesagt, seitdem nicht mehr viel gehört hat).

Darin enthalten ist auch die „Notwendigkeit der revolutionär-sozialistischen Kandidaturen abseits der reformistischen Parteien“ sowie die Organisation einer „Kampagne gegen die erneute Regierungsbeteiligung der LINKEN an RRG“.14 Letztlich ruft der RB dazu auf „Schritte für den Aufbau einer gemeinsamen revolutionären Front zu gehen. Diese Front muss basieren auf gemeinsamen Erfahrungen im Klassenkampf und der politischen Intervention in Streiks, sozialen Kämpfen sowie perspektivisch Wahlen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene.“ Kandidaturen einer „revolutionären Front“ aus verschiedenen kleinen linken Gruppen ohne Verankerung in Teilen der Arbeiter*innenklasse oder sozialen Bewegungen (deren Involvierung in solch ein Projekt in den aufgestellten Bedingungen nicht mal auftaucht) halten wir aktuell nicht für eine adäquate Alternative, wo es mit der LINKEN noch eine größere reformistische Wahlalternative und einen Bezugspunkt für Schichten von Lohnabhängigen, Gewerkschafter*innen und Aktivist*innen gibt, deren parlamentarische Vertretung das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiter*innenklasse beeinflusst.

Eine Kampagne gegen die erneute Regierungsbeteiligung der LINKEN in Berlin (im Sinne einer öffentlichen Kampagne, nicht eines innerparteilichen Kampfes, wie wir ihn seit Jahren führen) die das in den Mittelpunkt stellt, ist fernab des Bewusstseinsstandes und versteht nicht, dass man diese Position zwar öffentlich im Wahlkampf vorbringen, aber eben vielen auch erklären und damit gerade unter linken und gewerkschaftlichen Aktivist*innen mit Sorge vor einer „rechteren“ Regierung gegen den Strom schwimmen muss. Der ursprüngliche Entwurf von RIO ging sogar noch weiter, eine Kampagne gegen die Wahlunterstützung für DIE LINKE vorzuschlagen, was nur dazu geführt hätte eine unnötige Hürde zu wichtigen Teilen der Arbeiter*innenbewegung aufzubauen.

Schlussfolgerungen der Sol

Welche Schlussfolgerungen sollten denn dann aus der Krise der LINKEN und ihres Jugendverbandes gezogen werden? Auch wir denken, dass die Krise der LINKEN eine neue Qualität erreicht hat und sie nicht mehr, wie in der Vergangenheit, als der wichtigste Ansatzpunkt für die Entwicklung einer neuen Arbeiter*innenpartei gelten kann. Es ist nicht zu sagen, ob sie sich von ihrer derzeitigen Krise noch einmal erholt. Uns ist bewusst, dass es in der Partei auch keine Kraft gibt, die den nötigen Kurswechsel hin zu wirklich konsequent sozialistischer und kämpferischer Politik aktuell durchsetzen könnte. Was wir Ende letzten Jahres bereits geschrieben haben, bleibt aber aktuell:

„Mangels einer starken linken Alternative zu ihr, bleibt sie auch ein Betätigungsfeld für Sozialist*innen und werden wir zu ihrer Wahl aufrufen. Aber wir gehen davon aus, dass sich eine

massenbasierte politische Interessenvertretung der Arbeiter*innenklasse in der Zukunft neu bilden und aus verschiedenen Quellen (Gewerkschaften, soziale Bewegungen, kommunalpolitische linke Initiativen etc) speisen wird. DIE LINKE und eine mögliche Wagenknecht-Partei können zu diesen verschiedenen Quellen gehören, sicher ist das jedoch nicht. Es ist aber sicher, dass ein solch neuer Anlauf erfolgversprechender sein wird, je stärker marxistische Kräfte sein werden. Deshalb gilt es umso mehr, die Sol als eine solche marxistische Kraft aufzubauen.“¹⁵

Jugend für Sozialismus

Eine andere Schlussfolgerung haben wir aus der Krise der Linksjugend gezogen und deshalb mit anderen die Gründung von Jugend für Sozialismus (JfS) initiiert. Die Kritik an der Linksjugend fällt in der Abschlusserklärung des RB unter den Tisch. Die Linksjugend hat nicht nur eine im Vergleich zur LINKEN viel geringere gesellschaftliche Relevanz, sie ist auch immer weniger Anziehungspunkt für sich radikalisierende Jugendliche. Sie ist auch kein Verband, in dem man für einen linken Kurswechsel kämpfen kann ohne regelmäßig mit bürokratischen Ausschlüssen konfrontiert zu werden. Identitätspolitische und andere falsche Ideen sind im Verband immer dominanter bzw. akzeptierter geworden, wie es unter anderem in der Gründungserklärung von Jugend für Sozialismus erklärt wird.

Der BAK Revolutionäre Linke, ein Zusammenschluss marxistischer Genoss*innen innerhalb der Linksjugend, hat deshalb mit Jugend für Sozialismus eine neue Jugendorganisation gegründet. Wir glauben, dass die Linksjugend nicht mehr zu retten ist. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass es in einigen Orten und Landesverbänden Genoss*innen gibt, die unsere Kritik und unsere Positionen teilen, aber aus verschiedenen Gründen weiterhin auch in der Linksjugend weiterarbeiten wollen. Für die gemeinsame Zusammenarbeit wollten wir keine unnötige Hürde aufbauen. Entscheidend war für uns deshalb die gemeinsame politische Grundlage für den Aufbau eines sozialistischen Jugendverbandes und nicht, dass alle unsere Einschätzung teilen müssen, dass man seine Kraft lieber nicht weiter in die Linksjugend steckt. JfS hat – anders als der RB – nicht zum Bruch mit der LINKEN aufgerufen, noch einen Austritt aus der Linksjugend zur Bedingung zur Zusammenarbeit bei JfS gemacht. Das wurde von einigen wohlwollend zur Kenntnis genommen, die sich am sektiererischen Auftreten des RB gestoßen haben.

Stattdessen schreibt JfS richtigerweise:

„Wir halten an dem Ziel fest, eine sozialistische Arbeiter*innenmassenpartei aufzubauen. In der LINKEN sind tausende Aktivist*innen organisiert, von denen viele eine Rolle beim Aufbau einer solchen Partei in Zukunft spielen könnten. Deshalb werden wir weiter die LINKE kritisch unterstützen. Aber es ist offen, wie sich die Krise in der Partei weiter entwickeln wird. Uns ist bewusst, dass die Partei am Abgrund steht und eine Spaltung immer wahrscheinlicher scheint. Da es bisher noch keine andere große linke Alternative gibt, werden wir uns weiter in der Partei sowohl für den so dringend nötigen sozialistischen und oppositionellen Kurswechsel einsetzen und den Regierungsbeteiligungen mit pro-kapitalistischen Parteien und der Anpassung an SPD und Grüne als auch den ‚linkskonservativen‘ Ideen von Sahra Wagenknecht entgegenzutreten, die zum aktuellen Kurs keine linke Alternative darstellen.“¹⁶

Fazit

Wir glauben nicht, dass RIO bzw. Waffen der Kritik mit ihrer Herangehensweise in der Lage sein

werden, eine große revolutionäre Organisation mit einer Verankerung in der Arbeiter*innenklasse aufzubauen. Sie stellen sich in ihrer Analyse nicht den Komplikationen unserer heutigen Zeit, sie agieren auch deshalb politisch und praktisch voluntaristisch. Ihr Radikalismus mag einige junge Aktivist*innen, vor allem an Universitäten, anziehen und für eine Zeit lang gewinnen. Es ist eine ganz andere Sache, Wurzeln in der Arbeiter*innenklasse zu schlagen und einen Weg aufzuzeigen, wie man eine Mehrheit der Arbeiter*innenklasse für den Marxismus gewinnen kann. Das CWI kann in dieser Hinsicht auf die Erfolge der Militant-Tendenz bauen, welche in den 1980er Jahren in Britannien Massenbewegungen in Liverpool und landesweit von Millionen gegen die Thatcher-Regierung anführte.

Wir hoffen, mit diesem Artikel für interessierte Leser*innen deutlich gemacht zu haben, wie die Sol bzw. das Komitee für eine Arbeiter*inneninternationale sich diesen Aufgaben stellen und wir hoffen, sie von dieser Herangehensweise überzeugen zu können. Auch die Sol blickt gemessen an unserem Ziel noch auf zahlenmäßig bescheidene Kräfte, aber hat viele Genoss*innen, die in Betrieben und Gewerkschaften oder bei Jugend für Sozialismus oder in anderen Bereichen aktiv sind. Wenn du Interesse hast, mit zu machen oder in Diskussionen treten willst, melde dich bei uns!

1. <https://revolutionaererbruch.wordpress.com/> – Alle Dokumente der Konferenz finden sich hier.
2. <https://www.klassegegenklasse.org/waffen-der-kritik-wir-haben-eine-welt-zu-gewinnen/>
3. <https://revolutionaererbruch.wordpress.com/minderheitserklarung-fur-einen-revolutionaren-bruch-der-lohnabhängigen-mit-dem-reformismus/>
4. <https://revolutionaererbruch.wordpress.com/>
5. <https://revolutionaererbruch.wordpress.com/2023/01/03/entwurf-abschlusserklarung-der-konferenz-fur-einen-revolutionaren-bruch-mit-der-linkspartei-und-solid/>
6. <https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/kpd/1918/programm.htm>
7. Vgl. Leo Trotzki: Die Hauptlehren des dritten Kongresses – <https://www.sites.google.com/site/sozialistischecklassiker2punkt0/trotzki/trotzki-kommunistische-taktik/die-hauptlehren-des-dritten-kongresses> – „Die wirtschaftlichen Vorbedingungen des Sieges der Arbeiterklasse sind augenscheinlich. Ohne diesen Sieg droht in naher oder ferner Zukunft der Verfall und das Verderben der ganzen Zivilisation. Dieser Sieg kann aber nur errungen werden durch eine vernünftige Führung der Kämpfe und in erster Linie durch die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Das ist die Hauptlehre des 3. Kongresses.“
8. <https://www.klassegegenklasse.org/welche-partei-fuer-welche-strategie-revolutionaere-organisierung-statt-linkspartei-2-0/> (Unterstreichungen durch uns)
9. Alle folgenden Zitate: <https://revolutionaererbruch.wordpress.com/>
10. <https://www.klassegegenklasse.org/ist-eine-revolutionaer-sozialistische-partei-links-der-linken-moeglich/>
11. <https://revolutionaererbruch.wordpress.com/> Hervorhebung durch uns
12. <https://www.derfunke.de/rubriken/deutschland/3163-revolutionaerer-bruch-keine-brauchbare-antwort-im-kampf-gegen-den-reformismus>
13. <https://revolutionaererbruch.wordpress.com/>
14. <https://revolutionaererbruch.wordpress.com/>
15. <https://solidaritaet.info/2022/12/arbeiterinnenklasse-und-politische-partei/>
16. <https://jugend-fuer-sozialismus.de/gruendungserklaerung/>

DIE LINKE vor dem Ende?

(10. Juni 2023)

Herausforderungen für die Parteilinke annehmen

Der Parteivorstand der LINKEN hat heute einen Beschluss gefällt, in dem er feststellt, dass “die Zukunft der LINKEN eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht” ist und alle Abgeordneten, die an der Bildung einer neuen Partei arbeiten, aufgefordert werden, ihre Mandate abzugeben. Wir veröffentlichen hier einen Artikel, der in gekürzter Fassung in der aktuellen Ausgabe der Solidarität erschienen ist, der sich mit der Situation der Linkspartei und den Aufgaben der Parteilinken auseinandersetzt. Dieser Artikel wurde am 12.6. um einen Absatz zum Beschluss des Parteivorstands ergänzt.

Die Partei DIE LINKE war von ihrer Gründung an ein Zusammenschluss von politischen Strömungen, die teilweise sich widersprechende Vorstellungen von linker Politik hatten. Grob konnte man lange von einem linken Lager sprechen, das den Fokus auf Klassenkämpfe und soziale Bewegungen legen wollte, Regierungsbeteiligungen mit pro-kapitalistischen Parteien ablehnend oder zumindest kritisch gegenüberstand und in der einen oder anderen Art eine sozialistische Systemveränderung anstrebte, und von einem rechten Lager, das den Fokus auf Tätigkeit in den Institutionen des kapitalistischen Staates, also Parlamenten und Regierungen, legte und seinen Frieden mit der kapitalistischen Marktwirtschaft gemacht hatte.

von Sascha Staničić, Sol-Bundessprecher und AKL-Mitglied

Wir haben diese Situation in der Vergangenheit als „zwei Parteien in einer“ bezeichnet und darauf hingewiesen, dass die Parteilinke sich um ein konsequent sozialistisches Programm herum organisieren und um Mehrheiten kämpfen sollte. Um dazu einen Beitrag zu leisten, haben wir uns in der Antikapitalistischen Linken (AKL) engagiert, weil diese insbesondere in der Frage der Regierungsbeteiligungen mit prokapitalistischen Parteien eine prinzipielle Ablehnung formulierte, einen Fokus auf soziale Bewegungen und Klassenkämpfe legte und sich für eine Demokratisierung der Partei einsetzte.

Andere – wie die Sozialistische Linke, Marx21 und später die Bewegungslinke – versuchten die unterschiedlichen Kräfte zu versöhnen oder durch einen Fokus auf praktische Aufbauarbeit und „Best Practice“ die Kräfteverhältnisse zu verändern. Dabei erkannten sie nicht, dass die Kräfteverhältnisse durch eine Klärung dieser politischen Fragen verändert werden müssen.

Schleichende Rechtsverschiebung

Das Ergebnis war, dass sich in den letzten Jahren die innerparteilichen Kräfteverhältnisse mal in die eine oder andere Richtung verschoben, wenn man dies an Parteitagbeschlüssen und der Zusammensetzung des Parteivorstands bemisst. Die reale Politik der Partei wurde aber immer mehr durch die Parlamentsfraktionen und Minister*innen in den Landesregierungen bestimmt und dementsprechend nach rechts verschoben. Das verstärkte die Wahrnehmung der LINKEN in der Bevölkerung als Teil des politischen Establishments, vor allem in Ostdeutschland. Daran hat auch

nichts geändert, dass die Strömung Bewegungslinke im Parteivorstand mittlerweile eine starke, wenn nicht sogar mehrheitliche, Position hat. Im Gegenteil hat sie ihren Beitrag dazu geleistet, indem ihre Protagonist*innen in Bremen die erste Regierungsbeteiligung mit SPD und Grünen in einem westdeutschen Bundesland unterstützten und indem sie einen prinzipienlosen Block mit Teilen der Parteirechten gegen Sahra Wagenknecht und ihre Unterstützer*innen gebildet haben.

Wagenknecht

Sahra Wagenknechts Wendung zum „Linkskonservatismus“, wie sie es selbst nennt, ab 2015 hat die Verhältnisse in der Partei dann mehr und mehr durcheinander gewirbelt. Aus „zwei Parteien in einer“ wurden verschiedene prinzipienlose Machtblöcke. Die Partei wirkte nach außen immer zerstrittener und zeigte sich unfähig, auf die großen politischen Wendungen – Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, Inflation – klare, sozialistische Antworten zu geben oder sich in den großen Warnstreiks in diesem Jahr als Partei zu profilieren, die an der Seite der Streikenden effektive Solidaritätskampagnen organisiert.

Eine Abspaltung der Wagenknecht-Unterstützer*innen liegt in der Luft, viele Mitglieder sind in den letzten ein, zwei Jahren schon ausgetreten oder haben sich aus der Aktivität verabschiedet. Eine solche Partei, die pro-marktwirtschaftliche und migrationsfeindliche Positionen mit sozialem Populismus verbinden würde, wäre kein Schritt in Richtung einer sozialistischen Arbeiter*innenpartei, wie sie nötig ist.

Bei den Bundestagswahlen hat DIE LINKE die Fünf-Prozent-Hürde schon nicht mehr geschafft. Nach den undemokratischen Änderungen am Wahlgesetz, würden ihr die drei Direktmandate auch nicht mehr helfen. Kommt es zu einer Wagenknecht-Partei, spricht alles dafür, dass diese ein größeres Wähler*innenpotenzial als DIE LINKE haben wird und die Partei parlamentarisch zerstört.

Nun hat der LINKE Parteivorstand am 10. Juni einen einstimmigen Beschluss gefällt, in dem es heißt, dass „die Zukunft der LINKEN eine Zukunft ohne Sahra Wagenknecht“ ist und diejenigen Abgeordneten, die an der Gründung einer Konkurrenzpartei arbeiten, aufgefordert, ihre Mandate zurückzugeben.

Damit hat der prinzipienlose Block aus Bewegungslinke und Teilen der Parteirechten die Flucht nach vorne angetreten und versucht, das Heft des Handelns in die eigenen Hände zurück zu bekommen, nachdem man sich von Sahra Wagenknecht und ihren Unterstützer*innen am Nasenring durch die Manege hat führen lassen. Dieser Schritt ist menschlich verständlich und das Geschrei der Wagenknecht-Unterstützer*innen, dies markiere nun die Spaltung der Partei ist heuchlerisch angesichts der Tatsache, dass sie offen an einer Spaltung arbeiten und Sahra Wagenknecht ihr Desinteresse an den (mehr oder weniger) demokratischen Strukturen der Partei zu Genüge dokumentiert hat. Organisatorische Maßnahmen können aber politische Probleme nicht lösen. Der Niedergang der LINKEN hat seine Ursache nicht in erster Linie in Sahra Wagenknechts Verhalten, sondern in der politischen Ausrichtung der Partei, in Anpassung an SPD und Grüne, Regierungsbeteiligungen mit diesen, dem Versinken im parlamentarischen Klein-Klein auf allen Ebenen statt einem klaren Fokus auf Unterstützung von Streiks und Bewegungen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Sahra Wagenknecht in diesen Fragen keinen grundlegend anderen Kurs vertritt. Statt für einen eigenen klaren antikapitalistischen und klassenkämpferischen Kurs zu werben und eine inhaltliche Alternative sowohl zu Wagenknechts Positionen als auch zu den

Ramelows, Lederers und Voigts zu formulieren, haben sich die Vertreter*innen des linken Parteiflügels einschließlich der Co-Vorsitzenden Janine Wissler in ein Bündnis mit diesen Kräften begeben, das dazu führt, dass das Bild der Partei weiterhin vor allem von diesen geprägt werden kann. Diese Kurs der Parteiführung und vor allem der Fraktionen in den Bundes- und Landtagen führt weiter dazu, dass der Gebrauchswert der LINKEN für die Arbeiter*innenklasse und soziale Bewegungen immer mehr abnimmt. Wagenknecht und ihre Unterstützer*innen werden insgeheim frohlocken, da sie sich nun einmal mehr als Opfer inszenieren können und nun eine, ohnehin geplante, Parteigründung als Reaktion auf den Vorstandsbeschluss werden darstellen können.

Was tun?

Das hat für die linken Teile der Partei zu einer schwierigen Situation geführt. Eine starke, sozialistische Arbeiter*innenpartei ist dringend nötig, aber die DIE LINKE wird weder zu einer solchen Partei werden, noch ist sie weiterhin als der zentrale Ausgangspunkt dafür anzusehen. Gleichzeitig ist sie die einzige Partei mit einem kapitalismuskritischen Anspruch, die zumindest begrenzt die Interessen von Lohnabhängigen zum Ausdruck bringt und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse weiter zugunsten der Arbeiter*innenklasse beeinflusst. Solange das so ist und keine neue Kraft entstanden ist, sollte man DIE LINKE unterstützen und in ihren Strukturen für sozialistische Politik kämpfen, ohne sich dabei in fruchtlosen innerparteilichen Kämpfen zu verausgaben. Gleichzeitig gilt es Klassenkämpfe voranzutreiben, innerhalb der Gewerkschaften für kämpferische und antikapitalistische Positionen einzutreten und die Debatte um eine starke politische Interessenvertretung der Arbeiter*innenklasse voranzutreiben.

Nötig ist vor allem ein politischer Klärungsprozess in der Parteilinken, um so die Grundlagen für einen erfolgreichen neuen Anlauf für eine Arbeiter*innenpartei in der Zukunft zu schaffen. Die Konferenzen der Sozialistischen Linken (die schon stattgefunden hat) und von AKL und Bewegungslinke könnten dazu einen Beitrag leisten. Es ist aber zu befürchten, dass aus dem Niedergang der Partei keine nötigen Schlussfolgerungen gezogen werden. Auch die AKL sollte eine selbstkritische Bilanz ziehen, haben wesentliche Teile von ihr doch viel zu sehr darauf gesetzt, dass die Bewegungslinke die Partei insgesamt nach links verschiebt, anstatt die eigene Stärkung in den Mittelpunkt zu rücken. Ergebnis ist, dass die Strukturen der AKL enorm geschwächt sind und kaum politische Handlungsfähigkeit besteht.

Vorbereiten

Wahrscheinlich wird es größerer Bewegungen und Klassenkämpfe bedürfen, um die Grundlagen für einen neuen Anlauf zu einer sozialistischen Massenpartei von Arbeiter*innen und Jugendlichen zu legen. Bis dahin gilt es für Linke und Sozialist*innen, an unterschiedlichsten Stellen an der Entwicklung dieser Kämpfe zu wirken; in den Gewerkschaften am Aufbau einer klassenkämpferischen Vernetzung zu wirken; sozialistische Propaganda und Bildungsarbeit zu leisten, um sozialistisches Bewusstsein unter Aktivist*innen und in Teilen der Arbeiter*innenklasse wieder zu stärken; da, wo es erfolgversprechend ist, innerhalb der LINKEN um sozialistische Positionen ringen und exemplarische Arbeit leisten und in Diskussion bleiben, um Lehren aus der Entwicklung der Linkspartei zu ziehen und es beim nächsten Anlauf besser zu machen. Es sollte dabei auch diskutiert werden, ob ein Rahmen für solche Diskussionen – und möglicherweise auch gemeinsame Kampagnen- geschaffen werden kann, in dem Kräfte der Parteilinken, aber auch von Linken außerhalb der Partei zusammen kommen könnten.

Gleichzeitig werden wir in der absehbaren Zeit unsere praktische Schwerpunktsetzung einerseits weiter auf Gewerkschafts- und Jugendarbeit verschieben, weil sich hier die wichtigsten Entwicklungen und besten Möglichkeiten für klassenkämpferische und sozialistische Politik entwickeln und andererseits alles daran setzen, unsere marxistische Organisation aufzubauen. Denn wir sind davon überzeugt, dass Erfolg und Misserfolg zukünftiger breiter linker Parteiprojekte und Anläufe für eine Arbeiter*innenpartei nicht zuletzt davon abhängen werden, wie stark marxistische Kräfte diese beeinflussen können.

DIE LINKE-Führung kürt Spitzenkandidat*innen zur Europawahl: Fünf Probleme

(20. Juli 2023)

Für demokratische Entscheidungsprozesse und inhaltliche Debatten

DIE LINKE-Vorsitzenden haben ihre Spitzenkandidat*innen für die Europawahl im kommenden Jahr der Öffentlichkeit präsentiert. Es sind Carola Rackete, Martin Schirdewan, Özlem Demirel und Gerhard Trabert. Du hast gar nicht mitbekommen, dass der Europaparteitag schon stattgefunden hat? Hat er ja auch nicht

von Sascha Staničić

Trotzdem heißt es auf der Webseite der Partei: *„Mit den Spitzenkandidat*innen Martin Schirdewan und Carola Rackete sowie Özlem Demirel und Gerhard Trabert auf den Plätzen drei und vier zeigen wir: Die LINKE ist die Adresse für alle, die eine gerechtere EU wollen, die sich wünschen, dass soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Menschenrechte und Klima im Vorwärtsgang verteidigt werden.“* Formell handelt es sich zwar „nur“ um den Vorschlag der Vorsitzenden an den Bundesausschuss, der dann wiederum einen Vorschlag an den Bundesparteitag richten wird. Aber die Fakten sind geschaffen worden: an der Basis und den gewählten Delegierten vorbei, top-down und offenbar zum wiederholten mal ohne jegliches Problembewusstsein bei der Parteiführung für ein solches undemokratisches und intransparentes Vorgehen. Das ist das erste Problem.

Problem Nummer 2

Das zweite Problem ist, dass Personalien vor Inhalten geklärt werden. In der Linkspartei wird immer leidenschaftlich um die Europapolitik gerungen. Die einen würden die rote Fahne am liebsten durch die blaue EU-Fahne ersetzen, andere erarbeiten komplizierte Reformvorschläge für die EU-Institutionen und erhoffen sich eine magische Verwandlung der EU zu einer sozialen und friedlichen Gemeinschaft und wieder andere – wozu auch wir gehören – sind der Meinung, dass die EU „neoliberal, undemokratisch und militaristisch ist“, ein Club der Banken und Konzerne bzw. der deren Interessen vertretenden nationalen Regierungen ist – gegründet, um die ökonomischen Interessen der EU-Kapitalist*innenklassen im globalen Konkurrenzkampf und im Klassenkampf gegen die „eigene“ Arbeiter*innenklasse zu vertreten.

DIE LINKE als plurale Partei wählt zurecht Parlamentarier*innen, die die Breite der Partei abbilden. Aus unserer Sicht geht diese Breite dann zu weit, wenn sie die Beteiligung an Maßnahmen gegen die Interessen der Arbeiter*innenklasse oder Unterstützung von Militarismus und Waffenlieferungen beinhaltet. In jedem Fall aber sollten Personalentscheidungen erst getroffen werden, wenn die inhaltlichen Positionen ausdiskutiert wurden und klar ist, wie die Kandidat*innen zu diesen stehen. Zumindest im Fall der beiden parteilosen Spitzenkandidat*innen Carola Rackete und Gerhard Trabert wird man im Internet nicht fündig, wie sie grundsätzlich zur EU stehen.

Problem Nummer 3

Womit wir beim dritten Problem wären: die LINKE-Führung scheint es als großen Erfolg und cleveren Schachzug zu sehen, dass sie mit Rackete und Trabert zwei parteilose Aktivist*innen aus sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichem Engagement als Kandidat*innen gewonnen hat. Sie erhofft sich dadurch eine größere Breitenwirkung der Kandidatur. Aber warum baut man dann überhaupt eine Partei auf, die die Aufgabe haben sollte, die Tätigkeit in den Parlamenten mit den außerparlamentarischen Kämpfen zu verbinden und deren Abgeordnete der Partei gegenüber rechenschaftspflichtig sein sollten? Die inhaltliche Botschaft von parteilosen Kandidat*innen ist letztlich, dass die individuelle Tätigkeit im Parlament das Ziel der Kandidatur ist und nicht das Mittel, um letztlich die Partei als eine alternative Machtoption zu den bürgerlichen Parteien aufzubauen. Schon die Kandidatur Gerhard Traberts als parteiloser Direktkandidat der Mainzer LINKEN zu den Bundestagswahlen hatte den Effekt, dass dort ein unpolitischer Personenwahlkampf geführt wurde, Plakate nicht einmal das Logo der Partei enthielten und die Orientierung auf einen prominenten Kandidaten nicht dazu führte das Programm und die Gewinnung neuer Mitglieder in den Mittelpunkt zu stellen. Wie soll das auch möglich sein, mit einem Kandidaten, der bei der Pressekonferenz am 18.7. stolz verkündete, dass er bei den Oberbürgermeister-Wahlen in Mainz den Kandidaten der Grünen unterstützt hat und nicht in DIE LINKE eintreten wird, um seine „Unabhängigkeit“ zu wahren?

Es mag sein, dass die Kandidatur von parteilosen Aktivist*innen in Ausnahmefällen sinnvoll sein kann, aber generell verstärken solche Kandidaturen die ohnehin existierende Unsitte, dass sich Parlamentsfraktionen und Parlamentarier*innen der LINKEN verselbständigen und mittels ihres größeren Budgets und besseren Zugangs zu Massenmedien das Bild der Partei nach außen mehr prägen, als es die gewählten Parteigremien tun. Eine Kontrolle parteiloser Parlamentarier*innen durch die Parteibasis ist noch schwerer durchzusetzen als es ohnehin schon bei LINKE-Abgeordneten der Fall ist.

Problem Nummer 4

Womit wir beim vierten Problem wären: Carola Rackete hat im Anschluss an die Pressekonferenz der Partei eine eigene Pressekonferenz der „Bewegungsaktiven“ durchgeführt, mit der sie deutlich machte, dass sie sich offenbar nicht der Partei, sondern diesen Bewegungsaktiven – wer auch immer das genau sein soll – verpflichtet fühlt. Und nicht nur das: ihre Mitstreiter*innen nutzten die Pressekonferenz direkt, um heftige Kritik an der Linkspartei zu üben und einen Politikwechsel in der Außenpolitik der LINKEN einzufordern – in Richtung einer größeren Unterstützung des „ukrainischen Widerstands“. In verklausulierten Worten hat Alina Ljapina dort einen „radikalen Kurswechsel“ und „konkrete Antworten“ der LINKEN gefordert. Das legt die Interpretation ihrer Aussage nahe, diese ist als Unterstützung von Waffenlieferungen an die ukrainische Regierung gemeint. Ähnlich kann man Carola Racketes Statement interpretieren, man müsse bzgl. der Ukraine Positionen aus Sicht der Betroffenen entwickeln (als ob angesichts einer drohenden Eskalation des Kriegs nicht die Bevölkerung über die Grenzen der Ukraine betroffen wäre). Denn in dieser Frage hat die Partei bisher zurecht nicht nachgegeben, auch wenn so manche prominente Parteivertreter*innen hier schon umgekippt sind.

Hier wäre schnell eine Klärung der Parteiführung und von Carola Rackete nötig: wird eine Spitzenkandidatin vorgeschlagen, die sich für eine radikale Veränderung der außenpolitischen Positionen der LINKEN einsetzt? Wie sollen diese aussehen und gehört eine Unterstützung von

Waffenlieferungen an die Ukraine dazu? Auch Gerhard Trabert sollte diese Frage beantworten, denn auch er hat sich in der Vergangenheit nicht „per se gegen Waffenlieferungen“ ausgesprochen. Je nachdem, wie die Antwort auf diese Frage ausfällt, sollten sich die Delegierten des Bundesausschusses und des Parteitag überlegen, ob sie von ihrem Recht, die Kandidat*innen tatsächlich auszuwählen und nicht nur zu bestätigen, Gebrauch machen sollten.

Problem Nummer 5

Das fünfte Problem ist die Botschaft, die mit der Spitzenkandidatur von Carola Rackete gesendet wird. Um nicht missverstanden zu werden: Carola Rackete gebührt Respekt für ihr Engagement bei der Seenotrettung und wir teilen ihre Forderung nach Vergesellschaftung „fossiler Konzerne“. Aktivist*innen wie sie müssen einen Platz in der Linkspartei haben, auch als Kandidat*innen für Parlamentswahlen. Sie zur Spitzenkandidatin zu machen, wirft aber die Frage auf, an wen sich die Partei in erster Linie richten will? In der linksalternativen Bubble mag ihre Kandidatur Begeisterung auslösen, darüber hinaus – in der breiteren Arbeiter*innenklasse – ist sie bestenfalls unbekannt, schlimmstenfalls bestätigt ihre Wahl den Vorwurf von Sahra Wagenknecht und ihren Unterstützer*innen, die Linkspartei habe den Fokus auf die Masse der Bevölkerung durch den Fokus auf eine linksalternative Szene ersetzt. Diese Entscheidung, nur wenige Tage nachdem eine Meinungsumfrage einer Wagenknecht-Partei in Thüringen 25 Prozent bescheinigt, ist wie ein Geschenk an Wagenknecht und wird – wie die Umfrage selbst – wie Rückenwind für die Überlegungen um eine Parteineugründung wirken. Warum wurde keine streikende Krankenpflegerin oder ein Mietenaktivist für Listenplatz 1 ausgewählt, der/die sozialen Interessen der Lohnabhängigen eindeutig verkörpert hätte? Zusammen mit der ehemaligen Gewerkschaftssekretärin und Antimilitaristin Özlem Demirel wäre von solchen Spitzenkandidat*innen eine klare politische Botschaft ausgegangen.

Was tun?

Diese Kür der Spitzenkandidat*innen zeigt wie unter einem Brennglas, was in der LINKEN alles falsch läuft: undemokratische und unpolitische Entscheidungsprozesse, linksalternative Initiativen (so unterstützenswert diese auch sein mögen) werden mit Bewegungen verwechselt, die Orientierung besteht nicht mehr ausreichend auf der Arbeiter*innenklasse insgesamt, sondern zu sehr auf der eigenen linksalternativen Unterstützer*innenschaft. Eins ist klar: ein solches Vorgehen wird keine Hilfe sein, die Mitglieder zu einem dynamischen Europawahlkampf zu mobilisieren. Und im Falle einer Kandidatur einer von Sahra Wagenknecht gegründeten Partei (und möglicherweise nicht nur in diesem Fall), wird dieses Spitzenteam kaum in der Lage sein, einen weiteren Verlust von Stimmen zu verhindern. Ob alle vier dann überhaupt ins Europaparlament einziehen, kann bezweifelt werden.

Was also tun? Der Bundesausschuss könnte den geschäftsführenden Vorstand zurück pfeifen. Statt zuerst Kandidat*innen auszuwählen, sollte ein breiter und demokratischer Diskussionsprozess über das Programm zur Europawahl organisiert werden. Wir treten, wie schon in der Vergangenheit für eine internationalistische und sozialistische Europapolitik ein, die die kapitalistische Institution EU ablehnt und ihr ein Europa der Lohnabhängigen gegenüberstellt. Ein solcher Diskussionsprozess sollte in einem Parteitag gipfeln, auf dem sich alle Kandidat*innen zur Wahl stellen können und ihre Haltung zur EU darlegen können – bevor sie medial schon inthronisiert werden.

Wenig Hoffnung für DIE LINKE

(4. September 2023)

Kampf für sozialistische Politik nötig

Eine sozialistische Arbeiter*innenpartei ist dringender nötig denn je angesichts der multiplen Dauerkrise des Kapitalismus. Diese Erkenntnis weist aber schon darauf hin, was eine sozialistische Partei ausmachen sollte: sie muss eine systemische Antwort auf die kapitalistische Krise geben. Das heißt: für ein anderes System kämpfen und nicht das bestehende System besser verwalten.

Von Sascha Staničić

Für ein anderes, sozialistisches, System zu kämpfen, bedeutet nicht nur bzw. nicht in erster Linie ein solches zu propagieren. Es bedeutet, im Hier und Jetzt konsequente Kämpfe für die Interessen der Lohnabhängigen und Entrechteten zu führen, dabei keine Rücksicht auf die Interessen des bestehenden kapitalistischen Systems zu nehmen und dadurch die Verbindung des Kampfes für unmittelbare Verbesserungen zum Kampf für eine grundlegende Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse zu ziehen.

Das Hauptproblem der LINKEN ist, dass keine ihrer Hauptbestandteile eine solche Politik betreibt. Weder das Lager um Sahra Wagenknecht noch der Block von Bewegungslinke mit Teilen der Parteirechten. Letztlich repräsentieren beide Blöcke zwei Spielarten sozialdemokratischer, das heißt systemimmanenter, Politik.

Wagenknecht

Sahra Wagenknecht vertritt wirtschaftspolitisch die Illusion, es gebe ein Zurück zur Zeit des Nachkriegskapitalismus mit Sozialpartnerschaft, einem ausgebauten öffentlichen Sektor und hohen Wachstumsraten. Als Mittel zur Durchsetzung einer solchen Wirtschaftspolitik sieht sie eine Stärkung des Nationalstaats, woraus sich wiederum eine, wie sie selbst es nennt, „linkskonservative“ Gesellschaftspolitik ableitet. Das kann in der heutigen krisenhaften Periode des Kapitalismus nicht funktionieren.

In vielen grundlegenden Fragen vertritt sie keine fundamental anderen Positionen als ihre innerparteiliche Gegner*innen, vor allem nicht in der Bereitschaft, den Kapitalismus in Koalitionen mit SPD und Grünen zu verwalten. Sie erscheint aber mehr als Anti-Establishment-Kraft, weil sie einen schärferen Ton gegen die Regierenden anschlägt und nicht zuletzt auch, weil sie in der LINKEN zur persona non grata geworden ist.

Vieles spricht dafür, dass eine Wagenknecht-Partei sich weiter in eine national-populistische Richtung entwickeln wird, nicht zuletzt, weil damit zu rechnen ist, dass sich ihr nicht vor allem Gewerkschafter*innen, Mietenaktivist*innen und fortschrittliche Arbeiter*innen anschließen werden, sondern so manche*r Querdenker*in und AfD-Sympathisant*in. Trotzdem könnte sie unter Teilen der Arbeiter*innenklasse Hoffnungen auf einen Politikwechsel wecken.

Rest-LINKE

Umfragen weisen darauf hin, dass eine Wagenknecht-Partei ein weitaus größeres Wähler*innenpotenzial hätte als DIE LINKE. Die Gründung einer solchen könnte DIE LINKE parlamentarisch auf Bundesebene und in Westdeutschland zerstören. Der Kampf ums Überleben wird dazu führen, dass die dominante Position der Parteirechten in Fraktionen von der kommunalen bis zur Bundesebene weiter gestärkt wird und viele (mitunter vermeintliche) Parteilinke noch mehr den inhaltlichen Konflikten aus dem Weg gehen werden.

Manche in der Partei hoffen, dass die Trennung von Wagenknecht zu einer Zuwendung von Aktiven aus den Bewegungen gegen Klimawandel, Rassismus und Sexismus führen wird. So wichtig der Schulterschluss zu sozialen Bewegungen ist, so sehr sollten doch in ihrer Bedeutung begrenzte, linke Initiativen, so unterstützenswert sie auch sein mögen, nicht mit wirklichen Bewegungen und der Arbeiter*innenklasse verwechselt werden. Die Partei sollte sich in der gegenwärtigen Situation nicht verstärkt an die linke Blase wenden, sondern an die Arbeiter*innenklasse in Betrieben, Gewerkschaften und Stadtteilen.

Für sozialistische Politik

Wenn sie dies konsequent umsetzen und mit einer konsequenten, sozialistischen Politik verbinden würde, wäre die Katastrophe möglicherweise noch zu vermeiden. Es gibt leider keine Anzeichen, dass dies geschieht. Deshalb gilt, was wir im Juni geschrieben haben:

*„Wahrscheinlich wird es größerer Bewegungen und Klassenkämpfe bedürfen, um die Grundlagen für einen neuen Anlauf zu einer sozialistischen Massenpartei von Arbeiter*innen und Jugendlichen zu legen. Bis dahin gilt es für Linke und Sozialist*innen, an unterschiedlichsten Stellen an der Entwicklung dieser Kämpfe zu wirken; in den Gewerkschaften am Aufbau einer klassenkämpferischen Vernetzung zu wirken; sozialistische Propaganda und Bildungsarbeit zu leisten, um sozialistisches Bewusstsein unter Aktivist*innen und in Teilen der Arbeiter*innenklasse wieder zu stärken; da, wo es erfolgversprechend ist, innerhalb der LINKEN um sozialistische Positionen ringen und exemplarische Arbeit leisten und in Diskussion bleiben, um Lehren aus der Entwicklung der Linkspartei zu ziehen und es beim nächsten Anlauf besser zu machen. Es sollte dabei auch diskutiert werden, ob ein Rahmen für solche Diskussionen – und möglicherweise auch gemeinsame Kampagnen- geschaffen werden kann, in dem Kräfte der Parteilinken, aber auch von Linken außerhalb der Partei zusammen kommen könnten. Gleichzeitig werden wir in der absehbaren Zeit unsere praktische Schwerpunktsetzung einerseits weiter auf Gewerkschafts- und Jugendarbeit verschieben, weil sich hier die wichtigsten Entwicklungen und besten Möglichkeiten für klassenkämpferische und sozialistische Politik entwickeln und andererseits alles daran setzen, unsere marxistische Organisation aufzubauen. Denn wir sind davon überzeugt, dass Erfolg und Misserfolg zukünftiger breiter linker Parteiprojekte und Anläufe für eine Arbeiter*innenpartei nicht zuletzt davon abhängen werden, wie stark marxistische Kräfte diese beeinflussen können.“*